
Lebendige Demokratie. Die Aufgabe der Jugendsozialarbeit

Benachteiligte Jugendliche in Beteiligungsprozesse einbeziehen

Ein geschlechterreflektierender Blick in der Jugendarbeit

„Wer sind wir und wie viele?“



Editorial

Liebe Leser_innen,

Partizipation und Teilhabe sind wichtige Stichworte in der Ihnen vorliegenden DREIZEHN „Lebendige Demokratie. Die Aufgabe der Jugendsozialarbeit“. Im Analysebeitrag von Christian Stark heißt es zum Beispiel: „Es geht bei Partizipation um die Einbindung und aktive Beteiligung von einzelnen Personen, Gruppen und Organisationen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse, die eben diese mittel- oder unmittelbar betreffen.“ Dazu zählt auch der Zugang zu politischen Bildungsangeboten und die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Demokratiebildung mit benachteiligten jungen Menschen birgt eine große Chance in sich und ist angesichts der politischen Entwicklung in Deutschland und Europa besonders wichtig. Der Auftrag der politischen Bildungsarbeit für junge Menschen muss wieder mehr in den Fokus gerückt werden und benachteiligte Jugendliche in ihren Sozialräumen als handelnde und mitbestimmende Akteur_innen ernst genommen werden. Sie selbst sind Gestalter_innen ihrer Lebenswelt und müssen deshalb durch Empowerment gestärkt werden und ihre persönliche Wirksamkeit erfahren können. Die Jugendsozialarbeit bietet die Möglichkeit, junge Menschen in Entscheidungsprozesse ihres Lebens und ihrer Umgebung einzubeziehen, ihnen Wissen ohne Leistungsdruck zu vermitteln, und hat daher die Chance, Selbstwirksamkeit erlebbar zu machen und politische Prozesse aller Ebenen transparent zu vermitteln. Diese DREIZEHN will einen Einblick in die vielfältigen Möglichkeiten zu einer so verstandenen politischen Bildung liefern.

Im aktuellen Heft „Lebendige Demokratie. Die Aufgabe der Jugendsozialarbeit“ beschäftigen sich unsere Autor_innen mit verschiedenen Themen, die zu einer lebendigen Demokratie gehören. Einige Inhalte, um die es gehen soll, sind politische Bildung, Ausgrenzung, Empowerment, Geschlechterkonstruktionen, Rechtspopulismus und Wahlergebnisse einer Wahl für Kinder und Jugendliche. Wir stellen Fragen nach gelingenden Projekten und beleuchten in der Rubrik „Praxis konkret“ drei unterschiedliche Herangehensweisen. Zum Beispiel die E-Partizipation, welche Teilhabe an Partizipationsprozessen am Computer und Smartphone niedrigschwellig und für unsere Zielgruppe einladend gestaltet. In der Rubrik „Vor Ort“ waren unsere Journalist_innen in Nordhausen und Hamburg, um über erfolgreiche Angebote der Auseinandersetzung mit politischen Prozessen zu berichten.

Wegen rechtspopulistischer Entwicklungen in allen Gesellschaftsschichten ist ein Bewusstsein für Demokratie wichtiger denn je. Demokratie ist ein komplexer Vorgang, ein nie abgeschlossenes Projekt und daher ein stetiger Prozess. Jugendliche und junge Erwachsene sollten so früh wie möglich eingebunden werden, damit Engagement und Gestaltungswille entwickelt und geformt werden können. Doch wie funktioniert politische Jugendbildung? Wie kann man der angeblichen Politikverdrossenheit unserer Jugend entgegenwirken? Und wie werden Fachkräfte so geschult, dass Sie rechte Gesinnungen erkennen und hinterfragen? Die vorliegende DREIZEHN regt zu einer Diskussion über den Demokratiebeitrag der Jugendsozialarbeit an.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre!

Ihre

Birgit Beierling

Sprecherin des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit



Inhalt

DIE ANALYSE

Demokratieförderung und politische Bildung in der Jugendsozialarbeit – Aufgabe, Beitrag und Herausforderungen	Petra Tabakovic	4
Benachteiligte Jugendliche in Beteiligungsprozesse einbeziehen – Möglichkeiten und Perspektiven zur tatsächlichen Partizipation	Prof. Dr. Christian Stark	10
Ein geschlechterreflektierender Blick in der Jugendarbeit – Voraussetzung, um auf einen gesellschaftlichen Rechtsruck pädagogisch angemessen reagieren zu können	Prof. Dr. Heike Radvan	15
Im Gespräch mit: Henning Flad, Projektleiter bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus	Gisela Würfel und Annemarie Blohm	20

KONTRAPUNKT

Herausforderungen der Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit – Zwischen Empowerment und Systemkritik	Anne Wollenhaupt	24
---	------------------	----

VOR ORT

Die starke Stimme der Auszubildenden – Die Jugendbildung Hamburg gründet neue Auszubildenden- und Teilnehmervertretung	Monika Kophal	29
Um deine Heimat musst du dich kümmern	Josefine Janert	32

PRAXIS KONKRET

OPIN – die erste digitale Beteiligungsplattform für Jugendliche	Carina Brumme	36
„Wer sind wir und wie viele?“ Demokratie und Aushandlungsprozesse in der politischen Jugendbildung über unser Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft	Hannah Lorenzen	40
Grenzerfahrungen – Ein Modellprojekt vom internationalen Bund	Andrea Hartig	43

DER KOMMENTAR

Bitte ernst nehmen. Danke.	Anne Bergfeld und Michael Scholl	46
----------------------------	----------------------------------	----

DIE NACHLESE

Drei neue Blickwinkel Ganztagsschule – Assistierte Ausbildung – Extremismusprävention	Deane Heumann, Susanne Nowak und José Torrejon	49
--	--	----

Die Analyse

Demokratieförderung und politische Bildung in der Jugendsozialarbeit

– Aufgabe, Beitrag und Herausforderungen



Die politische Landschaft verändert sich – nicht nur in Deutschland, auch in Europa und weltweit. Wir befinden uns an einem Punkt des Wandels der politischen Kultur, in dem Verluste bisheriger gesellschaftlicher Grundlagen drohen, Demokratiegefährdungen sich mehren und Menschenrechte neuen Deutungen unterliegen.

Petra Tabakovic

Aktuelle Entwicklungen zeigen klar auf, wie Polarisierung, Rechtspopulismus und Extremismus demokratische Entscheidungen und Instanzen in Frage stellen können. Populistische und rechtsextreme Meinungsäußerungen werden lauter, und es scheint, dass sie die Mitte der Gesellschaft erreicht haben. Gut 70 Jahre Demokratie in Deutschland sind kurz und fragil. Das alte Denkmodell, nach dem wir eine stabile Mitte haben, an deren Rändern extremistische Einstellungen keine Gefahr bedeuten, wird von neuen Phänomenen erschüttert. Es existiert ein breiter Rechtspopulismus, deren Vertreter_innen im Bundestag und in Landtagen sitzen, steigende Wahlergebnisse aufweisen und Mitglieder aus allen Schichten rekrutieren. Demokratie ist eine Staatsform, die nicht, einmal erreicht, stetig fortbesteht, sondern immer wieder gestaltet, bewahrt und mit Leben gefüllt werden muss. Die Jugendsozialarbeit steht aktuell mehr denn je in gesellschaftlicher Verantwortung, wenn es um die Bewältigung der gegenwärtigen sozialen und politischen Veränderungen geht. Die Herausforderung lautet, sozialen Konflikten und Demokratiegefährdungen entschlossen entgegenzutreten und ein tolerantes und respektvolles Miteinander in der Vielfalt des Einwanderungslandes zu fördern. Insbesondere angesichts der steigenden Zuwanderungszahlen und damit verbundener gesellschaftlicher Problemlagen werden diese Ziele politischer Bildungsarbeit für die Jugendsozialarbeit und das breite Spektrum ihrer Angebotspalette zunehmend relevanter. Sie muss und will in der Lage sein, in ihren Angeboten auf aktuelle politische Entwicklungen oder Krisen einzugehen, zeitnah ein Bewusstsein für extreme Strömungen und Demokratiegefährdungen zu schaffen und Handlungsoptionen zu einer wirksamen Gegensteuerung aufzuzeigen.

Kontinuität und zielgruppen-gerechte Ansätze

Eine Vielzahl von Konzepten, Bausteinen und Materialien für die schulische wie außerschulische politische Jugendbildung wurde in den letzten Jahren veröffentlicht, die sich der Demokratieförderung widmen. Insbesondere Konzepte zur Bearbei-

tung von Themen wie Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt, aber auch zur Entwicklung eines demokratischen und friedlichen Miteinanders in unserer Gesellschaft wurden durch entsprechende Programme und Förderungen auf den Weg gebracht. Die überwiegende Mehrzahl dieser Konzepte weist allerdings ein hohes Abstraktionsniveau auf, ist anspruchsvoll, zeit- und umsetzungsaufwendig und für die Arbeit mit den Jugendlichen in den Angeboten der Jugendsozialarbeit so nicht einsetzbar. Projektorientiertes politisches Lernen hat sich angesichts didaktisch-methodischer Erfordernisse in der heutigen Zeit zweifellos bewährt. Demgegenüber steht jedoch auch ein Bedarf an Kontinuität politischer Bildungsarbeit im alltäglichen Bildungsgeschehen. Wenn es in den Angeboten der Jugendsozialarbeit, ob in den formalen Bildungssettings der beruflichen Integrationsförderung, in den Beratungsstellen, in der schulbezogenen Arbeit, in sozialräumlichen Projekten oder im Umfeld arbeits- oder lebensweltbezogener Maßnahmen zu Konfrontationen mit Fremdenfeindlichkeit, Gewalt und rechtsextrem oder religiös motivierten demokratiefeindlichen Äußerungen und Handlungen kommt, muss die Jugendsozialarbeit sich in alltäglicher Regelmäßigkeit diesen Themen widmen. Es besteht eine kontinuierliche Notwendigkeit, hier verstärkt auf die demokratische und humane Orientierung der Jugendlichen und jungen Erwachsenen hinzuwirken. Für diese Aufgaben muss die Jugendsozialarbeit zielgruppengerechte Ansätze vorhalten und ihre Möglichkeiten der Zugänge zu den jungen Menschen nutzen. Bei den Zielgruppen der Jugendsozialarbeit – wie auch immer und unterschiedlich sie gefasst werden – spielt die Gruppe der sogenannten benachteiligten Jugendlichen eine entscheidende Rolle. Bildungsdefizite, mangelnde Berufsreife, gescheiterte Ausbildungsplatzsuche, Arbeitslosigkeit und Perspektivlosigkeit sind häufige Gründe für ihre Teilnahme an den Angeboten der Jugendsozialarbeit. Viele von ihnen haben oder hatten schulische Schwierigkeiten, sind Schulabbrecher_innen, haben einen schlechten oder gar keinen Schulabschluss. Schule und Unterricht wurde von ihnen als eine Aneinanderreihung von Scheitern, Resignation und Demütigung erlebt. Die damit einhergehende Bildungsdistanz ist teilweise noch verstärkt durch Zwangspausen nach dem Verlassen der Schule, die mit vergeblicher Arbeitssuche und unausgefüllten Wartezei-



ten verbracht wurden. Häufig kommen soziale Probleme hinzu: etwa schwierige familiäre Hintergründe, Wohngebiete mit hoher Problemdichte, Migrationshintergründe oder Flüchtlingserfahrungen mit sprachlichen Schwierigkeiten. Durch Schulbildung und das soziale Umfeld erworbenes Wissen über politische Zusammenhänge kann bei diesen Jugendlichen nur begrenzt vorausgesetzt werden. Deshalb sind sie in der Regel mit herkömmlichen Materialien für die politische Bildung in der Schule oder Erwachsenenbildung nicht erreichbar. Auch da, wo die Jugendsozialarbeit mit präventiven Ansätzen tätig ist, um Problemlagen rechtzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken, berücksichtigt sie die spezifischen Rahmenbedingungen ihrer Zielgruppen. Die „Materialien für den politischen Unterricht in der beruflichen Bildung“ (Frankfurt 2001), die der Internationale Bund (IB) veröffentlichte, sind ein erprobtes und wirksames Beispiel für eine erfolgreiche Arbeit. Hier werden – wie in weiteren in der Jugendsozialarbeit vorliegenden Konzepten – entscheidende didaktisch-methodische Herangehensweisen berücksichtigt:

- Kleinschrittiges Vorgehen in der Auseinandersetzung mit politischen Themen und unkompliziert einsetzbare Arbeitsvorlagen berücksichtigen sowohl die Lernbedingungen benachteiligter Jugendlicher als auch die Tatsache, dass die Mitarbeitenden in der Regel keine politischen Bildner_innen sind. Dies setzt die Hemmschwelle herab, politische Themen aufzugreifen und in die pädagogische Arbeit zu integrieren.
- Die Kombination von argumentativ-rationalen mit sinnlich-emotionalen Zugängen schafft es, das Interesse der Jugendlichen zu wecken sowie die Wertschätzung demokratischer Strukturen und Prozesse, die Achtung vor dem Leben und solidarisches Denken und Handeln zu erzielen.
- Die Wahl der Themen erfolgt stets so, dass die Jugendlichen persönliche Erfahrungen und Erlebnisse zu ihnen mitbringen, die im Sinne von Subjektorientierung politischer Bildung mit politischen Inhalten verbunden werden können.
- Besonderer Wert wird darauf gelegt, dass den Jugendlichen positive Präsentationsmöglichkeiten eröffnet werden. Gerade die schulischen Vorerfahrungen von benachteiligten Jugendlichen, für die Bildung oft mit Scheitern und Demütigung verbunden war, erfordern eine Gestaltung von Lernprozessen, die Erfolgserlebnisse nicht nur ermöglicht, sondern provoziert. Die Vermittlung von Anerkennung, Zugehörigkeitsgefühl und Wertschätzung sowie Ermutigung und Empowerment für alle jungen Menschen – Zugewanderte wie Einheimische – versteht sich dabei als eine Gegenstrategie zu Populismus, Extremismus und Demokratieverlust.
- In diesem Zusammenhang kommt der Methodenwahl eine tragende Bedeutung zu. Das bedeutet an erster Stelle, dass die „Textlastigkeit“, die in herkömmlichen Bildungskonzepten zu Themen der Demokratieförderung immer noch vorherrscht, zu vermeiden ist. Stattdessen will Methodenvielfalt und -wech-

„Benachteiligte Jugendliche verbinden Bildung oft mit Scheitern und Demütigung.“

sel die Jugendlichen zum Reden bringen, Diskussionen provozieren und dem Gespräch stets Vorrang geben. Kognitives und affektives Lernen sollen sich ergänzen, unterschiedliche Fähigkeiten und Sinne angesprochen werden, um entsprechend individueller Stärken oder Präferenzen Erfolgserlebnisse zu ermöglichen, so das Selbstbewusstsein als Lernender zu stärken und schlichtweg Spaß am Lernen zu fördern.

- Zwar ist die Förderung von Engagement, Einmischung und Beteiligung besonders im Falle benachteiligter Jugendlicher ein hochgestecktes Ziel, dennoch wird es in der Jugendsozialarbeit intensiv verfolgt. Da Jugendliche laut Ergebnis von Studien am ehesten bereit sind, sich in ihrem persönlichen Umfeld zu engagieren, bietet eine lebensweltorientiert ausgerichtete Mitgestaltung Ansatzpunkte für demokratische Beteiligungsformen.
- Darüber hinaus ist ein Setting, das durch Offenheit geprägt ist, eine wichtige Voraussetzung, damit den Teilnehmenden das Einbringen und die Gestaltung ihrer eigenen Themen und Perspektiven ermöglicht werden. Die eigene Lebenswelt bildet den Rahmen und Bezugspunkt für die Öffnung gesellschaftspolitischer Gestaltungs- und Lernfelder.

Bildungsverständnis als Verstärker

Flankiert werden die geschilderten didaktisch-methodischen Ansätze in der Jugendsozialarbeit durch das ihr zugrunde liegende Bildungsverständnis. Der IB beispielsweise lässt sich dabei von dem Prinzip einer ganzheitlichen und umfassenden Bildung leiten, die das gesamte Spektrum formellen, nicht-formellen und informellen Lernens einschließt. Nur das Zusammenwirken dieser drei Formen ergibt demnach Bildung in umfassendem Sinn. Deshalb sind die strukturellen und funktionalen Bezüge zwischen den Angeboten besonders wichtig. Ein Beispiel: Wenn in der schulbezogenen Jugendsozialarbeit Elemente des nicht-formellen und informellen Lernens wie Berufsorientierung, Demokratieprojekte oder Seminarwochen in Kooperation mit der politischen Bildung, persönliche Beratung, Hausaufgabenhilfe, Konfliktschlichtung, kreative und Freizeitangebote mit der schulischen formalen Bildung verbunden werden und dazu eine gute Kooperationsbeziehung aufgebaut wurde, dann ist eine Basis gelegt, auf der gesellschafts-

politische Auseinandersetzung mit allen jungen Menschen ermöglicht wird. Dieser ganzheitliche Ansatz berücksichtigt die Gesamtheit der Lebensumstände des Individuums und zielt auf die Befähigung zur eigenverantwortlichen Lebensgestaltung. Mit einer breiten Angebotsvielfalt von integrativen und zielgruppenspezifischen Bildungsleistungen, die die formellen, nicht-formellen und informellen Ebenen einschließen und diese strukturell und sachlich aufeinander beziehen, stellt sich die Jugendsozialarbeit diesen Herausforderungen.

Sowohl politisches Interesse als auch politische Einstellungen stehen in engem Zusammenhang mit den Einschätzungen eigener Zukunftsperspektiven und den Möglichkeiten zu deren Beeinflussung. Das Ausmaß demokratischen Bewusstseins wird davon bestimmt, in welchem Maße die Jugendlichen glauben, mit ihrer Zukunft zurechtzukommen. In diesem Kontext verfügt die Jugendsozialarbeit über einen weiteren Ansatzpunkt für greifende Demokratieförderung. Eine aktive Teilnahme an einer Maßnahme, die auf den Abbau von Benachteiligungen und die Entwicklung persönlicher Lebensperspektiven ausgerichtet ist, bringt neue Zugangsmöglichkeiten für gesellschaftspolitische Fragestellungen mit sich. Wo sich Chancen für die Verbesserung persönlicher Lebensumstände abzeichnen, befinden sich die Teilnehmenden in einem Prozess neuer und positiverer Beschäftigung mit ihrer Zukunft. Hier bietet sich auch eine Zugangsmöglichkeit für Reflexion von politischen Kategorien. Deshalb hat die Förderung von Chancengerechtigkeit auch im Kontext von Demokratieförderung eine hohe Relevanz in der Jugendsozialarbeit.

Chancengerechtigkeit als Ziel

Eine lebendige Demokratie und eine aktive Zivilgesellschaft nähren sich entscheidend aus dem Engagement und der Beteiligung der Menschen in der Gemeinschaft. Sie erfordern entscheidungskompetente und handlungsfähige Bürger_innen, die eine demokratische Gesellschaft gestalten und die demokratische Werteordnung mit ihrem alltäglichen Handeln mit Leben füllen. Dies ist nicht nur eine Frage der persönlichen Bereitschaft zur Teilhabe, sondern auch die Frage nach den Möglichkeiten dazu. Gleichzeitig wird ein demokratisches System umso funktionsfähiger, je breiter Verantwortungsübernahme und Mitwirkung verankert sind, d. h., je mehr Menschen sich in diesen Bezügen einbringen. Die Chancen dazu sind jedoch

„Anerkennung, Zugehörigkeit und Wertschätzung können als Gegenstrategie von Populismus, Extremismus und Demokratieverlust funktionieren.“

in unserer Gesellschaft sehr ungleich verteilt. Sie stehen in Deutschland nach wie vor in einem engen Zusammenhang mit der sozialen und nationalen Herkunft, die in großem Umfang den Bildungshintergrund der Menschen beeinflussen. Kinder und Jugendliche, die in sozial benachteiligten Familien und/oder in Familien mit Migrationshintergrund aufwachsen, erreichen in den unterschiedlichen schulischen Leistungsbereichen deutlich niedrigere Niveaus und Bildungsabschlüsse. Die Angst vor der eigenen Chancenlosigkeit, die damit verbunden ist, gilt aber als einer der stärksten Auslöser für fremdenfeindliche, populistische oder extremistische Einstellungen bei Jugendlichen.

Mit seinen Förderungs- und Bildungsangeboten will die Jugendsozialarbeit mehr Chancengerechtigkeit in unserer Gesellschaft erzielen und gleichberechtigte Zugänge zu gesellschaftlicher Teilhabe und Mitwirkung ermöglichen. Beratung und Begleitung in der Jugendsozialarbeit und in den Maßnahmen der Jugendberufshilfe unterstützen die persönliche, soziale und berufliche Integration von jungen Menschen mit Schwierigkeiten am Übergang in eine selbstbestimmte Lebensführung. Die Jugendmigrationsdienste orientieren sich dabei an den speziellen Bedarfen junger Zugewanderter und Geflüchteter. Angesichts nachhaltiger Chancengerechtigkeit ist insbesondere die Kooperation mit Schulen von großer Bedeutung. Unser Schulsystem ist per Auftrag auf Selektion angelegt; wie Studien belegen, erfolgt diese aber nicht vorrangig anhand der vorhandenen, wenngleich häufig nicht unmittelbar erkennbaren Begabungen und Fähigkeiten von Schülerinnen und Schülern. Vieles davon wird von der Schichtzugehörigkeit, dem Bildungsstand und der Werteorientierung, aber auch von Einkommen und Vermögen der Eltern überlagert. Kommen sprachliche Defizite etwa bei Zugewanderten oder Problemlagen wie Fluchterfahrungen und Integrationshürden hinzu, ist es noch schwieriger, dem einzelnen Jugendlichen gerecht zu werden. Schule ist in ihrer Verfasstheit darauf weder ausreichend vorbereitet noch ausgelegt, was für viele dieser Jugendlichen zum Scheitern führt. Sie bleiben in dieser Situation mit dem Gefühl zurück, persönlich zu versagen und den Ansprüchen der Gesellschaft nicht zu genügen, was zu einem Rückzug aus der (Zivil-)Gesellschaft und zu Vertrauensverlust in die Demokratie führen kann. Deshalb ist die Jugendsozialarbeit bemüht, mit Schulen vielfältig in Kooperation zu treten, um in gemeinsamer Verantwortung Chancengleichheit und Teilhabe der jungen Menschen zu fördern. Mit den Ansätzen und Methoden der Jugendhilfe bringt die schulbezogene Jugendsozialarbeit ergänzende Bildungselemente und neue Perspektiven in Schule ein. Exemplarisch seien hier aus der Breite des Handlungsspektrums genannt: individuelle Förderung und Kompetenzchecks, sozialpädagogische Gruppenarbeit und Partizipationsprojekte, Willkommensangebote für Geflüchtete und Demokratieseminare. Die Vermittlung von Erfolgserlebnissen, Zugehörigkeitsgefühlen und Selbstwirksamkeitserfahrungen stehen dabei im

Vordergrund. Eine flächendeckende Ausstattung der Schulen mit diesem Angebot hätte das Potenzial, Chancengerechtigkeit in Deutschland mit allen positiven Auswirkungen auf eine gestärkte demokratische Gesellschaft zu erhöhen.

Potenziale und Herausforderungen

● **Rahmung der Arbeit für Demokratie und Toleranz**

Um der Komplexität demokratiefördernder Maßnahmen einerseits und der Vielfalt des Angebotsspektrums der Jugendsozialarbeit andererseits gerecht zu werden, erscheint es sinnvoll, den diesbezüglichen Aktivitäten in den Verbänden der Jugendsozialarbeit einen Rahmen zu geben, der Bündelung, Austausch, Weiterentwicklung und Darstellbarkeit fördert. Der IB hat beispielsweise mit seiner Initiative „Schwarz-Rot-Bunt. IB pro Demokratie und Akzeptanz“ ein Dach dafür geschaffen. Unter diesem Dach wird fachübergreifende Arbeit gebündelt, die in der Auseinandersetzung mit Vorurteilen, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus nötig ist, um Erfolge in der Sozial- und Bildungsarbeit schlechthin zu erzielen. Dazu gehören auch eine förderliche und unterstützende Personal- und Organisationsentwicklung sowie begleitende politische Lobbyarbeit. Seit 2012 wird die Initiative von der Stiftung Schwarz-Rot-Bunt flankiert, die u. a. mit Projektausschreibungen zu jährlichen Schwerpunktthemen die Arbeit ideell und finanziell unterstützt. Das aktuelle Jahresthema lautet z. B. „Die Vorzüge der Demokratie erfahrbar machen – Demokratiegefährdungen entgegenwirken“. Erfolgreiche Arbeit dazu wird präsentiert und transferiert. Initiativen wie diese sind ein Beispiel von *good-practice* um politischer Bildung im Kontext der Jugendsozialarbeit einen wirksamen Rahmen zu geben (www.schwarz-rot-bunt.de).

● **Zusammenarbeit mit Politischer Bildung stärken**

Nicht selten wurde in Kreisen der Politischen Bildung die Frage aufgeworfen, wie neue Zielgruppen aus dem Kreise der benachteiligten Jugendlichen gewonnen werden könnten. Dies hat jedoch nur punktuell zu einer beständigen Zusammenarbeit mit Einrichtungen der Jugendsozialarbeit geführt. Auch die Jugendsozialarbeit kann nicht auf eine ausgeprägte Tradition von Politischer Bildung in ihren Maßnahmen zurückblicken, zumindest was politische Bildung im engeren Sinne als eigen-

„Eine Demokratie erfordert entscheidungskompetente und handlungsfähige Bürger_innen.“

ständiges Lernfeld betrifft. Hier stellt sich die Aufgabe, noch konsequenter Kooperationsbeziehungen zu gestalten, die die oben geschilderten Herangehensweisen der Jugendsozialarbeit mit den vielfältigen Ansätzen der Politischen Bildung zusammenbringen. Einen erfolgsversprechenden Ansatz dafür könnte das neue Vorhaben der Jugendmigrationsdienste (JMDs) bilden, die ab Mitte des Jahres 2018 an Schulen tätig werden, um mit präventiver Arbeit Demokratieförderung zu leisten und extremistischen Einstellungen und Verhaltensweisen entgegenzuwirken. Dazu sollen die JMDs u. a. eng mit Trägern der politischen Bildung kooperieren. Dies bietet Anlass, um die Zusammenarbeit der beiden Disziplinen weiterzuentwickeln und Synergien für eine nachhaltige Kooperation zu bilden.

● **Qualifizierung und Fortbildung der Mitarbeitenden der Jugendsozialarbeit**

Stellt sich die Jugendsozialarbeit der Aufgabe, demokratische Werte zu vermitteln, die Vorzüge der Demokratie aufzuzeigen und (eigene) Haltungen zu Flucht und Migration so zu reflektieren, dass menschenrechtliche Beweggründe in den Vordergrund rücken, impliziert dies auch eine entsprechende Unterstützung ihrer Mitarbeitenden. Diese sind meist keine politischen Bildner_innen und bringen nicht automatisch die Qualifikationen zur Vermittlung demokratischer Werte und Haltungen mit. Es gibt durchaus Berührungspunkte, gesellschaftliche Probleme und Konflikte, Themen wie Extremismus im pädagogischen Alltag aufzugreifen. Daraus ergibt sich ein Fortbildungsbedarf, der gedeckt werden muss.

● **Berücksichtigung der europäischen und internationalen Dimension**

Letztlich besitzt die Jugendsozialarbeit neben ihren national ausgerichteten Angeboten mit europäisch angelegten Projekten und den Maßnahmen des internationalen Jugendaustausches ein weiteres Handlungsfeld, in dem junge Menschen nachweislich darin bestärkt werden, solidarisches Denken und Handeln zu entwickeln sowie Chancen auf politische Mitgestaltung wahrzunehmen. Insbesondere die Begegnung und der Erfahrungsaustausch mit Jugendlichen aus einem anderen Land zeigen durchgängig prägende Wirkung. Internationaler Jugendaustausch entwickelt Potenziale und schafft Kompetenzen, er fördert Verständigung, Solidarität und Akzeptanz. Auch das thematische Aufgreifen von Europa, Globalität und Interkulturalität als Gegenstand politischer Bildung kann angesichts der Vielfalt in den Zielgruppen der Jugendsozialarbeit eine lebensweltbezogene

und motivierte Auseinandersetzung eröffnen. Es erscheint lohnenswert, Konzepte zu einer solchen Arbeit weiterzuentwickeln. Die Jugendsozialarbeit steht unumstritten in gesellschaftlicher Verantwortung, wenn es um die Bewältigung der gegenwärtigen sozialen und politischen Veränderungen geht. Sie versteht sich zunehmend als zivilgesellschaftliche Akteurin, die sich zur Stärkung von Demokratie und gesellschaftlichem Frieden verpflichtet, umfassende Integration, Empowerment und Antidiskriminierung fördern will. Wenn die Jugendsozialarbeit die beschriebenen Aufgaben konsequent aufgreift, die aufgezeigten Möglichkeiten und Potenziale nutzt und Herausforderungen aktiv angeht, leistet sie einen wesentlichen Beitrag, um Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. //

Die Autorin:

Petra Tabakovic ist Abteilungsleiterin in der Zentralen Geschäftsführung des Internationalen Bundes (IB) in Frankfurt am Main. Sie leitet dort den Bereich Jugend, Chancen, Migration, in dem sowohl die Jugendsozialarbeit als auch die Politische Bildung und die Migrationshilfen angesiedelt sind. E-Mail: Petra.Tabakovic@internationaler-bund.de

Literatur:

Internationaler Bund, Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit – sie braucht Politische Bildung, Frankfurt am Main 11/2016.

Internationaler Bund, Demokratie und Zivilgesellschaft – Selbstverständnis und Wirkung des IB, Frankfurt 6/2017.

Internationaler Bund, Bildung ist mehr als Wissen. Zum Bildungsverständnis des IB, Frankfurt am Main 2004.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), Demokratie in Gefahr? Rechtspopulismus und die Krise der politischen Repräsentation, Berlin 2017.

Außerschulische Bildung, Heft 3/2008, Politikferne und bildungsbenachteiligte Menschen als Zielgruppe politischer Bildung, AdB, Berlin 2008.

Deutsche Jugend, Zeitschrift für die Jugendarbeit, 6/2014, Politische Jugendbildung, Beltz/Juventa, Weinheim 2014.

Internationaler Bund, Materialien für den politischen Unterricht in der Beruflichen Bildung, Frankfurt am Main 12/2001.

Journal für Politische Bildung, 2/2016, Wochenschau Verlag, darin: „Politische Bildung im Rahmen der Hilfen für geflüchtete Menschen“.



Benachteiligte Jugendliche in Beteiligungsprozesse einbeziehen

– Möglichkeiten und Perspektiven zur tatsächlichen Partizipation

Der Begriff Partizipation erfreut sich in der aktuellen Diskussion in der Sozialen Arbeit sowohl unter Theoretiker_innen als auch Praktiker_innen einer Hochkonjunktur. Partizipation wird als Qualitätsstandard und Förderungskriterium diskutiert, ist Gegenstand von Fachtagungen und Konferenzen und findet Eingang in die Konzepte sozialer Einrichtungen. Der folgende Beitrag setzt sich kritisch mit dieser Entwicklung auseinander und versucht am Beispiel von benachteiligten Jugendlichen Möglichkeiten und Perspektiven zur tatsächlichen Partizipation aufzuzeigen.

Prof. Dr. Christian Stark

Partizipation bedeutet von der Wortwurzel her Beteiligung, Teilhabe, Teilnahme.¹ Beteiligung und Teilhabe stehen dabei in einem wechselseitigen Verhältnis. Beteiligung schafft Teilhabe und Teilhabe ermöglicht Beteiligung. Beteiligung – als das Schaffen von gesellschaftlichen Teilhabezugängen – beschreibt den aktiven Aspekt im Prozess der Partizipation – Teilhabe beschreibt die passive, strukturelle Dimension. In diesem Sinn geht es bei Partizipation um die Einbindung und aktive Beteiligung von einzelnen Personen, Gruppen und Organisationen in Entscheidungs- und Willensbildungsprozesse, die eben diese mittel- oder unmittelbar betreffen. Der Begriff Partizipation ist mit unterschiedlichen Bedeutungsgehalten gefüllt, z. B. Informationsweitergabe, Anhörungsrechte oder Zusammenarbeit. Letztlich geht es bei Partizipation um die Frage nach Demokratie und der Demokratisierung aller Lebensbereiche.

„Empowerment: das Recht auf Unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Selbstbestimmung.“

In der Pädagogik und Sozialen Arbeit – auch wenn lange Zeit nicht explizit verwendet – stellt Partizipation ein altes Prinzip dar, zu finden z. B. bei Alexander S. Neills Summerhill oder Siegfried Bernfelds Kinderheim Baumgarten oder Jane Addams Settlement-Bewegung. In der Sozialen Arbeit bedeutet Partizipation „Beteiligung und Mitwirkung der Nutzer (Klienten) bei der Wahl und Erbringung sozialarbeiterischer/sozialpädagogischer Dienste, Programme und Leistungen“². Dabei verstehe ich mit Urban³ Partizipation als Teilhabe an Entscheidungsmacht und eine ethische Grundanforderung an die Soziale

Arbeit auf Grundlage der Menschenrechte, des Selbstbestimmungsrechtes und der Menschenwürde. Der Begriff Benachteiligung verweist darauf, dass jemand „seinen Teil“ im Vergleich zu anderen nicht oder in unzureichendem Maß bekommt – in diesem Sinn benachteiligt ist. Das Wort Teil stellt wiederum den Bezug zum Begriff Partizipation her, in dem das Lateinische Wort pars (Teil) steckt. Es wird damit das Verhältnis vom Teil zum Ganzen beschrieben und damit auch auf die Bedeutung von Integration und Inklusion verwiesen.

Bereiche und Formen der Partizipation

Partizipation hat eine formspezifische, eine inhaltliche und eine Machtdimension. Partizipation inkludiert eine politische, ökonomische, soziale, rechtliche, räumliche, sprachliche und kulturelle Dimension und impliziert eine grundsätzliche Teilhabe an diesen Bereichen und damit verbundenen Entscheidungsprozessen. Der entscheidende Punkt dabei ist die Verteilung von Macht bzw. die Bereitschaft der jeweiligen Machtträger_innen entsprechende Macht abzugeben, sei es als Politiker_innen, Manager_innen oder Sozialarbeiter_innen und Sozialpädagogen_innen. Partizipation lässt sich nach Art der Beteiligung als direkt oder indirekt (z. B. direkte bzw. repräsentative Demokratie) beschreiben bzw. dahingehend unterscheiden, ob sie gesetzmäßig verankert ist oder nicht.⁴ Eine weitere Unterscheidung lässt sich am Ausmaß der Beteiligung treffen, über die man bei Arnstein lesen kann. Sie unterscheidet zwischen schwachen Partizipationsformen bzw. Schein- und Alibibeteiligung wie Information, Konsultation und Befragung und starken Partizipationsformen (*citizen power*) wie Partnerschaft, Beteiligung in Aushandlungssystemen

und Übertragung von Macht in Form von Kontrollkompetenz und Entscheidungsmacht.⁵

Partizipation in der Sozialen Arbeit

Prinzipielle Aussagen

Folgende Grundsätze sind im Hinblick auf die Partizipation von benachteiligten Jugendlichen als Klient_innen Sozialer Arbeit zu beachten:

- Partizipation schließt Hilfe nicht aus, aber beschreibt, wie Hilfeprozesse geschehen sollen.
- Partizipation geschieht freiwillig.
- Benachteiligte Jugendliche als Nutzer_innen sozialer Einrichtungen sind zuerst vollberechtigte Bürger_innen eines Gemeinwesens und nicht Klient_innen einer sozialen Einrichtung.
- Partizipation ist eine Frage der Macht. Der Machttransfer in Entscheidungssituationen ist das Maß für Partizipation. Mitbestimmung darf nicht dort enden, wo es für Erwachsene, Sozialarbeiter_innen oder die Politiker_innen unbequem wird.
- Partizipation muss Wirkungen und Mehrwert für benachteiligte Jugendliche haben.

Möglichkeiten und Grenzen von Partizipation von benachteiligten Jugendlichen

Im SGB VIII⁶ wird an drei Stellen auf Partizipation von Jugendlichen Bezug genommen.

- Im § 11 (1): „Angebote der Jugendarbeit ... sollen an den Interessen junger Menschen anknüpfen und von ihnen mitbestimmt und mitgestaltet werden.“
- Im § 8 b (2): „Träger von Einrichtungen, in denen sich Kinder oder Jugendliche ganztägig oder für einen Teil des Tages aufhalten oder in denen sie Unterkunft erhalten, und die zuständigen Leistungsträger, haben gegenüber dem überörtlichen Träger der Jugendhilfe Anspruch auf Beratung bei der Entwicklung und Anwendung fachlicher Handlungsleitlinien ... (2) zu Verfahren der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen an strukturellen Entscheidungen in der Einrichtung sowie zu Beschwerdeverfahren in persönlichen Angelegenheiten.“
- Und im § 80 (1.2): „Die Träger der öffentlichen Jugendhilfe haben ... den Bedarf unter Berücksichtigung der Wünsche, Bedürfnisse und Interessen der jungen Menschen ... für einen mittelfristigen Zeitraum zu ermitteln.“

Angesichts von unterschiedlichen Formen der Benachteiligung und geistigen, psychischen und physischen Beeinträchtigungen von jungen Menschen mag sich die Frage erheben: Können diese Personen überhaupt partizipieren bzw. darf man ihnen Beteiligungsrechte versagen? Dazu ist grundsätzlich zu bemerken, dass Partizipation ein Lernprozess ist. Menschen sind nicht einfach fähig oder unfähig, sondern sie entwickeln sich: „Partizipation lernt man durch Partizipation, nicht durch Vorbereitung darauf. Unterschiedliche Grade und Formen stehen dabei nicht gegeneinander, sondern bilden gerade in ihrem Zusammenspiel die Beteiligungskultur einer Organisation“⁷. In diesem Sinne braucht Partizipation Empowerment als Befähigung zur Selbstbestimmung.

„Partizipation ist ein Lernprozess.“

Der Empowerment-Gedanke entwickelte sich aus den praktischen Erfahrungen von Selbsthilfeinitiativen und Protestaktionen von armen, arbeitslosen, psychisch kranken und anderen sozial benachteiligten Menschen im angloamerikanischen Raum mit dem Ziel der Überwindung sozialer Ungerechtigkeiten und Benachteiligungen. „Indem sie zur Selbsthilfe griffen, versuchten diese Menschen nicht nur neue Wege zu finden, um Lebenskrisen besser bewältigen zu können, sondern sie versuchten gleichzeitig eine größtmögliche Kontrolle über das eigene Leben durchzusetzen“⁸. Wolfgang Stark⁹ versteht Empowerment als Prozess der Wiedereroberung der Kontrolle über die Gestaltung der eigenen sozialen Lebenswelt von Einzelnen oder Gruppen. Die Vielfalt der Definitionen von Empowerment zeigt trotz unterschiedlicher Akzentuierungen Gemeinsamkeiten in der begrifflichen Grundlegung auf: Das Recht auf Unabhängigkeit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung sowie eine gelingende Lebensbewältigung und die Suche nach einer authentischen Identität bestimmen das Empowerment-Denkmodell.¹⁰ Empowerment verstehe ich in diesem Zusammenhang weniger als spezifische Methode oder Technik der Sozialen Arbeit, sondern als professionelle Haltung, die ihren Fokus auf Förderung von Potenzialen, Selbstorganisation und gemeinsames Handeln legt, die hilft beim Entdecken, Entwickeln und Nutzen von Ressourcen in Situationen des Mangels, sodass sich benachteiligte junge Menschen als Perspektive in Entscheidungen über sich und ihre Umgebung wieder einmischen und Kontrolle über ihr eigenes Leben gewinnen können. Kernelement ist dabei die Bewusstseinsbildung in Hinblick darauf, Situationen oder Ereignisse beeinflussen zu können und nicht von äußeren Ereignissen und Strukturen vollkommen ausgeliefert zu sein, zum Beispiel bei einem gefühlten Kontrollverlust bezüglich übermächtiger anonymer Institutionen. Es gilt, die eigenen Ressourcen im Zusammenhang mit seiner eigenen Geschichte zu entdecken und die eigene Geschichte

„Klient_innen sind Akteur_innen in ihrer eigenen Lebenswelt.“

selbst zu schreiben, wobei nicht nur persönliche Eigenschaften, sondern auch der soziale Kontext zu berücksichtigen ist. Deshalb ist auch von Seiten der Sozialen Arbeit im Sinne ihres politischen Mandats¹¹ auf Bedingungen und Strukturen hinzuwirken, die Empowerment fördern.

Für die konkrete sozialarbeiterische Praxis bedeutet das die Verabschiedung von einer paternalistisch-fürsorglichen bzw. einer expertokratischen Handlungsorientierung und einem Stellvertreteransatz („ich handle für euch“, „wir wollen nur euer Bestes“) hin zu einer Einbeziehung ihrer Klient_innen in Entscheidungsprozesse und einer Teilhabe an Entscheidungsmacht. Die Klient_innen sind als Akteur_innen in ihren eigenen Lebenskontexten zu verstehen und als solche zu behandeln. Partizipation in der Sozialarbeit bedeutet eine Öffnung von Entscheidungsprozessen gegenüber Klient_innen und eine Demokratisierung bürokratischer hierarchischer Strukturen. So bedeutet Partizipation in sozialarbeiterischen Kontexten mehr als nur Information und Befragung als passive Beteiligung in dem Sinn, dass Klient_innen Daten liefern, aus denen die Sozialarbeiter_innen ihre Schlüsse ziehen, ohne dabei über Relevanzstrukturen, nach denen die Sozialarbeiter_innen ihre Entscheidungen treffen, Bescheid zu wissen. Auch ein bloßes Einverständnis der Klient_innen zu Problemlösungsvorschlägen der Sozialarbeiter_innen ist zu wenig, wenn keine Kenntnisse über alternative Lösungsvorschläge unterbreitet wurden. Information und Befragung sind nur Voraussetzungen für sinnvolle bewusste Entscheidungen, bedeuten aber noch nicht volle Partizipation. Sondern dafür braucht es Miteinbeziehung der Klient_innen in die Gestaltung von Entscheidungsprozessen bei Gewährung von Leistungen und Entscheidungen über Art und Umfang der Hilfe, Aufklärung über Klient_innenrechte im Sinne eines Konsument_innenschutzes und Einflussmöglichkeiten auf die Gestaltung von Hilfe-Settings. Gerade in asymmetrischen Beziehungen – wie sie in der Sozialen Arbeit häufig gegeben sind – gilt es, Transparenz über Entscheidungsstrukturen und Grenzen von Entscheidungsmacht herzustellen und in einer Weise fachlich zu handeln, dass in Zukunft potenziell Entscheidungsmacht an die Klient_innen übertragen werden kann. Palentien und Gürlevik sprechen in diesem Zusammenhang vom Ernstcharakter der Partizipation. „Der Ernstcharakter von Partizipation beweist sich an der Leitidee tatsächlich vorhandener Realisierungschancen. Simulationen ohne das Merkmal der Ernsthaftigkeit sind Pseudo-Partizipation und daher abzulehnen.“¹²

Perspektiven von Partizipation

Zukunftsperspektiven bezüglich der Partizipation von benachteiligten Jugendlichen bieten sich beispielsweise hinsichtlich folgender Optionen:

- Die Möglichkeit, sich als Jugendlicher seine_n Sozialarbeiter_in bzw. Betreuer_in selbst zu wählen. Hier bieten sich vor allem Ansatzpunkte im Rahmen der Konzepte des sogenannten persönlichen Budgets im Bereich der Behindertenhilfe.
- Die Einbindung von Jugendlichen in stationären Einrichtungen bei allen das Zusammenleben betreffenden Ereignissen und Entscheidungsprozessen wie z.B. das Aushandeln von Hausregeln, die Art und das Ausmaß von Freizeitangeboten und die Teilnahme daran.
- Benachteiligte Jugendliche könnten als stimmberechtigte Beiräte in Vorständen von den entsprechenden sozialen Organisationen und Vereinen vertreten sein (siehe Beitrag über „Jugendbildung Hamburg“, S. 30, Artikel in der Rubrik vor Ort, von Monika Kophal). Damit verbunden wäre z.B. die Mitbestimmung über die Verwendung von Spendengeldern oder die Mitwirkung bei der Auswahl von Mitarbeiter_innen.
- Das Prinzip der Selbstverwaltung bzw. Selbstorganisation, wie es vereinzelt in Jugendzentren bzw. in Tagesaufenthaltsstätten für Wohnungslose und bei Straßenzitungsprojekten praktiziert wird bzw. in der Bildung von Betroffeneninitiativen zum Ausdruck kommt, ist zu fördern. Dabei könnten die Betroffeneninitiativen auf Wunsch Sozialarbeiter_innen oder andere Expert_innen als Coaches für die jeweilig anstehenden Problemfälle und Aufgaben beziehen.

Neoliberale Neuinterpretation von Partizipation

Im neoliberalen Diskurs wird durch Schlagworte wie „Fördern und Fordern“, „Hilfe nur für wirklich Bedürftige“, „Aktivierung zu Selbsthilfe und Eigeninitiative“ oder „Ende der Versorgungsmentalität“ vordergründig mehr Teilhabe suggeriert. Dabei werden emanzipatorische Begriffe wie Empowerment und Partizipation neoliberal uminterpretiert. Die euphemistischen neoliberalen Wortschöpfungen transportieren im Grunde genommen ein und dieselbe Botschaft: keine Hilfe ohne Vorleistung, kein Rechtsanspruch ohne vorherige Pflichterfüllung. Erwerbslosigkeit und Armut werden sozialdarwinistisch zu Problemen der Individuen, ihrer Charakterschwäche und fehlender Leistungsbereitschaft umgedeutet. Die Klient_innen der Sozialen Arbeit mutieren zu Kund_innen, die als solche selbstverantwortlich für die Ursachen, aber vor allem für die Behebung ihrer Probleme und damit ihren Erfolg und Misserfolg sind. Die Einführung des Kundenbegriffs suggeriert auf den ersten Blick eine Stärkung des Partizipationsrechts und eine Verabschiedung aus der Abhängigkeit eines diskreditierten „Klient_innenstatus“. Der Slogan „Der Kunde ist König“ signalisiert zwar vordergründig, dass der Mensch und seine Wünsche – eben der/die Kund_in – im Mittelpunkt der Wirtschaftsinteressen steht,

„Partizipation ist ein unverzichtbares Grundrecht.“

aber der Schein trügt. Kund_innenorientierung ist Mittel zum Zweck. Im Mittelpunkt steht der Profit. Menschen sind nicht in ihrer Ganzheitlichkeit interessant, sondern nur in ihrer Funktion als zahlungsfähige und zahlungswillige Kund_innen bzw. Konsument_innen. Sie werden in ihrer Funktionalität, nicht in ihrer Personalität wahrgenommen. „Aktivierung“ bedeutet in diesem Kontext auch nicht Beteiligung und Empowerment im Sinne von Selbstbestimmung, sondern besonders im Kontext Arbeitsmarkt eine Art autoritäre Entrechtlichung: Hilfen zur Arbeit verwandeln sich in Drohungen zur Zwangsarbeit. So wird der Wohlfahrtsstaat zum wirkungsorientierten Workfare-Staat, der sich auf die Funktionen Repression und kontrollierter sozialer Ausschluss fokussiert.¹³

Resümee

Der Mehrwert von Partizipation für benachteiligte Jugendliche ist offensichtlich: Partizipation bedeutet mehr Rechte, Verantwortung und Ressourcen sowie mehr Selbstvertrauen. Beteiligung bewirkt Bewusstsein über Entscheidungsabläufe und Finanzierung, einen verbesserten Zugang zu Netzwerken in Gemeinwesen und bessere Qualität der Planung, Entwicklung und Durchführung sozialer Dienste und Dienstleistungen, die auf die Bedürfnisse der Nutzer_innen abgestimmt sind, und somit mehr Demokratie. Im Rahmen einer vom Autor getätigten Befragung unter Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe, antwortete ein Mitarbeiter auf die Frage „Wo sehen Sie die Herausforderung beim Thema Partizipation in der Arbeit mit wohnungslosen Menschen?“, „Partizipation ist keine Herausforderung, sondern ein unverzichtbares Grundrecht.“¹⁴ Das hegemoniale wirtschaftspolitische Konzept des Neoliberalismus stellt dieses Grundrecht vehement in Frage. Es offenbart ein Menschenbild, das vom Leitgedanken ausgeht: Der Mensch muss es sich letztlich verdienen zu leben, d. h. er muss sich der Gesellschaft gegenüber als nützlich erweisen, und zwar der Marktwirtschaft, die die Gesellschaft leitet. Nützlich sein heißt, rentabel sein, nützlich für den Profit, verwertbar. Der Wert des Menschen wird auf seinen wirtschaftlichen Ertrag reduziert. Das Recht auf Leben erwirbt man durch Pflicht zu arbeiten: Laboro ergo sum. Die Frage, die sich für einen Ausblick in die Zukunft stellt, heißt: das Gedeihen der Märkte oder das Überleben der Menschen? In diesem Sinn bräuchte es ein absolutes wirtschaftspolitisches Umdenken, ein Gegenkonzept zur hegemonialen Ideologie des Neoliberalismus und eine entsprechende „Kultur der Partizipation“¹⁵, d. h. eine gesetzlich verbürgte Demokratisierung aller Lebensbereiche, insbesondere des ökonomischen Sektors. //

Der Autor:

Prof. Dr. Christian Stark arbeitet an der Fachhochschule Oberösterreich, Fakultät für Medizintechnik und angewandte Sozi-

alwissenschaften. Er leitet dort den Masterstudiengang Soziale Arbeit. E-Mail: christian.Stark@fh-linz.at

Anmerkungen:

- ¹ Wortschatz Universität Leipzig (2007), Partizipation, <http://wortschatz.uni-leipzig.de> (Stand: 18.2.2018).
- ² Schnurr, Partizipation, in: Thiersch/Otto (Hg.): Handbuch Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Neuwied 2001, 2. Aufl., S. 1330.
- ³ Vgl. Urban, Partizipation, Fachlichkeit und Entscheidungsmacht in der Sozialen Arbeit, Weinheim 2005, 3. Jg./Nr. 2, S. 174–176.
- ⁴ Vgl. Buse/Nelles, Formen und Bedingungen der Partizipation im politisch administrativen Bereich, in: Alemann (Hg.): Partizipation – Demokratisierung – Mitbestimmung, Opladen 1975, S. 81.
- ⁵ Vgl. Arnstein, A Ladder of Citizen Participation, in: Journal of the American Institute of Planners, 1969, 35. Jg./Nr. 4, S. 217 u. 222.
- ⁶ Sozialgesetzbuch SGB VIII, Achtes Buch. Kinder und Jugendhilfe, Stand: Neugefasst durch Bek. v. 11.9.2012 I 2022 (Zugriff am 1.2.2018): <http://www.sozialgesetzbuch-sgb.de/sgbviii/1.html>.
- ⁷ Urban, Partizipation, Fachlichkeit und Entscheidungsmacht in der Sozialen Arbeit. In: Zeitschrift für Sozialpädagogik, Weinheim, 3. Jg./Nr. 2, S. 182.
- ⁸ Wagner, – Empowerment – Möglichkeiten und Grenzen geistig behinderter Menschen zu einem selbstbestimmten Leben zu finden, 2001: <http://www.a-wagner-online.de/empowerment/emp2.htm>.
- ⁹ Vgl. Wolfgang Stark, Empowerment. Neue Handlungskompetenzen in der psychosozialen Praxis, 2. Aufl., Freiburg 1996, S.41.
- ¹⁰ vgl. Herriger, Empowerment in der Sozialen Arbeit, Stuttgart 2002, S.16.
- ¹¹ Vgl. IFSW, Ethics in Social Work, 2004: www.sozialarbeit.at.
- ¹² Palentien/Gürlevik, Absenken des Wahlalters auf 14 Jahre, in: Palentien/Hurrelmann/Gürlevik (Hg.): Jugend und Politik. Politische Bildung und Beteiligung von Jugendlichen, Wiesbaden 2016, S. 486.
- ¹³ Vgl. Dimmel, Verbetriebswirtschaftlichung, Privatisierung und sozialarbeiterisches (Doppel)Mandat – ein Bermudadreieck der sozialen Arbeit?, 2006: www.sozialarbeit.at.
- ¹⁴ Stark, Möglichkeiten und Grenzen von Partizipation von Klient_innen der Wohnungslosenhilfe. In: BAWO (Hg.): Wohnungslosenhilfe von A–Z, Wien 2011, S. 226.
- ¹⁵ Hansbauer, Partizipative Strukturen und eine Kultur der Partizipation in der Heimerziehung, in: Forum Erziehungshilfen, Münster 2001, S. 9.

Ein geschlechterreflektierender Blick in der Jugendarbeit –

*Voraussetzung, um auf einen gesellschaftlichen Rechtsruck
pädagogisch angemessen reagieren zu können*

Rechtspopulistische und rechtsextreme Erscheinungsformen sind Teil des Alltags in offenen Jugendeinrichtungen. Um entsprechende Interessen oder Aussagen von Jugendlichen zu erkennen und zu irritieren, braucht es als einen zentralen Baustein eine geschlechterreflektierende Perspektive.

Prof. Dr. Heike Radvan



Der Alltag von rassismuserfahrenen Menschen in Deutschland ist seit vielen Jahren von Erfahrungen geprägt, die auf strukturellen, in Institutionen und im Alltag verankerten Formen von Ausgrenzung und Diskriminierung, Prozessen des Anders- und Fremdmachens – in Fachdiskursen *othering* genannt – sowie auf Gewalt basieren. Seit dem Sommer 2016 ist ein gesellschaftlicher Wandel zu beobachten, der als Rechtsruck beschrieben werden kann. Dadurch werden Rassismus und weitere Diskriminierungs- und Herrschaftsformen, die auf einer Ideologie der Ungleichwertigkeit von Menschen basieren, gesellschaftlich (noch) virulenter. So sind Straf- und Gewalttaten insbesondere gegenüber Geflüchteten gestiegen.¹ Im öffentlichen Diskurs werden rassistische sowie den Nationalsozialismus verharmlosende Aussagen häufiger getätigt. Der Raum des Sagbaren scheint erweitert, womit eine feindlichere Atmosphäre gegenüber marginalisierten Gruppen in urbanen und ländlichen Räumen einhergehen kann. In verschiedenen Landes- und im Bundesparlament sitzt mit der AfD eine Partei mit einer rechtspopulistischen Programmatik, deren Mitglieder nicht selten in extrem rechte Gruppierungen verstrickt waren oder sind. Diese Entwicklungen erreichen auch Einrichtungen (offener) Kinder- und Jugendarbeit: Sozialpädagog_innen sind herausgefordert, entsprechende Aussagen von Besucher_innen oder auch von Teamkolleg_innen zu allererst als problematisch zu erkennen und es als ihre Aufgabe zu verstehen, zu intervenieren. Das kann beinhalten, die Aussagen zu hinterfragen und als Lerngegenstand so zu bearbeiten, dass eine Reflexion über diskriminierende und/oder rassistische Aussagen möglich wird und differenzierte, sachliche Antworten auf komplexe Probleme gegeben werden können. In diesem Ar-

tikel wird dafür plädiert, dabei eine geschlechterreflektierende Perspektive einzunehmen. Diese ist unabdingbar, um aktuelle rassistische Strategien von rechtspopulistischen und extrem rechten Akteuren und Akteurinnen zu erkennen. Zudem ist sie notwendig, um mögliche Hinwendungsprozesse von Jugendlichen in neonazistische Gruppierungen zu erkennen und deren Funktion zu hinterfragen.

„Wir brauchen einen kritischen Blick, um geschlechterbezogene Stereotype zu vermeiden.“

Rechtsextremismus wird häufig als ein ‚männliches Phänomen‘ imaginiert. Mit dieser verkürzten Wahrnehmung geraten die Rollen und Funktionen aus dem Blick, die Mädchen und Frauen historisch und in der Gegenwart in Gruppierungen der extremen Rechten einnehmen; dieser Blick ist selbst Teil einer ‚Sexismusfalle‘, der Frauen mit ihren (extrem) rechten Äußerungen und Praxen² nicht ernst nimmt. Des Weiteren bleiben ohne eine geschlechterreflektierende Perspektive bestimmte Erscheinungsformen im modernen Rechtsextremismus unerkannt. Nicht zuletzt hat auch hier die Wahrnehmung Einfluss auf die Formen der Intervention: Häufig sind pädagogische Ansätze ohne eine geschlechterkritische Perspektive konzipiert. In extrem rechten Ideologien und Alltagspraxen spielt die Kategorie Geschlecht eine funktionale Rolle, sie wirkt ordnend, bindend und gibt Orientierung.³

„Frauen bleiben mit ihren politischen Äußerungen oft unerkannt.“

Ohne die starre, biologistische Geschlechterkonstruktion („soldatische Männer“ und „für Haushalt und Fürsorge zuständige Frauen“) würde der Rechtsextremismus nicht ohne Weiteres funktionieren. Auch wenn sich Vorstellungen über Geschlechterverhältnisse im modernisierten Rechtsextremismus ausdifferenziert haben³, dominieren in einer rassistischen, völkischen Ideologie dennoch traditionelle Geschlechterrollen. So werden Frauen und Männern biologistisch qua Geschlecht verschiedene gesellschaftliche Aufgaben und Positionen zugewiesen. Auch wenn entsprechende Zusammenhänge auf den ersten Blick „einleuchten“ bzw. naheliegen, sind pädagogische Fachdebatten und öffentliche Diskurse hierzu vergleichsweise jung.⁴ In der vergangenen Dekade wird ein konsequenter geschlechterreflektierender Blick in der Prävention mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen zunehmend thematisiert.⁵ Während er auf theoretischer Ebene als selbstverständlicher Bestandteil fachlicher Standards gelten kann,⁶ lässt sich neben innovativen Analysen und Erfahrungen der Projektpraxis⁷ beobachten, dass viele Fachkräfte weiter nach Antworten für ihre alltägliche Arbeit suchen.

Überschneidungen von Sexismus und Rassismus erkennen

Ein geschlechterreflektierender Blick ist in der Praxis der Jugendarbeit aktuell unabdingbar, um antifeministisch-sexistische Strategien in ihrer Überschneidung mit Rassismus zu erkennen, die von rechtspopulistischen und extrem rechten Kampagnen ausgehen. So haben Neonazis die Übergriffe von geflüchteten Männern auf Frauen in der Silvesternacht 2015/16 in Köln genutzt, um rassistische Hetze zu verbreiten. Aktuell ist diese Strategie in der Kampagne „#120db“ zu beobachten, die u. a. von der rechtsextremen Identitären Bewegung ausgeht. Die Akteure und Akteurinnen nutzen hierbei den jahrhundertealten Mythos vom „übergriffigen fremden Mann“ und schüren Ängste vor sexualisierter Gewalt durch geflüchtete bzw. migrantische Täter. Es geht Neonazis jedoch nicht um den Schutz von Frauen (schon gar nicht um den Schutz aller Frauen). Im Vordergrund steht, Aufmerksamkeit und Zustimmung für den geäußerten Rassismus zu erhalten und gegen Asylrecht und Migration zu agitieren. Dabei werden Frauenrechte, wie der Schutz vor (sexualisierter) Gewalt, instrumentalisiert und dafür genutzt, Deutschland als ‚modernes‘ frauenfreundliches Land gegenüber anderen aufzuwerten, was von Sara Farris als Femonationalismus bezeichnet wird. Das Problem sexualisierter Gewalt wird externalisiert,⁸ in dem es „den Anderen“ zugeschrieben wird und dessen Existenz und Ausmaß innerhalb von Deutschland negiert. In vielen Jugendzentren wird deutlich, dass junge Frauen und Mädchen mit diesen Kampagnen in Berührung kommen. So zeigen die Beratungen der Amadeu Antonio Stiftung,

dass Besucherinnen von sexualisierten Übergriffen berichten, von denen sie gehört oder die sie erlebt haben. Die Anforderungen an eine Intervention sind komplex, hilfreich sind eine rassistuskritische, geschlechterreflektierende Wahrnehmung und Analyse, Fallarbeit im Team und ggf. externe Beratung.⁹ Um gegenwärtige Erscheinungsformen der extremen Rechten zu erkennen, braucht es einen kritischen Blick, der versucht (geschlechterbezogene) Stereotype zu vermeiden. Das betrifft z. B. die Reflektion von Bildern, denen zufolge Mädchen und Frauen unpolitisch und friedliebend seien¹⁰, sowie das Hinterfragen traditioneller Männlichkeitsvorstellungen und -praxen. Das Entstehen dieser Stereotype ist historisch bedingt, ihre Wirksamkeit lässt sich bis in die Gegenwart zum Beispiel in der offenen Jugendarbeit erkennen. Eine geschlechterreflektierende Perspektive eröffnet hier einen unverstellten Blick auf mögliche Funktionen, die entsprechende Bilder haben können – für jugendliche Adressat_innen aber auch für Fachkräfte. Damit sind alternative Handlungsoptionen in der Praxis verbunden. Was im Konkreten hiermit gemeint ist, zeigen die folgenden Beispiele von Weiblichkeits- und Männlichkeitsbildern.

Die doppelte Unsichtbarkeit von Frauen

In der offenen Jugendarbeit werden junge Frauen mit ihren politischen Äußerungen und Positionen von Fachkräften oft kaum wahr- und ernst genommen. Aufmerksamkeit erfahren in vielen Fällen diejenigen jungen Männer, die sich auf bestimmte Art und Weise – inhaltlich direkt und akustisch laut – artikulieren und inszenieren. Dieser vielfach sexistisch eingeschränkten Wahrnehmung entspricht das Stereotyp, Mädchen und Frauen würden sich seltener politisch äußern beziehungsweise eine Meinung bilden. Die Bildungsforschung und die feministische Mädchenarbeit zeigen jedoch, dass Mädchen und Frauen ebenso wie Jungen und Männer politische Meinungen entwickeln, diese allerdings häufiger auf andere Art und Weise artikulieren. Michaela Köttig¹¹ belegt sehr anschaulich, wie Sozialpädagog_innen die Meinungsäußerungen von Mädchen in einer gemischtgeschlechtlichen rechtsextremen Clique aus dem Blick verlieren. Oft wird die Position vertreten, männliche Cliquenmitglieder seien politisch überzeugt, Mädchen hingegen eher unpolitisch. Bei genauerer Betrachtung stellt sich aber oft heraus, dass rechtsextrem orientierte Mädchen und junge Frauen dezidierte Meinungen vertreten und diese im Sinne von Überzeugungen durchaus nachdrücklich präsentieren.¹¹ Dennoch bleiben sie mit ihren politischen Äußerungen oft unerkannt. In diesem Zusammenhang wird von „doppelter Unsichtbarkeit“ gesprochen.¹² Exemplarisch zeigt sich dies an der Wahrnehmung Beate Zschäpes, mutmaßlich mitverantwortlich für die Morde und Straftaten der rechtsterroristischen Gruppe oder auch dem Netzwerk

„Nationalsozialistischer Untergrund“ und seit 2013 angeklagt im Strafgerichtsprozess des Oberlandesgerichtes in München. Beate Zschäpe besuchte – wie auch Uwe Böhnhard und Uwe Mundlos – zu Beginn der 1990er Jahre regelmäßig einen Jugendclub in Jena/Thüringen. Der damalige Jugendarbeiter erzählt in einem Interview rückblickend, dass Zschäpe an einem Mädchenprojekt zum Thema berufliche Zukunft teilgenommen hat. Befragt zu ihren beruflichen Wünschen äußern sich zwei Mädchen erwartbar; Zschäpe hingegen sagte unmittelbar: „erstmal müssen die Ausländer weg“. Paradoxerweise wird sie von dem damaligen Jugendarbeiter gleichzeitig als „nettes Mädchen“ bezeichnet, dass „nicht an Politik, aber an den Jungs der Szene“ interessiert gewesen sei.¹³ Der rassistische Inhalt der Aussage bleibt unberücksichtigt, sie wird auf diesem Wege verharmlost und Zschäpe als unpolitisch gezeichnet. In der Praxis wird im Anschluss hieran häufig auf die Konstruktionen der „Freundin von“ oder des „sexuellen Anhängsel“ verwiesen. Es zeigt sich ein sexistischer Blick auf Mädchen, die als eigenständige Subjekte in gemischtgeschlechtlichen (Jugend-) Gruppen nach wie vor zu wenig wahrgenommen werden. Eine weitere Folge dieses Blicks auf Mädchen ist, dass deren als ‚unweiblich‘ geltenden Seiten (hierzu gehören Gewalt, Rechtsextremismus und Diskriminierungen generell) ausgeblendet werden. Mädchen und junge Frauen haben in diesem Rahmen die Möglichkeit, ihre menschenverachtenden und/oder rechtsextremen Einstellungen zu normalisieren und zu verbreiten.¹⁴

Die Gefahr der Reproduktion hegemonialer Männlichkeiten

Jugendarbeit galt – nicht nur hier – aber eben auch im Kontext von Rechtsextremismusprävention bislang häufig unreflektiert als Jungenarbeit. Auch wenn Angebote für Jungen und männliche Jugendliche galten, blieb dabei die Relevanz von Geschlecht weitgehend unreflektiert. Hier zeigt sich in besonderer Weise die Notwendigkeit, Angebote der Jugendarbeit grundsätzlich in Bezug auf die jeweilige(n) Zielgruppe(n) geschlechterreflektierend zu konzipieren. In der Praxis werden häufig Probleme deutlich, wenn traditionelle Männlichkeitsbilder unhinterfragt vermittelt werden und Angebote vordergründige Orientierungen an körperlicher Stärke, Überlegenheit und Härte beinhalten. Beispielhaft zeigt sich dies in Kampfsportangeboten, die sich oft an männliche Jugendliche richten. Es geht an dieser Stelle nicht um das grundsätzliche Infragestellen von Kampfsport: Dieser kann verschieden trainiert werden und – als Selbstverteidigung oder in Kombination mit Körperarbeit – durchaus wirksam Emanzipationsprozesse und ein positives Selbstbild von Teilnehmenden mit verschiedenen Zugehörigkeiten stärken, z. B. auch von Mädchen und Frauen oder Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen. Die Kritik zielt vielmehr auf solche Angebote, in denen

es zentral um Leistungswettbewerb und Sieg, Härte und Dominanz geht. Es stellt sich die Frage, ob ein solches Verständnis geeignet ist, Jugendliche bei einer Distanzierung von rechten Orientierungen zu unterstützen, oder ob die Gefahr einer Reproduktion von Alltagspraxen besteht, die an rechtsextremen Szenen und Subkulturen dominierende Männlichkeitsbilder und Körperkulte anknüpft und diese somit normalisiert. Dass es notwendig ist, diese – vermeintlich auf den ersten Blick sehr einleuchtenden – Argumente in der Praxis breiter zu diskutieren, zeigt ein Vorfall aus dem Jahr 2012: In einem Verein wird mit der Zielgruppe rechtsextrem orientierter männlicher Jugendlicher gearbeitet. Ein Teammitglied studiert Soziale Arbeit, ist als Antiaggressionstrainer ausgebildet und war bereits in mehreren sozialen Einrichtungen tätig. Gleichzeitig war er aktiver Kickboxer, 2012 Europameister. Unter anderem über den Sport war er freundschaftlich mit Personen verbunden, die für rechtsextreme Straf- und Gewalttaten verantwortlich waren. 2011 wurde eine Strafanzeige wegen Volksverhetzung gegen ihn gestellt.¹⁵ An dieser Stelle lässt sich fragen, welche Gründe für eine diesbezügliche Zusammenarbeit in einer pädagogischen Einrichtung generell sprechen, insbesondere mit der Zielgruppe rechtsextrem Orientierter. Problematisch wird es nicht erst, wenn behauptet wird, eine Person im ähnlichen Alter und mit ähnlichen Interessen wie die Zielgruppe erreiche diese sehr viel besser als langjährige, ältere Fachkräfte. Auch wenn es hier nicht um eine Einschätzung der Einstellungen und politischen Orientierungen eines jugendlichen Besuchers geht, sondern um die Zusammenarbeit mit einem im pädagogischen Bereich tätigen Erwachsenen, zeigen sich die eingangs benannten Herausforderungen in der Wahrnehmung politisch rechter Orientierungen und der Entwicklung einer Haltung dazu. Erst nach längerer Auseinandersetzung und öffentlicher Thematisierung beendete der Verein die Zusammenarbeit.

Die sozialpädagogische Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen zielt darauf ab, diese darin zu stärken, sich nicht (weiter) in die Neonaziszene hineinzubegeben. Fachkräfte müssen also neonazistische Positionen erkennen und hinterfragen. Sind diese selbst in rechtsextreme Haltungen oder Gruppierungen verstrickt, steht das den fachlichen Standards entgegen. Mit den Einstellungen und Haltungen betrifft dies auch die Frage der im Alltag vorgelebten Männlichkeitspraxen. Das Versprechen von Überlegenheit und körperlicher Stärke stellt für viele männliche Jugendliche ein wichtiges Einstiegsmotiv in rechte Szenen dar. Einer nachhaltigen, geschlechtersensiblen Rechtsextremismusprävention widerspricht jedoch das Einüben in hegemoniale Männlichkeitsentwürfe. Vielmehr ist eine kritische Auseinandersetzung mit Dominanz, Gewalt und mit diskriminierenden Einstellungen und Handlungsweisen unabdingbar. So ist es sinnvoll, Jungen die Möglichkeit zu eröffnen, sich dominanten Männlichkeitsanforderungen zu entziehen und Alternativen hierzu erfahrbar und erlebbar zu machen.¹⁶ Gleichzeitig ist es bedeutsam, Jungen,

„Wenn es im Sport nur um Leistungswettbewerb und Sieg, Härte und Dominanz geht ...“

die traditionellen Vorstellungen von Männlichkeit nicht entsprechen, zu stärken und gegebenenfalls auch gegen entsprechende Anforderungen von Peers zu schützen. Für die konkrete Praxis kann dies bedeuten, dass wettbewerbsorientierte, sportliche Spiele kritisch beobachtet werden: Es gilt zu hinterfragen, wie Dominanz und Ausschlüsse hergestellt werden und welche Rolle dabei gewaltförmiges Handeln spielt.

Fazit

Interessieren oder formulieren Jugendliche rechtspopulistische Äußerungen bzw. bewegen sie sich sogar in neonazistische Szenen hinein, so erfüllen die damit einhergehenden Alltagspraxen und inhaltlich-politischen Orientierungen bestimmte Funktionen. Diese Forderungen verlangen gleichsam ein Kontinuum an pädagogischen Antworten, die bei der Anschlussfähigkeit von rechten Positionen beginnen und bei extrem rechten Äußerungen enden. Um in Richtung demokratische und explizit rassistisch-kritische Haltungen zu motivieren und Einstiegsprozesse zu irritieren, ist es wichtig, diese (Aufwertungs)Funktionen für das Individuum zu erkennen und zu hinterfragen. Ein geschlechterreflektierender Blick ist hierbei eine wichtige Grundvoraussetzung, sind doch die Einstiege in der Regel auch geschlechtlich motiviert. //

Die Autorin:

Prof. Dr. Heike Radvan forscht und lehrt am Institut Soziale Arbeit der BTU Cottbus (Brandenburgische Technische Universität). In ihrer langjährigen Tätigkeit für die Amadeu Antonio Stiftung initiierte und leitete sie die Fachstelle Gender und Rechtsextremismus. E-Mail: radvan@b-tu.de

Anmerkungen:

- ¹ AAS (Amadeu Antonio Stiftung)/Pro Asyl (2018): Gewalt gegen Flüchtlinge 2017: Von Entwarnung kann keine Rede sein. www.amadeu-antonio-stiftung.de/aktuelles/2017/gewalt-gegen-fluechtlinge-2017-bundesweit-kein-grund-zur-entwarnung (Abfrage: 25.3.18).
- ² Radvan, Heike/Leidinger, Christiane (2017): Demokratische Leitbilder als Prävention in der Sozialen Arbeit. Diskriminierende, antidemokratische und rechtsextreme Positionen als Herausforderung in Kindertagesstätten. In: Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit 2/2017, S. 77.
- ³ Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2016) (Hrsg.): Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Opladen, Berlin und Toronto. S. 76 ff. und 59–129.
- ⁴ Radvan, Heike (2013): Geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention. Eine Leerstelle in Theorie und Praxis? In: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention, Berlin, S. 22–27.

- ⁵ Debus, Katharina/Laumann, Vivien (2014) (Hrsg.): Rechtsextremismus, Prävention und Geschlecht. Vielfalt_Macht_Pädagogik, Düsseldorf. Hechler, Andreas/Stuve, Olaf (2015): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts. Opladen, Berlin, Toronto. Birsl, Ursula (2011): Rechtsextremismus und Gender. Opladen und Farmington Hills.
- ⁶ Arbeitskreis (AK) geschlechterreflektierende Rechtsextremismusprävention (2014): Positionspapier: Fachliche Standards in der geschlechterreflektierenden Rechtsextremismusprävention. www.gender-und-rechtsextremismus.de/w/files/pdfs/fachstelle/positionspapier-ak-geschlechterreflektierende-rechtsextremismuspraevention.pdf (Abfrage: 11.12.2016).
- ⁷ Dietrich, Kai/Glaser, Enrico (2015): „Von richtigen Freundinnen und falschen Freunden“. Ansatz, Erfahrungen und Ableitungen aus der geschlechterreflektierenden Präventionspraxis in der Jugendarbeit, in: Hechler, Andreas/Stuve, Olaf (Hrsg.): Geschlechterreflektierte Pädagogik gegen Rechts. Opladen, Berlin, Toronto, S. 157–176. Verein zur Förderung akzeptierender Jugendarbeit (Vaja) (2017): „Streetwork Vaja. Akzeptierende Jugendarbeit“: <https://vaja-bremen.de/> (Abfrage: 19.7.2017).
- ⁸ Leidinger, Christiane/Heike Radvan (2017): Antifeministisch-familistische Positionen im Rechtspopulismus. In: Sozialmagazin. Die Zeitschrift für Soziale Arbeit 11_12/2017 „Rechtspopulismus und Soziale Arbeit“, S. 76–83.
- ⁹ AAS (Amadeu Antonio Stiftung)/Fachstelle Gender und Rechtsextremismus (2016): „Das Bild des übergriffigen Fremden“. Wenn mit Lügen über sexualisierte Gewalt Hass geschürt wird, Berlin.
- ¹⁰ Lehnert, Esther/Radvan, Heike (2016) (Hrsg.): Rechtsextreme Frauen – Analysen und Handlungsempfehlungen für Soziale Arbeit und Pädagogik. Opladen, Berlin und Toronto. S. 15–19, S. 70–88.
- ¹¹ Köttig, Michaela (2004): Lebensgeschichten rechtsextremer Mädchen und junger Frauen, Gießen, S. 89–139.
- ¹² Lehnert, Esther (2013): Parteiliche Mädchenarbeit und Rechtsextremismus-Prävention, in: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hg.): Gender und Rechtsextremismusprävention, Berlin, S. 200.
- ¹³ Frenzel, Verena (2011): Die dritte Seite: Ahnungen, Warnungen, in: Tagesspiegel vom 26.11.2011, Nr. 21168.
- ¹⁴ Mut vor Ort (2014): Bedingungen und Erfahrungen geschlechterreflektierender Neonazismusprävention, Chemnitz.
- ¹⁵ www.gender-und-rechtsextremismus.de/w/files/pdfs/stellungnahme-ak-geschlechterreflektierende-rechtsextremismuspraevention-06_2013.pdf.
- ¹⁶ Stuve, Olaf/Debus, Katharina (2013): Geschlechterreflektierende Arbeit mit Jungen als Prävention rechtsextremer Einstellungen und Handlungsmuster, in: Amadeu Antonio Stiftung/Radvan, Heike (Hrsg.): Gender und Rechtsextremismusprävention, Berlin, S. 169–196.

Im Gespräch mit: Henning Flad, Projektleiter bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus

WIR BRAUCHEN MUT UND HALTUNG!

DIE RECHTE BEWEGUNG: EINE DETAILREICHE AUSEINANDERSETZUNG

Gisela Würfel und Annemarie Blohm

Eine neue politische Bewegung von rechts wird in vielen gesellschaftlichen Milieus stärker. DREIZEHN befragte Henning Flad, Projektleiter bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus, zum Umgang mit dieser Situation sowie zu Begriffsklärungen und möglichen Projekten, die Betroffenen helfen können. Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, also Rassismus und Antisemitismus, sind keine Nischen- oder Randphänomene und bedürfen daher einer großen Aufmerksamkeit.

DREIZEHN: Können Sie uns einen kleinen Einstieg in die Begrifflichkeiten „Neue Rechte“ und „Rechtspopulismus“ geben?

Henning Flad: Seit drei bis vier Jahren gibt es den Aufstieg einer neuen rechten Bewegung. Vor dieser Bewegung hatten wir es mit militanten Neonazis zu tun, deren Organisation hauptsächlich in die Vergangenheit gerichtet war. Rudolf-Heß-Gedenkmärsche sind Beispiele solcher Aktivitäten. Von ihrer ganzen Optik und ihrem Stil sind Neonazis nicht bürgerlich anschlussfähig. Diese Bewegung war politisch leicht zu enttarnen und einzuordnen. Jetzt haben wir es mit einer rechten Bewegung zu tun, die in der Lage ist, in der gesellschaftlichen Mitte anschlussfähig zu sein. Und zwar deshalb, weil sie sowohl thematisch gegenwartsorientiert als auch im Auftreten und Stil nicht in Richtung Randgruppe orientiert ist. Dies wird meistens Rechtspopulismus genannt. Das setzt aber eine Homogenität voraus, die dort nicht zu finden ist. Wie deutlich ausgeprägt etwa verschiedene Flügel der neuen rechten Bewegung sind, sieht man nicht zuletzt in der AfD. Dort hat es in den letzten Jahren viele interne Auseinandersetzungen gegeben, teilweise aufgrund von persönlichen Dysfunktionalitäten, aber auch wegen strategischer Grundorientierungen und inhaltlichen Fragen. Da geht es beispielsweise einerseits darum, koalitionsfähig in Richtung CDU/CSU und FDP zu werden, oder

Fundamentalopposition zu sein und bewegungsorientiert zu agieren. Innerhalb dieses Spektrums gibt es nicht nur strategische, sondern auch inhaltliche Unterschiede. Der Rechtspopulismus wurde markant durch Frauke Petry verkörpert. Davon zu unterscheiden ist die Neue Rechte.

„In der rechten Bewegung gibt es oft den ‚apokalyptischen Tonfall‘.“

Rechtspopulismus sagt im Kern: „Wir sind das Volk und nur wir sind die legitimen Vertreter des Volkes und alle anderen sind Volksverräter und Systemparteien.“ Dazu kommt ein bestimmter Politikstil, der durch etwas charakterisiert wird, was ich den „apokalyptischen Tonfall“ nennen möchte. Da geht es immer ums große Ganze, es ist immer zwei Minuten nach zwölf. Selten geht es um diffizilere Sachfragen, wie zum Beispiel „Wollen wir eine neue Umgehungsstraße bauen?“ oder „Brauchen wir eine neue Steuersystematik?“. Thema ist stattdessen die Islamisierung des Abendlandes oder ein angeblich drohender Bürgerkrieg. Einher mit dem apokalyptischen Tonfall geht eine flirrende Atmosphäre, dazu gehören auch gezielte Provokationen. Zielgruppe des Rechtspopulismus ist eine breite Bevölkerungsmitte, verbunden mit einem direktdemokratischen Anspruch – etwa durch Forderungen nach Volksentscheiden. Das steht in einem Widerspruch zum klassischen Rechtsextremismus, der eine offene Diktatur anstrebt. Trotzdem ist der Rechtspopulismus antidemokratisch, da er antipluralistisch ist. Jeder, der anders denkt, ist kein Vertreter des wahren Volkes und ist zum Beispiel ein Vertreter der Lügenpresse. Innerhalb der neuen rechten Bewegung gibt es einen weiteren Einschlag, den man mit dem Begriff Neue Rechte zusammenfassen kann. Hierbei handelt es sich eher um eine intellektuelle Strömung,

die kein Massenpublikum anstrebt, sondern gezielt Menschen anspricht, die sie als Angehörige einer Elite verstehen. Eine Untergruppe dieser „Neuen Rechten“ ist die „Identitäre Bewegung“. Hierbei handelt es sich um eine Gruppe junger Aktivist_innen sowie einen Kreis um die Zeitschrift Sezession und ihren Herausgeber Götz Kubitschek. Diese Gruppierung ist inhaltlich stark von den Positionen der Neuen Rechten beeinflusst. Einer der Kernbegriffe ist „Metapolitik“. Damit ist gemeint, dass nicht primär auf Wahlergebnisse abgezielt wird, sondern dass Begriffe geprägt und eine kulturelle Veränderung innerhalb der Eliten bewirkt werden soll. Es wird versucht, die Kultur zu verändern. Die Musik, das Theater, die Medien, die Alltagskultur sollen langsam verändert und mit rechten Inhalten gefüllt werden. Inhaltlich knüpft das ideengeschichtlich an die sogenannte „Konservative Revolution“ an. Das ist ein Sammelbegriff für verschiedene rechte Intellektuelle vor allem aus der Weimarer Republik, die gemeinsam eine elitäre, antidemokratische, völkische Grundausrichtung haben. Diese Strömung hat das Ende der Weimarer Republik 1933 sehr begrüßt, dennoch waren sie keine Nationalsozialisten im eigentlichen Sinne. Typisch bei Neuen Rechten ist, dass Stauffenberg und der Widerstand vom 20. Juli 1944 bewundert werden. Im Merchandisingangebot von Neuen Rechten finden Sie häufig T-Shirts mit dem Konterfei von Claus Schenk Graf von Stauffenberg. So etwas würden Sie bei der NPD nie bekommen, denn die Hinrichtung von Stauffenberg ist in diesem Kreis positiv beurteilt. Aber dieser Rückgriff auf Teile des deutschen Widerstandes und auf den 20. Juli bedeutet trotzdem keine demokratische Haltung.

DREIZEHN: Sie haben gesagt, dass rechtspopulistische Akteur_innen anschlussfähig sein wollen, was sich ja in alle Lebensbereiche ausweitet. Heißt das dann, dass Rechtspopulist_innen auch in der sozialen Arbeit und in der Arbeit mit Jugendlichen unterwegs sind?

Henning Flad: Ja, alle Gruppen, die ich gerade genannt habe, versuchen gesellschaftlich Einfluss zu nehmen. Und aus vielen Studien wissen wir, dass verschiedene Elemente von dem, was man in der Wissenschaft „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ nennt, also Rassismus, Antisemitismus und andere Phänomene, weitverbreitet und keine Nischen- oder Randphänomene sind. Deshalb können wir davon ausgehen, dass wir auf diese Phänomene auch in unseren beruflichen Feldern treffen. Ich würde sagen, dass das gesellschaftliche Potenzial der verschiedenen Strömungen von rechts größer ist, als es die AfD-Wahlergebnisse ausdrücken. Es gibt eine Menge Menschen, die an vielen Punkten zustimmen, aber weiterhin SPD, CDU oder FDP, zum Teil sogar die Linkspartei wählen.

DREIZEHN: Diese Sortierung ist für uns sehr wichtig. Sie zeigt, dass man auf sehr verschiedenen Ebenen hinschauen und



reagieren muss. Können Sie uns eine Übersicht der Themen geben, mit denen Sie sich befassen?

Henning Flad: Für die BAG K+R (Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus) gab es in den letzten Jahren drei Schwerpunktthemen. Das erste ist die ständige Auseinandersetzung mit Rechtspopulismus, der Neuen Rechten und dieser neuen Bewegung von rechts – mit Publikationen, aber auch mit vielen Veranstaltungen im kirchlichen Raum. Das zweite ist die Aufarbeitung der Morde des NSU. Das ist ein Thema, das wir seit Enttarnung des Trios 2011 bearbeiten. Unser Ziel ist es, das skandalöse Versagen der Ermittlungsbehörden aufzuarbeiten, Lobbyarbeit für Untersuchungsausschüsse in betroffenen Bundesländern zu machen, aber auch die Empfehlungen aus dem NSU-Untersuchungsausschuss im Bundestag in die politische Praxis umzusetzen. Das dritte Thema ist, dass wir Workshops für Menschen aus Willkommensinitiativen machen, vor allem aus dem kirchlichen Raum. Einhergehend mit der Bewegung von rechts gibt es auch eine schlimme rassistische Gewaltwelle gegen Flüchtlingsunterkünfte. Schaut man sich die Zahlen von Brandanschlägen auf Unterkünfte von Geflüchteten seit 2015 an, wird deutlich, dass wir es mit der

schlimmsten Gewaltwelle mit rassistischem Hintergrund seit der ersten Hälfte der 1990er Jahre zu tun haben, der schrecklichsten rassistischen Gewalt seit Rostock und Hoyerswerda. Das betrifft aber nicht nur Geflüchtete, sondern findet auf dem Boden einer allgemeinen Stimmungsmache statt. Diese richtet sich auch stark gegen Menschen, die in der Geflüchtetenunterstützung tätig sind. Sie geraten durch Drohbriefe, Drohanrufe, Onlinepöbeleien selbst sehr unter Druck, manchmal sogar bis in den privaten Raum. Wir bieten für diese Menschen Workshops zur Frage an: „Wie kann ich mit Bedrohungen umgehen?“

DREIZEHN: Solche Erfahrungen machen die Fachkräfte in unseren Einrichtungen auch. Können Sie noch ein bisschen genauer auf die Inhalte dieser Workshops eingehen?

Henning Flad: Es handelt sich um eintägige Veranstaltungen. Den ersten Block bildet ein Lagebild, also: Womit haben wir es hier gesellschaftlich zu tun? Wer sind die wichtigsten Akteure? Welche Ideologien verbreiten sie? Der zweite Block befasst sich mit den persönlichen Handlungsmöglichkeiten. Dabei besprechen wir die Ebene „Wie kann ich mich schützen?“ und „Welche juristischen Optionen stehen mir zur Verfügung?“. Wir kooperieren dazu mit Opferberatungsstellen und Mobiler Beratung gegen Rechtsextremismus. Denn ein wesentliches Element unserer Arbeit ist es auch, eine Brücke zwischen den verschiedenen zivilgesellschaftlichen Angeboten zu sein, z. B. zwischen Opferberatungsstellen und Mobilien Beratungsteams auf der einen Seite und kirchlichen Einrichtungen auf der anderen Seite. In den Veranstaltungen soll ein Raum geschaffen werden, in dem sich Betroffene austauschen können, was hier und da der Seele in solchen Situationen ziemlich guttut.

DREIZEHN: Eine andere Richtung. Wir wissen, dass in unseren Einrichtungen auch Menschen mit rechter Gesinnung arbeiten oder als Jugendliche dort hinkommen. Ist Ihnen das in Ihrer Praxis auch schon begegnet?

Henning Flad: Ja. Wir können nicht davon ausgehen, dass man eine gesellschaftliche Mobilisierung von rechts außen hat und dass das auf einen kleinen Raum beschränkt bleibt. Das ist daher auch in unseren Einrichtungen mit Händen zu greifen. Diese Bewegung schafft es, in der gesellschaftlichen Mitte zu wirken und nicht nur auf Randgruppen Einfluss zu nehmen. Wir machen bei Veranstaltungen zu Rechtspopulismus und der Neuen Rechten sowie dem Umgang damit immer die Frage auf: „Wie diskutieren wir darüber miteinander?“ Dabei ist es sehr wichtig, sich bewusst zu machen, zu welchem Zweck man die Diskussion sucht und in welchem Setting diese stattfindet. Zum Beispiel ist es für meine Begriffe bei einer öffentlichen Podiumsdiskussion nicht notwendig, jedes Mal die AfD einzuladen. Wenn man allerdings an Gespräche in einer Gemeinde oder einer diakonischen Einrichtung denkt, sollte man anders

vorgehen, denn man befindet sich nicht mehr im öffentlichen Raum. Ressentiments können nur bearbeitet werden, wenn ein angstfreier Raum geschaffen wird. Das bedeutet, dass die Menschen authentisch das Gefühl haben müssen, sie können sagen, was sie wirklich denken. Nur dann kann man sich schließlich kritisch inhaltlich auseinandersetzen. Wenn Sie von vornherein die Drohung in den Raum stellen, dass jeder, der kleinste Sympathien für die AfD hegt, möglicherweise mit einer Kündigung oder einer eisigen Atmosphäre im Betrieb zu rechnen hat, dann bewirken Sie vor allem, dass die Leute für sich behalten, was sie denken. Sie kriegen dann keine Chance, irgendwelche eventuellen Fehlinformationen zu berichtigen.

DREIZEHN: Das Schwierige wird sicherlich sein, nach erfolgreich begonnener Kommunikation einzuschätzen, wie intensiv die rechte Überzeugung eines Menschen ist, und sich darüber klar zu werden, ob diese Person überhaupt in dieser Einrichtung arbeiten sollte oder ob es sich um eine Ausprägung rechter Überzeugung handelt, in der man miteinander reden kann.

Henning Flad: Da gibt es keine Zauberformel, die auf jede Situation anwendbar wäre. Es ist wichtig, in Gesprächen immer zu trennen zwischen Meinung und Person, also Wertschätzung auf der Ebene der Person und deutliche Worte ggf. auf der Ebene der Meinung. Ich glaube, je freundlicher und vertrauensvoller die Atmosphäre ist, umso klarer kann man inhaltlich werden, ohne dass einem die Situation entgleist. Das bürgerliche Höflichkeitsprogramm, also die Hand zu geben, einen Kaffee anzubieten, usw. – je glaubwürdiger Sie das einhalten, desto deutlicher können Sie inhaltlich werden. Das kennt man ja eigentlich aus allen Lebenslagen, aus allen pädagogischen Bereichen, also aus der Jugendsozialarbeit, der Erwachsenenbildung und der außerschulischen Bildungsarbeit. Ich plädiere dafür, diese Standards anzuwenden.

„Drohbriefe, Drohanrufe, Onlinepöbeleien – wie kann man mit Bedrohung umgehen?“

DREIZEHN: Aktuell befassen wir uns mit der Demokratieförderung in der Jugendsozialarbeit. Was wird in der Arbeit mit Jugendlichen dafür am meisten gebraucht?

Henning Flad: Ich glaube, es gibt eine ganz große Verunsicherung im Umgang mit dieser Bewegung von rechts. Das rührt daher, dass die Menschen nicht so genau sagen können, was stimmt und was stimmt nicht. Es wird irgendwie auf eine Art Ansage und Führung gewartet, was man jetzt machen soll. Ich denke, das ist nicht der richtige Weg. Wir brauchen aufgeklär-

„Ressentiments können nur bearbeitet werden, wenn ein angstfreier Raum geschaffen wird.“

te, demokratische Personen, die Ressentiments eigenständig erkennen und entsprechend argumentieren können, ohne dass es eine Vorgabe gibt. Ich glaube, wir müssen daran arbeiten, die Leute zu stärken, den Mut aufzubringen und zu widersprechen, wenn solche Inhalte zur Sprache kommen. Und zwar aus einer eigenen Haltung heraus.

DREIZEHN: Jetzt möchte ich gerne noch mehr ins Konkrete gehen, denn Sie begleiten ja einige Projekte. Können Sie uns ein paar Projekte nennen, die Sie für besonders gelungen halten?

Henning Flad: Es gibt eine Reihe von Projekten, die gute Arbeit leisten. Zuerst würde ich das „Archiv der Jugendkulturen“ nennen wollen. Dort wird einerseits Demokratievermittlung mit Jugendlichen gemacht, andererseits aber auch Jugendkulturen als solche erforscht. Ich kann einen Besuch dort sehr empfehlen. Es gibt dort eine ganz tolle Sammlung von jugendkulturellen Primärquellen. Ein zweites Projekt, das gezielt Jugendliche anspricht, ist „Schule ohne Rassismus“. Dort wird an Schulen direkt anti-rassistische Arbeit und Demokratieförderung stärker verankert. Im diakonischen Bereich finde ich noch sehr erwähnenswert „Demokratie gewinnt“. Dieses Projekt gibt es seit 2013 bei einer Reihe von diakonischen Landesverbänden, zunächst nur in Ostdeutschland, seit letztem Jahr auch in Hessen. Dort steht die Ausbildung von Multiplikator_innen im Mittelpunkt, die dann in ihren Einrichtungen als handlungsfähige Ansprechpersonen für diese Themenfelder weiterwirken können. Die Teilnehmenden machen eine Intensivausbildung von zehn vollen Tagen und werden dann zertifiziert.

DREIZEHN: Zum Schluss möchte ich Sie noch zu interessanten Fortbildungsangeboten befragen. Sie haben ja schon aus den Workshops berichtet, und die Leser_innen der DREIZEHN interessieren sich sicher für weitere Fortbildungen, die sie Ihren Fachkräften empfehlen können.

Henning Flad: Die Angebote der BAG K+R wenden sich im Regelfall nicht primär an Fachkräfte aus der Jugendsozialarbeit, deshalb würde ich hier gerne auf Angebote unserer Mitgliedsorganisationen und Kooperationspartner verweisen. Es gibt über die in ganz Deutschland vorhandenen Mobilen Beratungsteams gegen Rechtsextremismus immer Beratung und Fortbildungen für die Jugendsozialarbeit.

DREIZEHN: Können Sie uns Publikationen oder Handreichungen empfehlen?

Henning Flad: Vor allem fällt mir dazu eine Broschüre der BAG K+R zum Thema „Umgang mit Rechtsextremismus“ ein. Der Fokus dieser Handreichung ist stark auf den Schwerpunkt der Diskussion in Kirchengemeinden ausgerichtet. Aber viel von dem, was dort zu lesen ist, kann man gut auf andere und nicht kirchliche Kontexte übertragen. Das zweite ist eine Reihe von Handreichungen zu dem, was in der Wissenschaft „gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit“ nennt. Wir haben jeweils einen Flyer zu den verschiedenen Elementen gemacht. Der letzte, den wir veröffentlicht haben, ist zu antimuslimischem Rassismus. Weitere sind in Arbeit, sechs gibt es bereits. Diese Flyer haben primär einen kirchlichen Blick, weil wir ja im kirchlichen Raum arbeiten, aber sehr viel von den Inhalten ist auch außerhalb von Kirchen sinnvoll. Die Frage, wie es mit Demokratieförderung weitergeht, ist am Schluss noch interessant.

Wir werben seit langer Zeit dafür, ein Demokratieförderungsgesetz auf Bundesebene zu verabschieden. Ich würde mir sehr wünschen, dass das bald umgesetzt werden kann. Das BMFSFJ möchte das auch seit Langem. Im Kern geht es darum, die Finanzierung von Demokratieförderungsprojekten auf Dauer zu stellen und eine bessere Grundlage dafür zu haben, dass diese Projekte funktionieren. In den letzten Jahren gab es schon Verbesserungen, z.B. arbeiten wir jetzt gerade in einem auf fünf Jahre angelegten Programm. Das ist länger als in der Vergangenheit, aber es ist noch nicht das, was wir eigentlich brauchen.

Eine langfristige Absicherung erleichtert die Arbeit unendlich, weil dann langfristige Planung möglich wird und man nicht so viele Reibungsverluste aufgrund kurzer Projektlaufzeiten hat. Und die Arbeit muss ja auch auf Dauer angelegt sein, wenn sie wirken soll.

DREIZEHN: Herr Flad, vielen Dank für das Interview!

gw/ab

Kontakt:

Henning Flad ist Projektleiter bei der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirche und Rechtsextremismus.

E-Mail: projektleitung@bagkr.de



Kontrapunkt

Herausforderungen der Demokratiebildung in der Jugendsozialarbeit

– Zwischen Empowerment und Systemkritik



Angebote der politischen Bildung werden vor allem dann als erfolgreich bewertet, wenn sie von Jugendlichen wahrgenommen werden. Doch was passiert, wenn benachteiligte junge Menschen ihre eigene gesellschaftliche Stellung in politischen Prozessen erkennen und sich ernüchert abwenden? Der Beitrag wirft einen Blick auf Herausforderungen in der politischen Aufklärungsarbeit.

Anne Wollenhaupt

Angesichts der aktuellen politischen Entwicklungen in Deutschland und Europa erfährt die politische Bildungs- und Aufklärungsarbeit derzeit eine neue Aufmerksamkeit und Bedeutung. Die zunehmende Beliebtheit rechtspopulistischer Parteien wie der AfD in Deutschland oder dem Front National im Nachbarland Frankreich, aber auch Abspaltungstendenzen, wie sie durch den Austritt Großbritanniens aus der EU oder durch die Politik Donald Trumps in den USA offensichtlich werden, werfen Fragen zur politischen Zukunft auf und heben die Rolle der jungen Generation für die weitere gesellschaftliche Entwicklung hervor.

Die Dringlichkeit, Angebote zur politischen Bildung zu schaffen sowie Jugendliche an politischen Entscheidungsprozessen partizipieren zu lassen, wurde von der Bundesregierung erkannt. Sie wird im Rahmen der Jugendstrategie „Handeln für eine jugendgerechte Gesellschaft“ und vor allem seit 2015 durch den Politikansatz „Eigenständige Jugendpolitik“ umgesetzt. Auch im 15. Kinder- und Jugendbericht werden politische Bildung und Partizipation für die Zielgruppe der Jugendlichen in den Fokus genommen. „Wie der Bericht feststellt, ist die Partizipation Jugendlicher ein ‚Kristallisationspunkt‘ aktueller Jugendpolitik.“¹ Im Prozess der aktuellen Regierungsbildung wird der Auftrag der politischen Bildungsarbeit für junge Menschen wieder ernst genommen und ein umfangreicher Aufgabenkatalog beschrieben: „Wir wollen Jugendliche für Politik begeistern und die Akzeptanz unserer Demokratie

„Es kann eine sensationelle Erfahrung sein, sich für andere einzusetzen.“

stärken. Das gesellschaftliche und politische Engagement sowie die kulturelle Bildung junger Menschen sind für uns von großer Bedeutung. Hierzu wollen wir mehr Mittel zur Verfügung stellen.“² Dabei wird auch der Jugendsozialarbeit eine wichtige Rolle zugeschrieben: Mit dem Innovationsfonds im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes oder durch das Programm „Demokratie leben!“ werden Projekte der Jugendsozialarbeit gefördert, die die Umsetzung von politischen Bildungsangeboten und die Entwicklung bzw. Verstärkung von Partizipationsstrukturen unterstützen und befördern. Gerade wenn Jugendliche weder in ihrer Herkunftsfamilie noch in den begleitenden Institutionen wie der Schule einen Zugang zu politischer Bildung erhalten, ist die Jugendsozialarbeit oft die einzige Chance, junge Menschen weiterzubilden und in ihrer eigenen Position zu (be)stärken. Jugendsozialarbeit bietet zudem einen idealen Rahmen, Wissen jenseits von Leistungsdruck zu vermitteln, Bildungskonzepte an die Lebenswelt der Jugendlichen anzupassen, die Jugendlichen in ihren Sozialräumen zu erreichen und Partizipationsmodelle zu erproben.

Auftrag der Jugendsozialarbeit ist es, benachteiligte junge Menschen zu fördern und ihre gesellschaftliche Integration zu unterstützen. Dazu zählen auch der Zugang zu politischen Bildungsangeboten und die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen. Doch wie steht es um das Interesse junger Menschen an Politik und an politischen Entscheidungsprozessen? Vor allem der Zielgruppe der Jugendsozialarbeit, den sogenannten benachteiligten Jugendlichen, wird ein zunehmendes Desinteresse an politischen Themen und Fragen attestiert. In diesem Zusammenhang ist oft die Rede von Politikverdrossenheit und von einem geringen Interesse, sich politisch zu engagieren. Untersuchungen zeigen, dass einkommensschwache und bildungsbenachteiligte Bevölkerungsgruppen in allen Formen der politischen Partizipation unterrepräsentiert sind.³ Dies bedeutet jedoch nicht, dass benachteiligte Jugendliche per se kein Interesse an politischen Fragen haben, sondern verdeutlicht vielmehr, dass kaum Zugänge und Teilhabemöglichkeiten für diese Zielgruppe existieren und das Vertrauen zu politischen Institutionen fehlt. Politiker_innen dienen für die Jugendlichen weder als Rollenvorbilder noch als Hoffnungsträger_innen. Hinzukommen häufig das fehlende Selbstvertrauen und das Gefühl, selber nichts erreichen zu können.⁴ Institutionalisierte Politik und die Art und Weise, wie diese ausgeübt wird, ist für sie weder interessant noch greifbar oder gar zugänglich. Darüber hinaus mangelt es für diese jungen Menschen an vielen Stellen an einer echten Lobby. Belegbar ist aber, dass auch benachteiligte Jugendliche an vielen sozialen und politischen Themen Interesse zeigen, sich für andere einsetzen und engagieren sowie nach Sprachrohren suchen, um eigene Probleme oder Wünsche artikulieren zu können.⁵ Rechtspopulistische Meinungen und Überzeugungen haben sich zunehmend einen Weg in die Mitte der Gesellschaft gebahnt. Vor allem für junge

Menschen, die von verschiedenen Privilegien, Ressourcen und Zugängen ausgeschlossen sind, können rechtspopulistische wie auch extremistische Bewegungen eine vermeintliche Alternative zu ihren bisherigen Versuchen bieten, Zugehörigkeit und Anerkennung zu erlangen. Vor allem für diese jungen Menschen sollten Zugänge für Angebote der politischen Bildung und der Demokratiebildung offenstehen. Ziel ist es, sie für



„Jugendsozialarbeit kann Wissen ohne Leistungsdruck vermitteln.“

gesellschaftspolitische Themen zu interessieren, zu gewinnen und zu begeistern, um sie in ihrer eigenen Position und Persönlichkeit zu stärken. Dadurch sollen die jungen Menschen auch Wege zu mehr Teilhabe und Selbstbestimmung finden und somit dauerhaft von rechtspopulistischen und extremistischen Ideologien unabhängig werden. Der Empowerment-Ansatz, der vielen Angeboten politischer Bildung zugrunde

„Wenn Jugendliche ein demokratisches System ablehnen, das sie nicht erkennt, ist das wenig verwunderlich.“

liegt, soll die Jugendlichen neben der grundlegenden Stärkung ihres Selbstbewusstseins und ihrer Identität auch dazu bringen, Beteiligungsmöglichkeiten wahrzunehmen, sich einzumischen und somit Selbstwirksamkeit erfahrbar zu machen. Angebote der politischen Bildung sollen jungen Menschen ermöglichen, sich Wissen und Erkenntnisse über politische Strukturen, gesellschaftliche Prozesse und sozioökonomische Entwicklungen



anzueignen. Jugendliche sollen zu einer eigenen Meinungsbildung bezüglich politisch-gesellschaftlicher Sachverhalte befähigt werden und lernen, Zusammenhänge zu analysieren und kritisch zu hinterfragen.⁶

Was aber passiert, wenn benachteiligte Jugendliche, die Angebote der politischen Bildung und Demokratiebildung wahr-

nehmen, im Zuge dessen ihre eigene gesellschaftliche Stellung im politischen System reflektieren? Zum einen kann dies dazu führen, dass junge Menschen Erkenntnisse in Bezug auf die eigene Rolle in der Gesellschaft erlangen, die sie u. U. als befreiend empfinden. Das hängt vor allem damit zusammen, dass bis dahin oftmals das Selbstverschulden als schwerwiegendster Grund und Erklärungsversuch für die eigene Situation herangezogen wurde. Häufig wird dies begleitet von gravierenden negativen Auswirkungen auf das eigene Selbstwertgefühl. Zu realisieren, dass der eigene Einfluss auf die gesellschaftliche Stellung gering bis nicht vorhanden ist und Möglichkeiten, daran etwas zu ändern, begrenzt und somit auch Lebenswege zum Teil vorgegeben sind, kann insofern eine entlastende Wirkung auf die Betroffenen haben, als sie sich ein Stück weit frei von Vorwürfen oder gar mangelnder Wertschätzung und Anerkennung in Bezug auf sich selbst und das eigene Handeln machen können. Diese Erkenntnis kann dazu führen, für das eigene Selbst und den von vielen Barrieren gekennzeichneten Lebensweg mehr Anerkennung und Wertschätzung zu empfinden und sich mehr mit der eigenen Rolle in der Gesellschaft zu identifizieren. In einigen Fällen kann sich daraus sogar eine Motivation entwickeln, sich auf die Suche nach Veränderungsmöglichkeiten, Rechten und Teilhabemöglichkeiten zu machen, um die eigene Stellung zu verbessern, Selbstwirksamkeit zu erfahren oder sich für Menschen zu engagieren, die in einer ähnlichen Situation sind.⁷

Zum anderen kann die Auseinandersetzung mit demokratischen Strukturen, politischen Prozessen und Machtverhältnissen, aber auch bewirken, dass junge Menschen sich ernüchert vom demokratischen System abwenden oder gar resignieren. Am Beispiel der politischen Bildungsarbeit des Netzwerks Verstärker zeigt sich ein (derzeit) nicht auflösbares Dilemma, das diskutiert wird: „Politische Bildungsarbeit mit diesem Anspruch fördert folglich Chancengleichheit und (soziale) Gerechtigkeit in einer Gesellschaft und leistet damit einen Beitrag zur Inklusion. In der Zusammenarbeit mit sozial marginalisierten Jugendlichen stellt sich jedoch früher oder später zwangsläufig die Frage, ob dieses System eigentlich ‚okay‘ ist. Denn es sind nicht die Jugendlichen, die sich abgrenzen, sondern gesellschaftspolitische Rahmenbedingungen, die systematisch gewisse Gruppen von Bildungschancen und somit auch bestimmten Zukunftsperspektiven ausschließen.“⁸ Wenn junge Menschen realisieren, dass sie von Zugängen zu verschiedenen Ressourcen ausgeschlossen sind und dass sie daran nichts oder wenig ändern können, kann dies ein Gefühl der Perspektiv- und Hoffnungslosigkeit nach sich ziehen, was bis zu einer lähmenden Ohnmacht führt. Wenn diese Jugendlichen ein demokratisches System, das sie nicht anerkennt, als ungerecht ablehnen, erscheint dies wenig verwunderlich. Einsichten und Erkenntnisse, die sich aus politischen Bildungsangeboten entwickeln, können hier also in einem ersten Schritt bewirken, dass Jugendliche

sich zurückziehen und demokratische Werte als scheinheilig und nicht für alle gleichermaßen geltend bewerten, und für die es sich demnach auch nicht lohnt einzustehen. Wie kann dieser Wirkung begegnet werden und wie können die Jugendlichen dabei unterstützt werden, sich weiter mit dem demokratischen System auseinanderzusetzen und dieses zu akzeptieren? „Je mehr Anerkennung junge Menschen erfahren, desto sichtbarer ist für sie die Wichtigkeit der Demokratie als Verfassung, Existenzsicherung und Wertesystem, für die ein Eintreten sich lohnt. Je weniger Kinder und Jugendliche Anerkennung spüren, umso eher führt das zu einer Abkehr von (oder Distanz zu) demokratischen, empathischen, solidarischen, gleichwertigen Werthaltungen.“⁹ Eine wesentliche Aufgabe der Demokratiebildung mit benachteiligten Jugendlichen besteht also darin, sie selbst zu stärken, ihnen Entwicklungs- und Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen sowie gemeinsam Perspektiven zu entwickeln. Auch der Blick über den eigenen Tellerrand, das heißt, der Vergleich mit politischen Systemen in anderen Ländern kann hier anregen, Denkanstöße geben und dazu beitragen, das System, in dem die Jugendlichen selbst leben, und ihre eigene Rolle darin in einem anderen Licht zu betrachten. Politische Bildung im Allgemeinen und Demokratiebildung insbesondere muss mit Empowerment der jungen Menschen und der Stärkung der eigenen Persönlichkeit einhergehen. Erfahren junge Menschen im Rahmen politischer Bildungsangebote Selbstwirksamkeit und Anerkennung, so ist das eine grundlegende und wirksame Voraussetzung, wieder Vertrauen in sich selbst und auch in demokratische Wertevorstellungen zu fassen. Beispielsweise kann die Entwicklung von Produkten, die als Sprachrohr genutzt werden können, um ihre Interessen öffentlichkeitswirksam zu vertreten, das Erleben von Selbstwirksamkeit und Selbstpositionierung befördern. Ein anderes Beispiel ist die Organisation von Veranstaltungen, die nicht nur dazu genutzt werden können, sich Unterstützung für das eigene Anliegen zu verschaffen, sondern sich auch mit anderen jungen Menschen zu vernetzen und auszutauschen, um gemeinsam etwas zu bewirken. Vor allem für benachteiligte Jugendliche kann es eine essenzielle Erfahrung sein, sich für andere einzusetzen und festzustellen, dass sie, auch wenn sie von vielen Privilegien ausgeschlossen sind, dennoch etwas bewirken können. Jeder junge Mensch geht gestärkt aus so einer Erfahrung hervor und kann so auch motiviert sein, sich weiter zu engagieren sowie eigene Betrachtungsweisen neu zu überdenken.

Resümierend lässt sich sagen, dass Demokratiebildung mit benachteiligten jungen Menschen große Chancen in sich birgt. Auch die Jugendsozialarbeit sollte dies als ihren Auftrag anerkennen und die Umsetzung politischer Bildungsangebote stärker forcieren. Unterstützung zur Umsetzung erhält sie derzeit mehr als jemals zuvor durch die verschiedenen eingangs erwähnten Fördermöglichkeiten. Unabdingbar bei der Durchführung von Demokratiebildung ist die Einbeziehung eines

Empowerment- sowie eines Partizipationsansatzes. Beide Ansätze dienen als grundlegende Voraussetzung für die Stärkung des Selbstbewusstseins der Jugendlichen und das Erfahren ihrer Selbstwirksamkeit. Beides hat einen positiven Einfluss auf sämtliche Lebensbereiche der jungen Menschen. Unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, die heranwachsende Generation als Befürworter demokratischer Werte zu verlieren. Deshalb muss politische Bildung und vor allem Demokratiebildung auch Aufgabe der Jugendsozialarbeit sein und bleiben. //

Die Autorin:

Anne Wollenhaupt ist Referentin für Jugendsozialarbeit bei der Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit e. V. (BAG ÖRT) und arbeitet 2018 und 2019 federführend am Thema Politische Bildung und Partizipation. E-Mail: wollenhaupt@bag-oert.de

Anmerkungen:

- ¹ 15. Kinder- und Jugendbericht, S. 12.
- ² Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und SPD vom 14.03.2018, S. 23.
- ³ Bödeker, Sebastian (2012): Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft. OBS-Arbeitspapier 1. Frankfurt a.M.: Otto-Brenner-Stiftung (OBS).
- ⁴ Verstärker – Netzwerk aktivierende Bildungsarbeit (Hrsg.) (2014): Wie politische Bildungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen gelingen kann. Eine Zwischenbilanz, S. 8.
- ⁵ „Unsichtbares“ Politikprogramm? Themenwelten und das politische Interesse von „bildungsfernen“ Jugendlichen im Alter von 14–19 Jahren. Hrsg.: Sinus Sociovision im Rahmen des bpb-Projekts „Elementarisierung von politischer Bildung“, Zusammenfassung der zentralen Befunde. Dr. Marc Calmbach, Dr. Silke Borgstedt, Sinus Sociovision GmbH, Heidelberg/Berlin 2010, S. 7 ff.
- ⁶ Verstärker – Netzwerk aktivierende Bildungsarbeit (Hrsg.) (2014): Wie politische Bildungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen gelingen kann. Eine Zwischenbilanz. S. 11
- ⁷ Erfahrungen aus der politischen Bildungsarbeit mit benachteiligten Jugendlichen im Rahmen des Lernzentrums@Hertha BSC/Lernortstadion.
- ⁸ Verstärker – Netzwerk aktivierende Bildungsarbeit (Hrsg.) (2014): Wie politische Bildungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen gelingen kann. Eine Zwischenbilanz, S. 11.
- ⁹ Verstärker – Netzwerk aktivierende Bildungsarbeit (Hrsg.) (2014): Wie politische Bildungsarbeit mit bildungsbenachteiligten Jugendlichen gelingen kann. Eine Zwischenbilanz, S. 8.



DIE STARKE STIMME DER AUSZUBILDENDEN

– DIE JUGENDBILDUNG HAMBURG GRÜNDET NEUE AUSZUBILDENDEN- UND TEILNEHMERVERTRETUNG

Monika Kophal

Wer durch das Gebäude der Jugendbildung Hamburg geht, trifft auf Vielfalt: In dem einen Zimmer schneiden angehende Friseur_innen Haare, während junge Köch_innen nur ein paar Zimmer weiter ein ganzes Menü anrichten. Bei der Jugendbildung Hamburg werden Jugendliche und Jungerwachsene ausgebildet, die in der freien Wirtschaft keinen Fuß fassen konnten. Ein Großteil von ihnen kommt über die Agentur für Arbeit oder vom Jobcenter. Carsten Iltis, Bereichsleiter Ausbildung und Ausbildungsbegleitung, will, dass sich diese jungen Menschen für sich selbst einsetzen und ihre Stimme erheben. Und so wird auch – hinter dem Friseursalon und der Küche – in Iltis' Büro fleißig gearbeitet. Das Ziel: die Gründung einer neuen Auszubildenden- und Teilnehmervertretung (ATV). Carsten

Iltis und seine Mitarbeiterinnen Bianca Stüring-Rüsch und Anja Heinze sitzen an einem runden Tisch im warmen, gemütlichen Büro, während von draußen der kalte Regen sanft gegen die Fenster tröpfelt. Einige Monate schon überlegen sie, wie sich Demokratie in der Jungendarbeit neu aufbauen und stärken lässt. Die Neugründung einer ATV, sind sie sich einig, ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. ATV, das heißt: Die Auszubildenden wählen jährlich neun Mitglieder und ein Ersatzmitglied, welche dann die Interessen der jungen Menschen gegenüber der Jugendbildung Hamburg vertreten. Zum Beispiel wenn es zu Konflikten zwischen Auszubildenden und Ausbilder_innen kommt oder ein_e Teilnehmer_in abgemahnt wird. Die Idee dazu hatte der Vorgänger von Carsten Iltis bereits vor 15 Jahren, wenn auch zunächst ein bisschen anders.



Carsten Iltis ist Bereichsleiter der Abteilung „Ausbildung und Ausbildungsbegleitung“ der Jugendbildung Hamburg. Bianca Stüring-Rüsch arbeitet dort als Referentin.

„Mein Vorgänger wollte für unsere Azubis das gleiche Recht wie für Azubis in normalen Betrieben. Er wollte eine Jugendausbildungsververtretung ins Leben rufen“, sagt Iltis. Doch dieser Idee schob das Bundesarbeitsgericht einen Riegel vor, da es entschied, dass die Teilnehmer der Jugendbildung Hamburg keine vollwertigen Mitarbeiter_innen seien, sondern als „Betriebszweck“ zu betrachten sind. Und so suchte Iltis' Vorgänger nach einer Alternative: Es entstand die Idee einer ATV. So ganz dieselben Rechte wie eine Jugendausbildungsververtretung hat die ATV jedoch nicht. „Bei einer richtigen Vertretung haben die Auszubildenden bei einer Kündigung Einspruchsrecht, unsere ATV darf nur Stellung beziehen“, sagt Iltis. Auch müsse der Betriebsrat gegenüber der ATV nicht alle Informationen herausgeben, wirtschaftliche Zahlen oder Gehaltsübersichten beispielsweise. An sich habe das Konzept der ATV gut funktioniert. Nur die Konstante habe gefehlt: Vier Mal sei die ATV gegründet, eingeschlafen und wieder neu entstanden. „Das Problem ist“, sagt Iltis, „dass Azubis die ATV immer wieder verlassen, bis am Ende keine Mitglieder mehr übrig bleiben.“ Anja Heinze war eine der letzten.

Anja Heinze hat bei der Jugendbildung Hamburg von 2011 bis 2015 ihre Ausbildung zur Kauffrau für Bürokommunikation gemacht. In die ATV, erinnert sich die heute 30-Jährige, ist sie zufällig reingerutscht. Sie war als Auszubildende in der Auszubildenden-Personalabteilung tätig. „Und da gab es immer eine enge Zusammenarbeit mit der ATV. Denn wer einen Auszubildendenvertrag unterschrieb, wurde über die ATV informiert“, sagt Heinze. Ihre Freundin sei damals eines der letzten ATV-Mitglieder gewesen. Die beiden haben sich viel darüber unterhalten, wie wichtig solch eine Vernetzung ist. „Irgendwann sind wir auf

die Idee gekommen, dass ich ja weitermachen könnte.“ Heinze hatte große Lust auf die Verantwortung und auch ihre Ausbilderin sprach ihr Mut zu. Und so kam es, dass Heinze in ihrem letzten Ausbildungsjahr ATV-Mitglied wurde. Angst vor der neuen Aufgabe hatte sie nicht. „Ich bin Mutter. Da weiß ich sehr gut, was Verantwortung heißt“, sagt sie. Weil es bis auf Heinze so gut wie keine Mitglieder mehr gab, durfte sie sich der ATV zunächst ohne offizielle Wahl anschließen. Erst ein paar Wochen später dann wurde es ganz offiziell. Heinze ließ sich aufstellen und warb bei anderen Auszubildenden darum, es ihr gleich zu tun. „Wir sind durch alle Bereiche gegangen und haben uns vorgestellt.“ Am Ende stellten sich acht Teilnehmer_innen zu Wahl, die dann auch die neue ATV darstellten. Schnell merkten Heinze und ihre Kolleg_innen, wie hoch der Beratungsbedarf bei den Auszubildenden ist. Ständig seien neue Fälle auf ihren Tischen gelandet, über die sie in wöchentlichen Sitzungen berieten. Eine ihrer Hauptaufgaben, so Heinze, sei die Vermittlung zwischen Auszubildenden und Ausbilder_innen gewesen. Sie erinnert sich an einen Fall, bei dem ein Teilnehmer eine Abmahnung bekam, weil er immer wieder unpünktlich zum Unterricht erschien. In einem Erstgespräch mit dem Betroffenen wollte die ATV herausfinden, was an den Vorwürfen dran ist. „Wir klärten ihn auch darüber auf, dass es arbeitsrechtlich erlaubt ist, aufgrund von Unpünktlichkeit eine Abmahnung zu erhalten“, sagt Heinze. In einem zweiten Gespräch holten sie dann den Ausbilder mit dazu, um gemeinsam nach einer Lösung zu suchen, sodass der Auszubildende die Jugendbildung Hamburg nicht verlassen musste. Man einigte sich darauf, die Abmahnung zurückzuziehen, wenn es der Jugendliche schafft, einen Monat lang pünktlich zum Unterricht zu erscheinen. Ihre Strategie hatte Erfolg.

Erhält ein Jugendlicher eine Abmahnung, wird die ATV darüber informiert. „So konnten wir überhaupt erst unsere Hilfe anbieten“, sagt Heinze. Längst nicht jeder Jugendliche kommt mit seinen Problemen direkt zur Vertretung. Heinze denkt, dass etliche Teilnehmer_innen ohne das Einschreiten der ATV längst schon aufgegeben hätten, statt sich für ihre Rechte einzusetzen. Das sei schade, immerhin können manche Probleme ganz einfach gelöst werden. Auch Carsten Iltis erinnert sich an einen Fall, der erst durch die ATV eine positive Wendung nahm. So bekam ein Auszubildender noch während seiner Probezeit aufgrund hoher Aggressivität drei Abmahnungen, sodass die Kündigung anstand. „Wenn dieser Teilnehmer in meinem Büro war“, sagt Iltis, „habe ich meine Tür aufgelassen, so unwohl fühlte ich mich mit seiner Aggressivität.“ In dem Gespräch mit der ATV erfuhr Iltis dann, dass der Jugendliche obdachlos war und nur sehr wenig Geld besaß. Er sah ein, dass man einem Menschen in solch schlechter Situation eine zweite Chance geben musste. „Und das war die richtige Entscheidung.“ Der junge Mann bekam die Kurve, wurde freundlich und zuvorkommend. „Hätten wir ihm damals gekündigt, wäre er sicherlich unter der Brücke gelandet“, so Iltis. Die ATV macht sich nicht nur stark bei Abmahnungen. Sie en-

gagiert sich auch für andere Dinge. So hat sie sich beispielsweise dafür eingesetzt, dass sich die Kantinenpreise ändern und Auszubildende nun weniger zahlen als Mitarbeiter_innen. Die ATV rund um Heinze begann schon nach kürzester Zeit zu bröckeln. Einige der Mitglieder fanden schnell eine betriebliche Ausbildung, was auch das eigentliche Ziel der Jugendbildung Hamburg ist. Manche Mitglieder, sagt Iltis, mussten die ATV verlassen, weil sie ihre Ausbildung vernachlässigten. Andere wiederum verloren schnell das Interesse. Denn unter den Jugendlichen gebe es auch Menschen, die glauben, sich durch die Mitgliedschaft der ATV gewisse Freiheiten herausnehmen zu können. Dazu gehöre, dass sie dem Unterricht aufgrund von ATV-Sitzungen in Teilen fernbleiben dürfen. Die meisten der Mitglieder seien an ihrem Engagement in der ATV aber gewachsen. „Sie haben gelernt, Verantwortung zu übernehmen und sich für ihre Rechte einzusetzen“, sagt Iltis. Auszubildende, die in der Vertretung eine starke Rolle übernommen haben, hätten sich auch im Beruf durchgesetzt. So ist es auch bei Heinze gewesen. Nach der Ausbildung wird sie übernommen und arbeitet nun als Kauffrau für Bürokommunikation selbst in der Jugendbildung Hamburg. Ihre Zeit bei der ATV, sagt sie, habe ihr sehr viel gebracht. „Ich hatte vorher nichts mit Politik oder demokratischen Systemen zu tun“, sagt sie. Das änderte sich als Mitglied. „Ich habe gelernt, was Demokratie überhaupt bedeutet.“ Der Höhepunkt ihrer Zeit bei der ATV: das Organisieren und Durchführen einer Podiumsdiskussion für die Bürgerschaftswahlen in Hamburg im Jahr 2015. „Das war sehr spannend. Wir haben Politiker_innen angeschrieben und luden sie zu uns ein. Alle Teilnehmer_innen konnten dann an der Diskussion teilnehmen“, sagt Heinze.

Als die junge Frau 2015 ihre Ausbildung erfolgreich beendete, fiel auch die ATV in sich zusammen. Heute, knapp drei Jahre später, will Iltis eine neue ATV aufbauen – diesmal leicht verändert. Das Hauptproblem des bisherigen Modells sei die lange Verbindlichkeit. Im Normalfall bleibt ein Mitglied ein Jahr lang in der ATV. Den künftigen Mitgliedern will es Iltis jedoch ermöglichen, fortlaufend ein- und aussteigen zu können. „Damit will ich den Jugendlichen den Druck nehmen“, sagt er. Seine Pläne: Statt eines festen Gremiums von neun Personen, die jährlich gewählt werden, soll es die freiwillige Arbeitsgemeinschaft „Teilnehmer_innenvertretung“ geben. „Die Idee ist, dass jeder jederzeit mitwirken kann.“ Wie viele Mitglieder in der Teilnehmer_innenvertretung aktiv sind, bleibt undefiniert. Die Mitglieder wählen dann ein Operativorgan von drei Leuten. Jeder, der in der neuen ATV ist, kann sich für diese Wahlen aufstellen lassen. Iltis verfolgt eine weitere Veränderung. Die rund 400 Jugendlichen und Jungerwachsenen lassen sich bei der Jugendbildung Hamburg in ganz unterschiedlichen Berufen ausbilden. So gibt es zum Beispiel angehende Köch_innen, Friseur_innen, Elektriker_innen oder Kauffrauen und Kaufmänner für Bürokommunikation. In der ATV waren bisher aber vorwiegend nur Auszubildende aus dem Bereich Büromanagement. Das soll sich

künftig besser mischen und so plant Iltis, dass jeder Fachbereich seinen eigenen Vertreter wählt, der dann zur ATV gehört.

Bei der Umsetzung seiner neuen Idee hat sich Iltis die Unterstützung seiner Referentin Bianca Stüring-Rüsch geholt. Noch bis vor Kurzem war Stüring-Rüsch Ausbilderin im Friseurbereich. Nun kümmert sie sich um die praktische Umsetzung der neuen ATV. Auf die Aufgabe freut sie sich. „In meiner neuen Funktion arbeite ich eng mit den Jugendlichen zusammen und erfahre, womit sie sich beschäftigen“, sagt Stüring-Rüsch. Ein erstes Mitglied der ATV konnte sie bereits gewinnen: Mandana Sabeti Poustchi. Die 21-Jährige befindet sich derzeit im ersten Ausbildungsjahr zur Friseurin. Gefragt wurde sie von ihrer damaligen Ausbilderin Stüring-Rüsch. Ihrer erster Gedanke sei gewesen: „Wieso ich?“ Stüring-Rüsch hat darauf eine Antwort parat: „Madana ist eine Frau, die durch mehr Verantwortung auch verantwortungsbewusster wird.“ Es brauchte keine lange Überzeugungsarbeit, bis die junge Frau zusagte. „Mir ist einfach aufgefallen, dass sich viele junge Menschen nicht trauen, über ihre Probleme zu sprechen oder etwas über sich zu erzählen“, sagt sie. Deswegen sei es wichtig, dass es Menschen im selben Alter gibt, mit denen sie sich darüber austauschen können. „Ich spreche dieselbe Sprache wie sie und kann ihnen helfen, ihr Anliegen bei den Älteren durchzusetzen.“ Außerdem findet die junge Auszubildende, dass die Rolle der Vermittlerin gut zu ihr passt, da sie sich sowohl mit den Gleichaltrigen als auch mit den Ausbilder_innen gut versteht. Heinze, Iltis, Stüring-Rüsch und Sabeti Poustchi – sie alle hoffen, dass das neue Modell der ATV mehr Beständigkeit mit sich bringt. Seit es die ATV nicht mehr gibt, steigen laut Iltis die Zahlen der Ausbildungsabbrüche. Vielen wurde gekündigt, andere wiederum kündigten. Es sei nun einmal etwas anderes, sagt Iltis, ob ein Ausbilder das Gespräch mit dem jungen Erwachsenen sucht oder jemand im selben Alter. Iltis nehme in der Gesellschaft eine Art Desinteresse für Politik war, das sich mittlerweile auch in der Jugendbildung Hamburg ausbreite. Die ATV sei ein wichtiges Instrument, um den Jugendlichen zu zeigen: Ihr könnt etwas bewegen. Was Sabeti Poustchi bewegen will, weiß sie ganz genau: Sie will sich für saubere Toiletten einsetzen und stets ein Ohr für die Jugendlichen haben. //

Mehr Informationen:
<http://www.jugendbildung-hamburg.de/>

UM DEINE HEIMAT MUSST DU DICH KÜMMERN

Josefine Janert

Gibt es einen Zusammenhang zwischen Demokratie und Geborgenheit? Und falls ja: Wie viel Anderssein verträgt Heimat? Thüringer Jugendliche diskutieren über diese Fragen in Barcamps – einer Alternative zu Konferenzen. „Was bedeutet Heimat für dich?“ Der Junge überlegt. Er ist hochgewachsen, 14 Jahre alt, sieht aber älter aus. Er ist unlängst mit seiner Mutter nach Nordhausen gezogen, eine Stadt mit 42.000 Einwohnern im Norden

Thüringens. Vorher haben sie in anderen Orten in Thüringen gelebt. Auf dem Tisch vor ihm sind bunte Kärtchen ausgebreitet. Auf jedem steht ein Sprichwort oder das Zitat eines Dichters oder Wissenschaftlers über den Begriff Heimat. Der eine Denker entwickelte heimatliche Gefühle beim Klang der deutschen Sprache. Der andere verband Heimat mit einer Region oder einem Menschenlag.

Christiane Preuß und Henriette Schubert-Zunker leiten das Projekt „Vorsicht Demokratie!“



Jeder, der an diesem Zitatquiz teilnimmt, soll sich für ein Kärtchen entscheiden. Der Junge wählt schließlich ein Sprichwort aus. „Heimat ist für mich, wo Menschen freundlich und mir wohlgesonnen sind“, fasst er es mit eigenen Worten zusammen. Er sagt: „Rund um Nordhausen ist die Natur schön. Aber wie die Leute hier manchmal drauf sind, das gefällt mir nicht.“ Also ist Nordhausen keine oder noch keine Heimat für ihn? Er zuckt mit den Schultern. Nordhausen ist über tausend Jahre alt und hat einen mittelalterlichen Kern. Bekannt ist die Stadt wegen des Kornes, der hier seit 500 Jahren gebrannt wird. Der „Echte Nordhäuser“ wird noch heute in einer „Traditionsbrennerei“ in Flaschen gefüllt. Die Arbeitslosenquote von Nordhausen liegt bei acht Prozent. Bei der Bundestagswahl siegte im Wahlkreis 189, zu dem die Stadt gehört, die CDU. Die AfD kam mit 21 Prozent der Zweitstimmen auf den zweiten Platz. Seit 2015 ziehen vermehrt Geflüchtete nach Nordhausen, vor allem aus Afghanistan, Syrien und Somalia.

Ein Ort, um sich geborgen zu fühlen? Und was haben Heimatgefühle mit der Demokratie zu tun? Christiane Preuß und Henriette Schubert-Zunker stammen nicht aus Nordhausen, aber sie sind an diesem Wintertag gekommen, um mit den Nordhäusern über diese Fragen zu reden. Christiane Preuß ist 29 Jahre alt und macht gerade ihren Master im Fach Kinder- und Jugendmedien an der Uni Erfurt. Ebenfalls in der Landeshauptstadt hat die 25 Jahre alte Henriette Schubert-Zunker den Masterstudien- gang Staatswissenschaften belegt. Beide sind außerdem für die Landesvereinigung Kulturelle Jugendbildung Thüringen (LKJ) tätig. Diese wird u. a. vom Bundesland, dem Bund und von der Europäischen Union finanziert und arbeitet daran, Jugendliche für demokratische Mitbestimmung zu begeistern. In der Beschreibung ihres Projekts kritisieren Preuß und Schubert-Zunker, dass die Demokratie „stark technokratische Züge aufweist“ und ihre „Legitimation fast ausschließlich in Wahlen begründet“. Das sei für junge Menschen „immer unattraktiver und schwieriger“.

Ihre Antwort auf das Problem ist eine Veranstaltungsreihe mit 47 Barcamps zum Oberthema „Vorsicht, Demokratie!“, die sie im Auftrag der LKJ (Landesvereinigung kultureller Jugendbildung) organisieren. Sie wollen damit vor allem 14- bis 21-Jährige ansprechen. Denen wird im ländlich geprägten Thüringen zwar einiges geboten, jedoch vor allem in größeren Orten. „Wir wollen Jugendliche dafür sensibilisieren, dass sie in der Demokratie ein Mitspracherecht haben“, sagt Christiane Preuß. „Wir

nehmen sie ernst.“ Barcamps wurden vermutlich 2005 in den USA erfunden und sind in Thüringen bislang weitgehend unbekannt. Sie sind eine Alternative zu Konferenzen, die einer vorher festgelegten Tagesordnung folgen. Barcamps sind spontaner und nutzen stärker die digitalen Möglichkeiten, erklärt Henriette Schubert-Zunker: Idealerweise treffen sich 15 bis 45 Menschen, um drei, vier Stunden lang in wechselnden Gruppen über ein Thema zu reden. An welchen der je 45 Minuten dauernden Gruppengesprächen, den Sessions, sich die Anwesenden beteiligen, entscheiden sie selbst. Bis 2019 wollen die beiden Organisatorinnen in allen Thüringer Landkreisen und kreisfreien Städten jeweils zwei Barcamps anbieten. Seit September 2017 waren sie je einmal in Bad Blankenburg, Altenburg, Erfurt, Wormstedt und Römhild – bis auf Erfurt alles Orte, an denen eben nicht der Bär tobt. „In Thüringen ist es gar nicht so einfach, mit Jugendlichen in Kontakt zu kommen“, sagt Henriette Schubert-Zunker. „Wenn man auf dem Land einen Raum annietet und ankündigt: Hier findet demnächst ein Barcamp statt, kommen vielleicht nur zwei oder drei Personen.“

Deshalb haben sie und Christiane Preuß Kontakte zu Schulen und Freizeiteinrichtungen aufgebaut. Nach Nordhausen haben sie zwei Partner eingeladen, die von ihren Barcamps gehört hatten und fanden, dass sie gut zu ihren eigenen Plänen passen: Da ist auf der einen Seite die 2002 gegründete Jugendkunstschule, die zwar das Wort Jugend im Titel trägt, aber Kreativkurse für alle Altersgruppen anbietet. Der andere Partner ist der Verein Schrankenlos, dessen Mitarbeiter Geflüchtete betreuen. Sie wünschen sich, dass diese stärker mit Einheimischen in Kontakt kommen. Gemeinsam haben sie zusätzlich zum Oberthema „Vorsicht, Demokratie!“ für den heutigen Tag ein weiteres ausgewählt: „Heimat und Identität“. Martina Degenhart, die Leiterin der Jugendkunstschule, erzählt, dass das Barcamp im Kontext zu einem Kunstprojekt stattfindet, das seit Anfang 2018 läuft: Menschen in Nordhausen setzen sich mit ihrer Identität auseinander. „Wir haben festgestellt, dass wir viele Gemeinsamkeiten haben, egal, ob wir in dieser Stadt geboren wurden, woanders in Deutschland oder in einem anderen Land“, sagt sie. Stephanie Tiepelmalm vom Verein Schrankenlos ergänzt: „Der Keim für Rassismus wird oft schon im Kinder- und Jugendalter gelegt. Deshalb wollen wir uns stärker in der Jugendarbeit engagieren.“

Es ist gegen 16 Uhr. Ein trüber Himmel senkt sich über die Altstadt. Die Jugendkunstschule trotz dem Wintergrau mit viel Bunt. Masken und Figuren, Skizzen und Bilder hängen an



Sebastian, Henriette und Hagan beim Barcamp in Nordhausen

den Wänden. In dem großen Raum, wo das Barcamp gleich beginnt, stehen Behälter mit Stiften neben Kunstbänden und Schachteln mit Filzresten. Ein Tisch ist mit Kaffee, Tee und Keksen gedeckt, ein weiterer mit den Kärtchen für das Zitatentwurf. Neun Anwesende sind 14 bis 21 Jahre alt, also in der Altersgruppe, die die LKJ ansprechen möchte. Hinzukommen etwa genauso viele 22- bis 50-Jährige: Mütter, interessierte Bürger_innen, politische Aktivist_innen aus der Stadt.

Samir Karimi haben Mitarbeiter von Schrankenlos auf das Barcamp aufmerksam gemacht. Der 21-Jährige floh aus Afghanistan und lebt seit 2015 in Deutschland. Deutsch spricht er mittlerweile so gut, dass er für andere Geflüchtete dolmetscht. „Wenn man in einem anderen Land lebt, muss man die Sprache lernen“, sagt er. Sie sei der Schlüssel, um anzukommen. Weil er das von Anfang an verstanden habe, sei es ihm gelungen, Freundschaften zu knüpfen. „Egal, wo man wohnt, man muss überall kämpfen, um ein gutes Leben zu führen“, sagt Karimi ernst. In Afghanistan habe er mit den Folgen des Krieges gekämpft, in Deutschland mit der Sprache. „Heimat ist, wo man ein normales, sicheres Leben hat und sich gut fühlt.“ Ist Nordhausen seine Heimat? „Ja“, sagt Samir Karimi.

Henriette Schubert-Zunker wirkt aufgeregt. Die Organisatorinnen können und wollen das Geschehen während des Bar-

camp nicht hundertprozentig kontrollieren. Zwar würden sie Vorschläge für Sessions zurückweisen, die etwa eine Bevölkerungsgruppe diskriminieren. Schimpfwörter wie „Neger“ würden sie sich verbitten. Das war bislang jedoch nicht nötig. Doch Henriette Schubert-Zunker erzählt, dass sich bei einem anderen Barcamp zwei Jungen gegenseitig so gereizt hätten, dass Lehrer sie aus der Runde herausnehmen mussten. Auch hätten Teil-

nehmende geäußert: „Was wollen die Flüchtlinge hier? Thüringen ist meine Heimat, nicht ihre.“ In solchen Momenten hätten stets andere Personen widersprochen, sagt die Studentin, „eine Selbstregulierung der Diskussion“. Sie glaubt, dass manche Äußerung nicht so ernst gemeint war: „Die Jugendlichen schnappen zu Hause und im Internet Sprüche auf. Sie wollen testen, wie diese wirken.“ Vielleicht wollten einige auch provozieren. „Schließlich sind sie mitten in der Pubertät“, sagt Henriette Schubert-Zunker.

Jetzt geht es los – mit einem Video. Es dokumentiert, was Menschen mit Heimat verbinden: den ersten Kuss am Baggersee, den Geruch von Omas Sonntagsbraten, den Blick aus einem Fenster, Werte, die in unserer Verfassung stehen. Dann geht es in dem Video darum, dass Geborgenheit aus vielen Gründen schwindet, weil Menschen ein- und auswandern oder weil in Deutschland die Bauernhöfe sterben. Als das Video zu Ende ist, stellen sich alle

im Kreis auf, nennen ihren Namen und drei Wörter, die ihnen spontan zu ihrer Person einfallen. Es kommen Begriffe wie an-geln, zeichnen, klettern, Netflix, Freunde treffen, Sneaker und müde. Es wird gelacht, man spürt: Viele Teilnehmende fühlen sich schon heimisch in dieser Runde.

Christiane Preuß und Henriette Schubert-Zunker sammeln Vor-schläge für Sessions, alles zum Thema „Heimat und Identität“. Ein Junge sagt: „Fahrradwege ausbauen“, ein anderer: „Han-nover gegen Braunschweig“. Eine Frau fragt: „Was würde ich als Bürgermeisterin tun?“ Eine andere: „Was ist Menschsein?“ Ein Mittvierziger will über die „Visualisierung der Verbunden-heit“ reden, andere über den Umgang der Schulen mit Technik und wie man als Zugezogene_r gut in Nordhausen ankommt.

Nachdem die Anwesenden die beliebtesten Themen per Ab-stimmung ausgewählt haben, teilen die Studentinnen die Räu-me ein. Ein paar Jugendliche schauen Stefan Kowalczyk beim Zeichnen zu. Der Erfurter Künstler wurde von der LKJ einge-laden, das Geschehen während des Barcamps zu dokumentie-ren. Blitzschnell gleitet sein Stift über das Papier, kleine Szenen entstehen. Graphic Recording heißt die Methode. Auf einem Tisch liegen Blätter, die Kowalczyk fertiggestellt hat. Maximilian Schröter schaut sie sich an. Der 24-jährige Politikwissen-schaftler ist als Regionalmanager und Sprecher eines „Bündnis gegen Rechtsextremismus“ tätig. Er erzählt, wie ihm, einem stadtbekanntem Aktivist, nach einer Party zufällig „ein paar betrunkene Glatzen“ auf der Straße begegneten. Sie hätten ihm signalisiert, dass sie ihn erkannt hätten, und er sei vor ihrem aggressiven Gehabe geflüchtet. „Wir haben ein Problem mit Rechten“, sagt er, „aber Nordhausen ist keine Nazihochburg.“

„In Deutschland gelte ich als die doofe Vietnamesin und in Viet-nam als die doofe Deutsche.“

Nun beginnen vier Sessions in vier Räumen. Über das Thema „Heimat ist nicht dasselbe wie Zuhause“ wollen fünf Teilneh-mende reden. Die Person, die es vorgeschlagen hat, möchte ei-nen Unterschied markieren zwischen dem Ort oder Zustand, der Geborgenheit auslöst, und dem gegenwärtigen Wohnort. Eine Frau führt mit einem Tablet ein digitales Protokoll der Session. Es ist jetzt und nach dem Barcamp auf der Homepage der LKJ einzusehen. Auch Fremde können es lesen und kommentieren.

Die Organisatorinnen haben sich zurückgezogen. Obwohl oder weil es keine/n Moderator_in gibt, entspinnt sich ein klug-es Gespräch, während dessen alle fünf rasch Vertrauen zu-einander entwickeln. Über die Frage, wo und wann sie sich

geborgen fühlen, kommen sie zum Mobbing. Sie sei schon im Sandkasten von anderen Kindern verprügelt worden und die Erwachsenen hätten weggeschaut, erzählt eine junge Frau mit asiatischen Wurzeln. „In Deutschland gelte ich als die doofe Vietnamesin und in Vietnam als die doofe Deutsche.“ Eine Mutter berichtet von ihrem halbwüchsigen Sohn, den Mitschü-ler als „Judensau“ beschimpfen, obwohl die Familie gar nicht jüdisch ist: „Die Lehrer hören weg.“

„Heimat ist etwas, um das du dich kümmern musst und das sich um dich kümmert.“

Beide Berichte lösen Entsetzen aus – und auch das Bedürfnis, sich gegenseitig Mut zuzusprechen und sich zu vernetzen. Die Frau mit den asiatischen Wurzeln erzählt von einem Projekt zum Urban Gardening, dem gemeinsamen Gärtnern in der Stadt, das Bekannte von ihr begonnen haben. Sie nennt die Fa-cebookseite, weil andere aus der Gruppe sich beteiligen möch-ten. Maximilian Schröter sagt, dass Heimat für ihn bedeute, sich gegen Missstände zu engagieren. „Heimat ist etwas, um das du dich kümmern musst und das sich um dich kümmert“, sagt jemand. Als sie fürs digitale Protokoll Hashtags finden sollen, die die Session zusammenfassen, sind sich alle schnell einig: #Menschsein, #Verantwortung, #Freiheit. //



Mehr Informationen:
<http://www.lkj-thueringen.de/projekte/vorsicht-demokratie.html>



Praxis konkret

OPIW

*– die erste digitale
Beteiligungsplattform
für Jugendliche*

Ob es um das Ziel und das Budget von Gruppenfahrten, um Projektinhalte, Ideen für die Nutzung von Räumen, Verwendung von Geldern oder das Formulieren eines Standpunktes zu aktuellen Problemen geht – überall dort, wo Jugendliche sich engagieren oder mit Jugendlichen gearbeitet wird, stehen regelmäßig Entscheidungen im Raum.

Die Beteiligung Jugendlicher an Entscheidungsprozessen fördert grundlegende soziale Fähigkeiten wie sachbezogenes Argumentieren, faires Verhalten in Diskussionen und den Gestaltungswillen.

Die so gewonnenen Erfahrungen im Umgang mit verschiedenen Standpunkten und das direkte Einbezogenwerden in Entscheidungen stärken das Selbstwertgefühl der Jugendlichen und motivieren zum gesellschaftlichen Engagement. Partizipationsverfahren sind ungeachtet der angesprochenen Altersgruppe komplexe Vorgänge, die über ein bloßes Abstimmen deutlich hinausgehen. Wirkliche Beteiligung erfordert unbedingt eine inhaltliche Beschäftigung mit den Hintergründen des zu lösenden Problems, denn sie setzt einen gleichen Wissensstand unter den Beteiligten voraus. Letztlich vereinigt Partizipation die Lösungsstrategien jeder einzelnen Person, ordnet und systematisiert sie. Die Abstimmung ist dabei nur der finale Akt – die mehrheitliche Auswahl aus dem, was die Schwarminelligenz zusammengetragen hat. Das gemeinsame Entwickeln von Ideen, das Einbringen von persönlichen Vorschlägen und die Kooperation beim Erarbeiten von Konzepten sind von daher ebenso fixe Bestandteile wie die Abstimmung.

„Fördern, aktivieren und motivieren!“

Bei der Arbeit mit Jugendlichen sind es die Aktionen im Vorfeld der Entscheidung, die fördern, aktivieren und motivieren, weil sie den persönlichen Anteil am Resultat über den Mehrheitsentscheid hinaus auf eine reale inhaltliche Mitbestimmungsebene erweitern. Der Organisationsaufwand bei Jugendbeteiligungsverfahren ist sicher nicht geringer als bei anderen Partizipationsprozessen. Die Notwendigkeit, umfassende Beteiligung durch eine Zusammenkunft möglichst aller Involvierten zu garantieren, ist generell eine zeitintensive und schwierig zu meisternde Herausforderung. Eine effektive Alternative bietet die Verlagerung der hierfür geeigneten Teile von Partizipationsverfahren in Onlineformate. Explizit für Jugendliche, für die die Nutzung von Social Media ein genuiner Standard in der Kommunikation ist, bietet die E-Partizipation deshalb Vorteile. Digitale Beteiligungsverfahren sind flexibel. Ihre hohe Zeit- und Ortssouveränität ist für die meisten Digital Natives Normalität und daher für viele Grundvoraussetzung für eine Beteiligung. Zudem ermöglicht E-Partizipation eine vollständige Transparenz des Verfahrens, weil alle Beteiligten die entsprechenden Vorgänge einsehen können. Digitale, online zugängliche Beteiligungsprozesse bieten nahezu barrierefreie Zugänglichkeit hinsichtlich der physischen und sozialen Situation der Jugendlichen. Das gilt für soziale Herkunft, finanziellen Hintergrund, Geschlecht oder für Menschen mit Behinderung ebenso wie für Jugendliche mit Migrationshintergrund.

Die Jugendbeteiligungsplattform OPIN

OPIN ist die erste all-in-one digitale Beteiligungs-Toolbox, die speziell für die E-Partizipation von Jugendlichen entwickelt wurde. Sie ist so konzipiert, dass sie jugendfreundliche digitale Partizipationswerkzeuge anbietet, mit denen sich Beteiligungsprojekte online initiieren und verwalten lassen, gleichzeitig aber auch Offline-Aktivitäten integriert werden können. OPIN unterstützt alle Phasen von Beteiligungsverfahren und ist sowohl für die Jugendlichen als auch für Projektmanager der Jugendorganisationen und -verwaltungen leicht zu handhaben.

OPIN wurde vom Februar 2015 bis Februar 2018 im Rahmen der EU-geförderten Initiative Horizon 2020 unter dem Projektnamen EUth vom Berliner nexus-Institut gemeinsam mit zehn Projektpartnern: Liquid Democracy e.V. (Deutschland), Alfstore (Frankreich), AEGEE – European Students' Forum (Belgien), Development Centre of the Heart of Slovenia (Slovenien), European Youth Information and Counselling Agency ERYICA (Luxemburg), IJAB – Fachstelle für Internationale Jugendarbeit der Bundesrepublik Deutschland e.V., Institute of Studies for the Integration of Systems (Italien), Missions Publiques (Frankreich), Royal Institute of Technology KTH (Schweden) und The Danish Board of Technology Foundation DBT (Dänemark) entwickelt.

„Digitale Beteiligungsprozesse bieten nahezu barrierefreie Zugänglichkeit.“

Während der Entwicklungsphase haben 15 europäische Jugendorganisationen in ca. 70 Beteiligungsverfahren die Plattform getestet. Nach Abschluss der Pilotphase steht OPIN etwa ab Ende Mai/Anfang Juni 2018 europaweit Jugendorganisationen und Jugendinitiativen zur Verfügung. Die Plattform ist außer in Deutsch auch in Englisch, Französisch, Italienisch, Slowenisch, Mazedonisch, Griechisch, Schwedisch, Spanisch, Dänisch und Georgisch verfügbar. Anders als Social-Media-Formate wie WhatsApp oder Facebook unterliegt der Datenschutz bei OPIN strengen Richtlinien. Alle personenbezogenen Daten der Nutzer_innen werden anonymisiert nach den Vorschriften der EU-Direktive 95/46/EC und der ab Mai 2018 gültigen DSGVO nur in dem gesetzlich festgelegten Rahmen erhoben und verarbeitet. Die Plattform kann daher in der Jugendarbeit bedenkenlos eingesetzt werden. Alle neu angemeldeten Projekte werden vor der Freigabe durch ein Support-



Das Bild zeigt die Jugendlichen, die an dem „Community Leadership Program“ in der georgischen Stadt Gori teilgenommen haben. Das Projekt war eines der ersten, die mit OPIN gearbeitet haben.

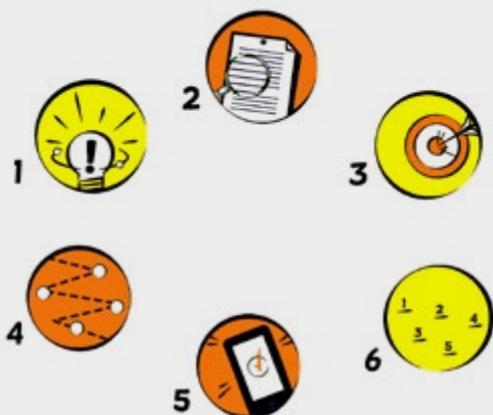
team kontrolliert, um den Missbrauch der Plattform durch jugend- gefährdende Inhalte oder Initiativen mit propagandistischen Tendenzen zu verhindern. Es gibt klare Kommunikationsrichtlinien, um *hate speech* etc. entgegenzuwirken.

E-Partizipation mit OPIN

Das Grundprinzip von OPIN ist einfach. Wer ein Beteiligungsprojekt starten möchte, meldet sich auf der Plattform an, konzipiert sein Projekt und lädt die Jugendlichen per E-Mail ein. Die OPIN-Toolbox bietet sechs Werkzeuge, die nach dem Baukastenprinzip kombiniert werden können. Die Initiatoren von Beteiligungsprojekten können so ein Verfahren konzipieren, das optimal zur jeweiligen Problematik passt. Das mögliche Spektrum der Beteiligung reicht vom einfachen Abstimmen bis hin zu mehrstufigen komplexen Verfahren. So können auch gemeinsam Ideen entwickelt, Statements verfasst oder Raumplanungskonzepte erarbeitet werden. Das kreative Potenzial der Jugendlichen kann durch einen Ideenwettbewerb gefördert werden, bei dem die Jugendlichen eigene Vorschläge direkt zur Abstimmung einbringen können. Digitale Beteiligungsverfahren können Jugendpartizipation effektiv unterstützen, sie ersetzen aber keineswegs die Offlinekommunikation. Die bisherigen Erfahrungen aus der Testphase haben deutlich gezeigt, dass die Beteiligungsverfahren am erfolgreichsten sind, die Offline-Aktivitäten konsequent einbinden. Auch hierfür gibt es in der OPIN-Toolbox entsprechendes Werkzeug, das dabei hilft, die Jugendlichen persönlich einzubeziehen und Treffen optimal vorzubereiten. Inhalt und Ablauf des Verfahrens legen die jeweiligen Projektverantwortlichen der Organisationen durch das Kombinieren der sechs möglichen Tools fest:

- Textarbeit – gemeinschaftliches Erstellen und Diskutieren von Statements, Vereinssatzungen etc.
- Brainstorming – Sammeln von Anregungen und Vorschlägen zur gemeinsamen Ideenentwicklung
- Ideenwettbewerb – Abstimmen über Ideen, die von Beteiligten eingebracht werden
- Organisieren von Offlinetreffen – Festlegen von Terminen und Inhalten (zum Beispiel der Tagesordnung) für das nächste Treffen
- Raumgestaltungswerkzeug – räumliche Verortung von Ideen und Vorschläge, zum Beispiel für die Gestaltung von Plätzen oder Grünflächen
- Polling – Erstellen von Umfragen, anpassbar an die jeweilige Situation mit unterschiedlichen Frageformaten
- Jedes dieser Werkzeuge ist zeitlich determinierbar, eine Zeitleiste zeigt den aktuellen Stand des Verfahrens an und sorgt für Übersichtlichkeit des Ablaufes. Ein so konzipiertes Beteiligungsverfahren führt die Jugendlichen unkompliziert Schritt für Schritt durch den Prozess.

Zusätzlich zu diesen Hauptfunktionen gibt es ein Entscheidungshilfe-Tool, das den Projektverantwortlichen hilft, bei der Konzeption des Beteiligungsverfahrens die richtigen Werkzeuge zu finden und sie so zu kombinieren, dass sie den Bedürfnissen des Projektes optimal gerecht werden. Die Usermanuals zur Toolbox geben praktische Tipps zur Verwendung und erläutern die einzelnen Funktionen der Werkzeuge. Neben den Hilfen zur Anwendung der Plattform gibt es aber auch allgemeine Hinweise rund um das Thema Partizipation und Durchführung von Beteiligungsverfahren. Grundsätzliches zur Partizipation, Richtlinien für die Konzeption und Betreuung von digitalen Partizipationsverfahren, Tipps zum Einwerben von Sponsorengeldern und vielem mehr bietet zudem der ausführ-



1. **Brainstorming:** Sammle gemeinsam Ideen
2. **Texte bearbeiten:** Erstelle und diskutiere Texte
3. **Ideenwettbewerb:** Sammle Ideen und stimme ab
4. **Karten-Tool:** Verorte Ideen auf einer Karte
5. **Umfragen:** Führe individuelle Befragungen durch
6. **Agenda erstellen:** Plane deine Meetings gemeinsam

liche Leitfaden, der auf der Plattform zu finden ist. Überdies können User ihre Erfahrungen in einem Blog austauschen und damit wichtige Informationen für die Weiterentwicklung von OPIN geben. Zielsetzung ist es, möglichst viele E-Partizipationsverfahren anzuregen und die Plattform so zu optimieren, dass sie den Bedürfnissen aller Nutzer entgegenkommt.

Resümee

Beteiligungsverfahren im Bereich Jugendarbeit können durch E-Partizipation sowohl hinsichtlich des Organisationsaufwandes als auch mit Blick auf die Teilnahmequote der involvierten Jugendlichen effektiver konzipiert und umgesetzt werden. Die OPIN-Plattform ist das erste und bisher einzige Format, das speziell für Jugendliche entwickelt wurde und mit dem Jugendorganisationen und -verwaltungen sowie private Initiativen eigene Beteiligungsprojekte konzipieren und durchführen können. Inhalt, Funktionsweise und Datenschutz sind nach EU-Richtlinien in den letzten drei Jahren wissenschaftlich entwickelt, technisch umgesetzt und getestet worden. OPIN ermöglicht so sichere und praxisorientierte Onlineverfahren auf dem aktuellen Stand der Partizipationsforschung, die ohne Einschränkung in der Jugendarbeit eingesetzt werden können. //

Die Autorin:

Carina Brumme ist Mitarbeiterin beim nexus-Institut für Kooperationsmanagement und interdisziplinäre Forschung GmbH und betreut neben anderen das Projekt OPIN.
E-Mail: brumme@nexusinstitut.de

Literatur:

Oskar Brabanski, Matthias Kettner, Chancen und Risiken von Liquid Democracy für die politische Kommunikation, in: Hans-Jürgen Lange, Astrid Böttcher (Hg.), Cyber-Sicherheit,

Studien zur inneren Sicherheit, Bd. 18, Springer Fachmedien, Wiesbaden 2015, S. 19–36.

Ulrike Wagner, Jugendliche und die Bedeutung von Partizipation im Internet, in: Gräßer, Lars / Hagedorn, Friedrich (Hg.), Soziale und politische Teilhabe im Netz? E-Partizipation als Herausforderung, kopaed-Verlag. München 2012, S. 69–82.
Monika Kophal, Datenschutz in der Jugendhilfe – Sicherer Umgang mit sozialen Netzwerken bei der Arbeiterwohlfahrt (AWO) Jena-Weimar e. V., in: DREIZEHN – Zeitschrift für Jugendsozialarbeit 18/2017, S. 34–37.

Christian Helbig, Aktive Medienarbeit und medienpädagogische Professionalisierung in der Jugendhilfe, in: DREIZEHN – Zeitschrift für Jugendsozialarbeit 18/2017, S. 4–9, dort S. 7.
Franzl, Kerstin u. Gregov, Teo (2016): Projekt EUth, platform OPIN ja noorte e-oselamine (engl.: EUth project, OPIN platform and youth eParticipation), in: MIHUS, Vol 19., S. 35 f.
Franzl, Kerstin, Herausforderungen der kommunalen digitalen Jugendbeteiligung – Ergebnisse der wissenschaftlichen Evaluation des Projekts youthpart, in: IJAB, youthpart – Jugendbeteiligung in der digitalen Gesellschaft, Bonn, 2014, S. 23–26.

Webseite: <https://opin.me>
Entwicklung: Liquid Democracy e. V.
<https://liqd.net/de/>



„Wer sind wir und wie viele?“

*Demokratie und Aushandlungsprozesse in der politischen
Jugendbildung über unser Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft*

Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. In den letzten Jahren hat zudem der Zuzug von geflüchteten Menschen zugenommen, die in Deutschland und Europa Schutz vor Krieg, Verfolgung oder Hunger suchen. Ein Großteil der geflüchteten Menschen, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, ist jünger als 27 Jahre.¹

Hanna Lorenzen

Die außerschulische politische Jugendbildung beschäftigt sich seit vielen Jahren mit den Voraussetzungen einer gelingenden politischen Bildung in der Migrationsgesellschaft, welche die Chancen und Herausforderungen des Zusammenlebens in Vielfalt aufgreift und konstruktiv bearbeitet. Die Zuwanderung junger Geflüchteter stellt sie dennoch vor eine neue Aufgabe und hat Auswirkungen auf die Gestaltung ihrer Angebote. Politische Bildung kann einen wichtigen Beitrag in der Phase des Ankommens und Einlebens leisten. Sie kann jungen Geflüchteten Orientierungs- und Strukturwissen über die deutsche Gesellschaft vermitteln. Sie kann über die eigenen Rechte, Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten aufklären und sie kann dazu ermutigen, diese aktiv zu

nutzen. Außerschulische politische Jugendbildung kann zudem einen geschützten und begleiteten Begegnungsraum für deutsche Jugendliche und junge Geflüchtete schaffen, in dem Fragen des Zusammenlebens ausgehandelt werden. Die Teilnahme an Angeboten der außerschulischen Jugendbildung ist freiwillig. Sie folgt dem Prinzip der Teilnehmendenorientierung hinsichtlich ihrer Herangehensweise, Methoden und Inhalte. Eine Demokratie, die Migration als Normalität anerkennt, kann ihren Ansprüchen nur gerecht werden, wenn sie auch und gerade den neu Hinzugekommenen Wege der Partizipation und Teilhabe ermöglicht. Junge Geflüchtete kommen mit eigenen Meinungen, Werten und Zukunftsvisionen nach Deutschland. Im gemeinsamen Austausch über diese Frage können gewinnbringende Aushandlungsprozesse

se über das Verständnis von Demokratie als Gesellschafts- und Lebensform, über die Verbindlichkeit von Normen und Werten und über den Umgang mit Pluralität entstehen.

„Empowered by Democracy“ – Ein Projekt der politischen Jugendbildung“

Das Projekt „Empowered by Democracy“, ein gemeinsames Projekt der Träger der politischen Jugendbildung im Bundesausschuss Politische Bildung, setzt an dieser Stelle an und lädt junge Menschen mit und ohne Fluchthintergrund ein, sich in Seminaren und Workshops mit Fragen des Zusammenlebens in der Demokratie auseinanderzusetzen. Es fördert den Austausch unter Fachkräften, die Entwicklung einer diversitätsbewussten Praxis und die Etablierung neuer Partnerschaften in der politischen Jugendbildung. Darüber hinaus sollen junge Geflüchtete ermutigt und befähigt werden, Teamer_innen zu werden und selbstgewählte Formate und Projekte der politischen Bildung für andere Jugendliche anzubieten. Projektträger ist der Bundesausschuss Politische Bildung (bap) e. V. Umgesetzt wird „Empowered by Democracy“ von folgenden Trägern: Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke (AKSB), Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB), Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN (AL), Deutscher Volkshochschul-Verband (DVV), Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (et) und Verband der Bildungszentren im ländlichen Raum (VBLR). Die Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung hat die Gesamtkoordination des Projekts übernommen. Gefördert wird das Projekt aus Mitteln des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) und der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb).

Empowerment und politische Bildung im Spannungsfeld der Realitäten

Im Rahmen des Projekts reflektieren die Fachkräfte der politischen Jugendbildung, welche Bedeutung politische Bildung in der Praxis für das Empowerment junger Geflüchteter einnehmen kann. Empowerment-Ansätze arbeiten darauf hin, dass die gleichberechtigte Teilhabe von Menschen am gesellschaftlichen Leben gestärkt wird, Barrieren identifiziert, Handlungskompetenzen aufgezeigt und weiterentwickelt werden.² Als Handlungskonzept verfolgt der Empowerment-Ansatz das

Ziel, die Stärken jedes einzelnen Menschen als Ausgangspunkt für individuelle und gesellschaftliche Veränderungen zu nutzen.³ In der Praxis können Angebote der politischen Jugendbildung Begegnungen unter jungen Menschen schaffen. Dabei ist es für die Fachkräfte wichtig, trotz bestehender struktureller Ungleichheiten der Teilnehmenden bevormundende Herangehensweisen zu vermeiden und eine wertschätzende Begegnung auf Augenhöhe zu ermöglichen. Dazu gehört beispielsweise, dass geflüchtete Teilnehmer_innen ebenso als Expert_innen für das gesellschaftliche Zusammenleben in den gemeinsamen Bildungsprozess einbezogen werden wie Teilnehmende, die schon lange in Deutschland leben.

„Barrieren identifizieren, Handlungskompetenzen aufzeigen.“

Politische Bildungsprozesse können geflüchtete Teilnehmer_innen darin unterstützen, ihre Meinungen herauszubilden, ihre Sichtweisen zu vertreten sowie Position zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen unserer Demokratie zu beziehen. Sie kann Orte aufzeigen, wo diese Positionen sichtbar gemacht werden können. In der wichtigen Kooperation zwischen außerschulischer politischer Bildung und Migrant_innenselbstorganisationen lassen sich zudem weitere Foren der Willensbildung und Interessenvertretung für junge Geflüchtete aufzeigen. Politische Jugendbildung setzt sich auch zum Ziel, einen Beitrag zur politischen Partizipation junger Menschen zu leisten. Die politische Bildungsarbeit mit jungen Geflüchteten steht in dieser Hinsicht vor der besonderen Schwierigkeit, dass die Möglichkeiten der formalen politischen Partizipation gerade für Geflüchtete begrenzt sind.⁴ Zugleich haben die Themenfelder Flucht, Einwanderungs- und Integrationspolitik aktuell eine hohe gesellschaftliche Relevanz und sind zum Teil von einer stark emotionalisierten öffentlichen Debatte geprägt.

„Demokratie ist ein unabgeschlossenes Projekt.“

Es muss im Rahmen der politischen Bildungsprozesse also einerseits darum gehen, Teilhabe- und Beteiligungsmöglichkeiten außerhalb des formalen Wahlrechts in Schule, Quartier, Kommune, in gemeinsamen Projekten, ehrenamtlichen Engagementfeldern oder durch die Beteiligung am öffentlichen Diskurs zu schaffen. Junge Geflüchtete müssen zudem ihre Rechte und Handlungsoptionen kennen, wie sie sich gegen rassistische und andere Diskriminierungen zur Wehr setzen können. Andererseits sollte jungen Geflüchteten auch Wissen über die Funktionsweise der Demokratie in Deutschland sowie über bestehende Heraus-

forderungen zum Beispiel durch Polarisierung, Demokratieskepsis und den erstarkenden Rechtspopulismus vermittelt werden. Denn nur wer versteht, wie sich bestehende gesellschaftliche Verhältnisse entwickelt haben, ihre Entscheidungsstrukturen durchschaut und die eigenen politischen Interessen darin verorten kann, hat anschließend auch das Handwerkszeug zur Hand, um an der Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse mitzuwirken. Die kritische Auseinandersetzung mit Werten, Ordnungselementen, aber auch Herausforderungen erleichtern es, Demokratie als unabgeschlossenes Projekt zu verstehen, zu dessen Weiterentwicklung das Handeln jedes Einzelnen eine Rolle spielt. Hier bringen junge Geflüchtete in gemischten Teilnehmergruppen auch Ressourcen mit, da sie oftmals aus undemokratischen Ländern kommen und die Möglichkeiten einer Demokratie für sie alles andere als selbstverständlich sind.

Gelingsbedingungen, Arbeitsweisen und Themen in der außerschulischen politischen Bildung mit jungen Geflüchteten

Die bundesweit tätigen Träger der politischen Jugendbildung können in der Umsetzung des gemeinsamen Projekts „Empowered by Democracy“ auf vielfältige Erfahrungen in der Bildungsarbeit im Themenfeld „Flucht und Migration“ und in der Zusammenarbeit mit jungen Geflüchteten anknüpfen. Selbstverständlich handelt es sich bei jungen Geflüchteten um eine im höchsten Maße heterogene Gruppe. Je nach Alter, Interessen, Bleibeperspektive oder Geschlecht sind die Jugendlichen unterschiedlich anzusprechen. Zudem sind junge Geflüchtete nach wie vor mit existentiellen Fragestellungen wie der Suche nach einem Ausbildungsplatz, der Wohnsituation, dem Familiennachzug oder dem Umgang mit teilweise traumatisierenden Erlebnissen beschäftigt. Eine wichtige Rolle für die Motivation junger Geflüchteter, an Angeboten der politischen Bildung teilzunehmen, ist die Möglichkeit, deutsche Jugendliche kennenzulernen, Sprachkenntnisse zu verbessern oder Beratung und Zusatzqualifikationen für die Arbeitsmarkintegration zu erhalten. Zugleich sind die Jugendlichen vor allem über Vertrauenspersonen erreichbar, weshalb für die außerschulische Bildungsarbeit die Kooperation mit Migrant_innenselbstorganisationen, Ehrenamtlichen der Flüchtlingshilfe oder Fachpersonal der sozialen Arbeit einen hohen Stellenwert einnimmt.

Ein Schlüsselfaktor zur Erreichung junger Geflüchteter stellt eine prozess- und beziehungsorientierte Arbeitsweise dar. Der Faktor Zeit in der Vor- und Nachbereitung und in der Durchführung spielt also eine wichtige Rolle. Methodisch bieten sich

vor allem Formate an, die auch jenseits von Sprachbarrieren funktionieren. Produktorientierte Ansätze wie kreatives Arbeiten, Theater- und Filmprojekte, Medienpraxisveranstaltungen oder Musicals ermöglichen dynamische Gruppenprozesse und vorwiegend nonverbales Arbeiten. Storytelling und biografisches Arbeiten sowie ethnografische Methoden (Interviews, Tagebuchführung, Kartierung, *graphic reading* und *graphic recording*) bieten sich ebenfalls als methodische Zugänge an. Da es sich hierbei teilweise um sprachlich voraussetzungsvollere Herangehensweisen handelt, ist die enge Zusammenarbeit mit Dolmetscher_innen und Sprachmittler_innen unabdingbar. Schließlich bieten das Handy oder Computerspiele zahlreiche Möglichkeiten, wie Ideen des Zusammenlebens zum Beispiel im Rahmen von Stadtentwicklungsprojekten, Stadtführungen oder der Sichtbarmachung des eigenen Lebensumfelds artikuliert werden können. Angebote der politischen Bildung behandeln thematisch die politischen Strukturen in Deutschland, aber auch den Umgang mit gesellschaftlichen Konflikten und Wertefragen. Oftmals stehen der Austausch über die Lebensrealitäten in Deutschland und Aspekte der praktischen Lebens- und Alltagsbewältigung im Mittelpunkt. Die Auseinandersetzung über Werte, Fragen der Geschlechterverhältnisse, Umgang mit Kindern, Partizipation, Umgang mit Diversität werden in diesem Kontext aktiv gesucht. Besondere Bedeutung kommt auch der historisch-politischen Bildung zu. Die Moderation dieser Lernprozesse kann für die Fachkräfte durchaus herausfordernd sein, weshalb ein großes Augenmerk des Projekts „Empowered by Democracy“ auf der bedarfsorientierten Vernetzung und Qualifizierung der Fachkräfte der politischen Jugendbildung liegt. Dies betrifft beispielsweise die Reflexion der eigenen Haltung und den Umgang mit Alltagsrassismus ebenso wie den konkreten Praxisaustausch, wie politische Bildner_innen Dialoge zu Geschlechtergerechtigkeit konstruktiv moderieren können. //

Die Autorin:

Hanna Lorenzen ist Bundestutorin der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, E-Mail: lorenzen@politische-jugendbildung-et.de

Anmerkungen:

- ¹ Vgl. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2018).
- ² Vgl. Bundesministerium für Familien, Frauen, Senioren und Jugend (2017): „Leitlinie Förderbereich H1. Bundesprogramm Demokratie leben! Förderung von Modellprojekten zum Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft“, S. 3 ff.
- ³ Vgl. Can H. (2013). „Empowerment aus der People of Colour-Perspektive“, S.8.
- ⁴ Vgl. Roland R. „Politische Partizipation von Migrantinnen und Migranten“, in: Groß, T. et al. (Hrsg.) „Engagierte Migranten“, S. 61–74.



Beim Modellprojekt „Grenzerfahrungen“ des Internationalen Bund e. V. ist der Name gleich in mehrfacher Hinsicht Programm. So verweist er zum einen auf seinen inhaltlich geprägten Ansatz, denn in dem Projekt geht es um die Auseinandersetzung mit Grenzen auf unterschiedlichen Ebenen (persönlich, geographisch, gesellschaftlich oder national). Wie und wodurch Grenzen entstehen, dass viele von ihnen sozialen Konstruktionen entspringen und welche Auswirkungen das haben kann, sind die zentralen Fragen, mit denen sich das Projekt inhaltlich auseinandersetzt.

Andrea Hartig und Carmen Höffner

Bei dem Modellprojekt „Grenzerfahrungen“ werden pädagogische Methoden und Ansätze entwickelt, die es der Zielgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermöglichen, sich über Erfahren, Erleben und Ausdruck mit den Inhalten des Modellprojekts auseinanderzusetzen. Zum anderen steht der Name auch für die geographische Verortung des Modellprojekts, das in vier Bundesländern und jeweils in der Nähe von staatlichen oder geographischen Grenzen durchgeführt wird. Dazu zählen die IB-Standorte in

Frankfurt/Oder (IB Berlin-Brandenburg gGmbH), Köln (IB West gGmbH) und Pirmasens (IB Südwest gGmbH). Von diesen Städten aus ist es nicht weit in die jeweiligen Nachbarländer Polen, den Niederlanden und Belgien sowie Frankreich. Ein weiterer Projektstandort ist die Stadt Lübeck (IB Nord e. V.), die sich aufgrund ihrer Küstennähe an der Grenzlage zwischen Land und Meer befindet und somit auch grenznah liegt. Zentral koordiniert wird das Modellprojekt in der Bundeszentrale des Trägers in Frankfurt/Main. Doch nicht allein die geographische Lage war

„Grenzen können persönlich, gesellschaftlich und geographisch sein.“

bei der Auswahl der Projektstandorte entscheidend. Darüber hinaus haben die Standorte einen guten Zugang zur Zielgruppe, da sie seit vielen Jahren in Bereichen wie Jugendberufshilfe, Jugendkulturwerkstätten, Politische Bildung, Jugendwohnheim, Mobile Jugendarbeit oder Fanprojekte pädagogisch aktiv sind.

Das Programm „Demokratie leben!“

„Grenzerfahrungen“ wird als Modellprojekt aus Mitteln des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms „Demokratie leben!“ bis 2019 gefördert und vom Deutschen Jugendinstitut wissenschaftlich evaluiert. Gefördert werden vom Bund Initiativen und Projekte zur Demokratieförderung und Radikalisierungsprävention u.a. in den Bereichen Rechtsextremismus und Ultranationalismus, gewaltorientierter Islamismus sowie gewaltorientierte Erscheinungsformen linker Militanz. Neben den „Partnerschaften für Demokratie“ auf kommunaler Ebene und den „Landesdemokratiezentren“ in den einzelnen Bundesländern wird der strukturelle Aufbau von Trägern gefördert, die zentrale Aufgaben im Rahmen der Programmziele auf Bundesebene realisieren. Die Entwicklung von Modellprojekten ist ein weiterer Förderschwerpunkt des Programms. „Grenzerfahrungen“ wird hier im Bereich Radikalisierungsprävention/Rechtsextreme Orientierungen und Handlungen gefördert (mehr dazu unter: www.demokratie-leben.de).

Grenzen erfahren und als soziale Konstruktionen erkennen

Das Modellprojekt wurde in der Bundeszentrale des Internationalen Bundes e. V. in Frankfurt/Main in den Arbeitsbereichen Politische Bildung und Jugendsozialarbeit konzipiert und entwickelt und von hier aus erfolgt auch die zentrale Koordination und Öffentlichkeitsarbeit des Projekts sowie die Vernetzung der Standorte. Die Teams an den vier Projektstandorten verfolgen den gleichen inhaltlichen Ansatz, arbeiten aber räumlich weit voneinander entfernt und unter regional bedingten unterschiedlichen Voraussetzungen. Durch die verzweigte Struktur des IB-Modellprojekts ist es möglich, dass geeignete pädagogische Formate und Methoden zum Thema Grenzerfahrungen in unterschiedlichen Arbeitsbereichen der Jugendsozialarbeit und politischen Jugendbildung entwickelt und erprobt werden können. Aufgrund seiner inhaltlichen Ausrichtung kann die Altersgruppe der Jugendlichen und jungen Erwachsenen durch das Projekt gut erreicht werden, denn diese Lebensphase ist davon geprägt, sich tagtäglich mehr oder weniger bewusst mit Grenzen ausei-

nanderzusetzen. Heranwachsende hinterfragen in der Familie gesetzte Grenzen, stoßen an Grenzen ihrer persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten oder erleben, wie Grenzen fallen z.B. bei Volljährigkeit, erfahren oder beobachten Ausgrenzungen, z.B. bei Mobbing in der Schule, oder setzen selbst Grenzen, z.B. da sie bestimmten Peergroups angehören. Diese Aspekte werden auch im Rahmen einer gleich zu Projektbeginn durchgeführten Postkartenaktion aufgegriffen. Sie sucht bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen Antworten auf folgende Fragen: Wo liegt deine Grenze? Wo fühlst du dich ausgegrenzt? Wo bist du grenzenlos? Wo möchtest du Grenzen überwinden? Da bei der grafischen Gestaltung der Postkarte das Projektlogo (#grenzerfahrungen) im Vordergrund steht, wirbt sie damit gleichzeitig für Social-Media-Aktionen und für die Projekthomepage (<https://grenzerfahrungen.ib.de/>). Hier gibt es derzeit u.a. Informationen zu Aktionen an den Standorten, einen Blog zum Thema Grenzerfahrungen und mehrere Videoclips, die mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen an ganz unterschiedlichen Orten (wie einem Skaterpark oder auf dem Campus einer Universität) gedreht wurden. Die Interviews in den Clips verdeutlichen, wie unterschiedlich junge Menschen Grenzen erleben und definieren. Um die soziale Konstruktion von Grenzen in den pädagogischen Angeboten des Projekts erfahrbar und erlebbar zu machen, arbeiten die Standorte mit Methoden z.B. aus der Politischen Bildung, Kultur-, Medien- oder Erlebnispädagogik. So können Jugendliche z.B. in Kletterparks ihre eigenen individuellen Grenzen und die Erreichung eines gemeinsamen Ziels im Team erleben. An allen Projektstandorten gibt es pädagogisch begleitete Exkursionen an die Staatsgrenzen, beispielsweise im Rahmen von Austauschprojekten mit polnischen oder französischen Jugendlichen. Auch an Schulen wird das Modellprojekt in Form von Workshops in unterschiedlichen Jahrgangsstufen und Schulformen durchgeführt. Eine ganze Reihe der Angebote ist im künstlerisch-kreativen Bereich angesiedelt, wie Tanz, Theater, Film, Social Media oder Kunst.

„Teil dich mit“ in Pirmasens

Das Team der JugendKulturWerkstatt Pirmasens (IB Suedwest gGmbH) setzt bei der Projektumsetzung von „Grenzerfahrungen“ auf kreative Methoden und damit auf die künstlerische Auseinandersetzung mit abstrakten Themen, um auf diesem Weg positive und zur Selbstwirksamkeit beitragende Potenziale freisetzen zu können. Kunst und Kultur werden von den Mitarbeitenden der JugendKulturWerkstatt in der Politischen Bildung als verbindende Elemente eingesetzt, um Begegnungen und Dialoge zu ermöglichen. Beim Projekt „Teil dich mit“ in Pirmasens geht es um Alltagssprache. Durch Sprache werden Bilder, Gefühle, Konzepte und Bedeutungen transportiert. Wenn es z.B. um das Thema Flucht geht, bewegt sich das alltagssprachliche Register in ihren Mitteln oftmals an der Grenze

„Die jugendliche Lebensphase ist geprägt vom Auseinandersetzen mit Grenzen.“



Teilprojekt in Pirmasens – Turnbeutel für Teilnehmende werden bedruckt

zwischen Fremdenfreundlichkeit und Fremdenfeindlichkeit. Die jugendlichen Teilnehmenden werden dafür sensibilisiert, achtsam mit den eigenen Worten umzugehen, wenn sie ihre eigene Meinung mitteilen. Sie erfahren, wie schnell es dazu kommen kann, dass positiv gemeinte Worte von Leser_in oder Hörer_in negativ wahrgenommen werden. Denn Begriffe können vermeintlich das Gleiche meinen, aber unterschiedliche Reaktionen auslösen, wie z.B. Wörter wie Flüchtlinge, Asylant_innen, Asylsuchende oder geflüchtete Menschen. Sprache, genauer, Statements für Respekt & Toleranz stehen bei der Aktion „Teil dich mit“ im Mittelpunkt. Damit wird im Projekt der Trend aufgegriffen, Meinungen und Ansichten über Statement-Sprüche auf T-Shirts, Mützen, Aufklebern und Taschen zu verbreiten, was bei der Zielgruppe derzeit sehr populär ist. Drei unterschiedliche Gruppen von Pirmasenser Jugendlichen setzen sich intensiv mit der Alltagssprache auseinander, um ein Gefühl dafür zu bekommen, wo rassistische oder fremdenfeindliche Aspekte verborgen sind und welche positiven Begrifflichkeiten diesen gegenüberstehen. Ziel ist es dabei, ein positives Wort- und Sprachgefühl bei den Jugendlichen hervorzurufen und zu fördern. Die Teilnehmenden sollen sich Gedanken darüber machen, wofür sie sich einsetzen wollen, anstatt „nur“ gegen etwas zu sein. Mit den gefundenen Begriffen werden im nächsten Schritt positiv formulierte Statements entwickelt. Die besten werden von den Teilnehmenden ausgewählt und anschließend professionell und in hoher Stückzahl auf Turnbeuteln gedruckt, sodass nicht nur alle Teilnehmenden des Workshops ein Exemplar erhalten, sondern die Beutel darüber hinaus ausgegeben werden können und die positiven Statements so ihre Verbreitung in Pirmasens finden. Das Projekt wurde auch im Vorfeld der „Internationalen Woche gegen Rassismus“ 2018 in Pirmasens als offener Workshop „Statements for Tolerance“ durchgeführt. Das Pirmasenser Teilprojekt von „Grenzerfahrungen“ will Jugendlichen keine vorgefertigten Konzepte aufzwingen, sondern eine zielgruppenorientierte Arbeit leisten, die den Teilnehmenden Raum gibt, selbst wichtige Aspekte herauszustellen und weiterzugeben – sich für etwas einzusetzen ist das Ziel.

Hierbei ist das Projektteam in der JugendKulturWerkstatt davon überzeugt, dass die Jugendlichen selbst die besten Botschafter ihrer Statements für Respekt und Vielfalt sind.

Ziele von „Grenzerfahrungen“

Im Rahmen des IB-Modellprojekts werden pädagogische Ansätze entwickelt, die es Jugendlichen und jungen Erwachsenen ermöglichen, Grenzen auf unterschiedlichen Ebenen zu erleben und zu reflektieren. Im Austausch mit jungen Menschen aus Nachbarländern oder z.B. durch künstlerische Ausdrucksformen wird die Zielgruppe für die soziale Konstruktion von Grenzen sensibilisiert, die zu Ausschlussverhältnissen führen kann. Da diese als ein Nährboden für Nationalismus und Radikalisierung wirken, reagiert das Konzept vom Internationalen Bund auf aktuelle Bedrohungen von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit durch rechtsextreme/populistische Bewegungen und Jugendkulturen. Erfolgreiche, praxistaugliche und übertragbare Ansätze aus dem Modellprojekt wird der Internationale Bund auf der Homepage des Projekts z.B. als Workshopkonzepte oder „Methodenkoffer“ offen zur Verfügung stellen. In Hinblick auf eine Verstetigung der Projektergebnisse sollen diese Ansätze in bereits etablierte pädagogische Angebote der Jugendsozialarbeit und Jugendbildung integriert werden. //

Autor_innen:

Andrea Hartig ist als Tutorin zuständig für Sprache/Alphabetisierung und Projektkoordination „Grenzerfahrungen“ in der Abteilung „Jugend, Chancen, Migration“ beim Internationaler Bund e. V., ZGF Frankfurt a. Main. E-Mail: Andrea.Hartig@internationaler-bund.de

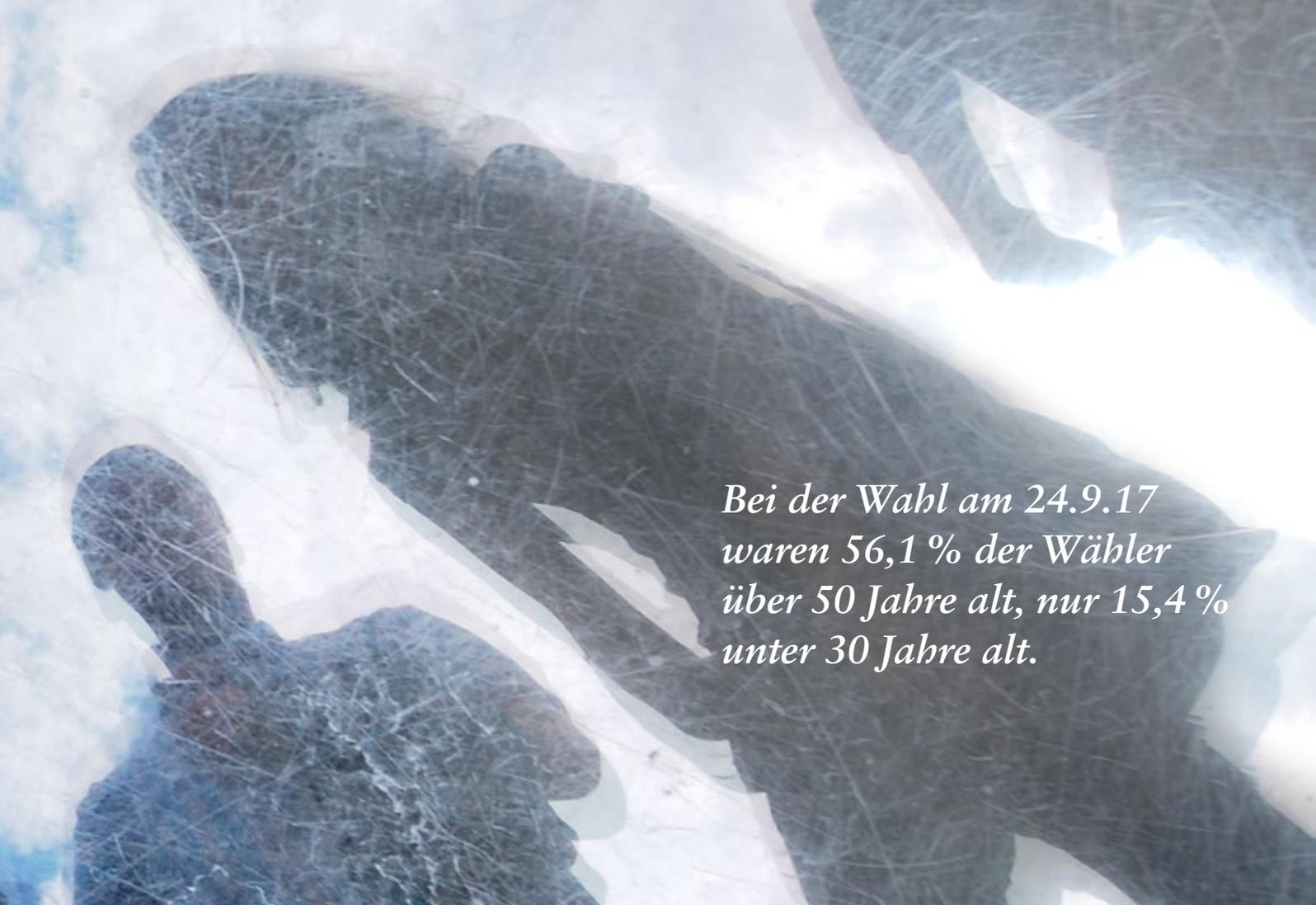
Carmen Höffner arbeitet als kulturpädagogische Mitarbeiterin bei der IB Südwest gGmbH, JugendKulturWerkstatt Pirmasens. E-Mail: Carmen.Hoeffner@internationaler-bund.de

Bitte ernst nehmen. Danke.

Anne Bergfeld und Michael Scholl

U18 heißt sicher nicht: Die lieben Kleinen gehen zu Spielwahlen und wählen dann Tierschutz oder so wegen ihres Kaninchens zu Hause. Wer ein Kaninchen hat, mag es hoffentlich und ist lieb zu ihm. U18-Wähler_innen als naiv, manipulierbar und politisch unfähig darzustellen, nur weil das U18-Ergebnis immer etwas anders ist als das der Erwachsenen, ist ein Denkfehler im Dialog der Generationen. In Deutschland lassen sich Mehrheiten kaum ohne Verhandlungen, Koalitionen und Kompromisse erreichen. Gut so! Dadurch sind wir motiviert und gezwungen, miteinander im Gespräch zu bleiben. Das ist irgendwie im Sinne der Demokratie-Erfinder_innen. Aber was, wenn das Verhältnis langsam kippt? Was, wenn eine Interessengruppe plötzlich eine absolute Mehrheit stellt? Parteipolitisch ist das bisher nicht der Fall. Aber bei Wahlen hat eine Bevölkerungsgruppe ganz klar nicht das Sagen: Kinder und Jugendliche. Im Gegenteil. Deutschland vergeist. Das klingt nicht nett, vielleicht etwas brutal oder provokant. Wer will schon Greis_in sein. Bei der Bundestagswahl der Erwachsenen am 24. September 2017 war die Mehrheit der Wahlberechtigten laut Bundeswahlleiter über 50 Jahre alt (56,1%). Demgegenüber stehen die 15,4% der Wahlberechtigten unter 30 – mit ihrem Ministimmenanteil ein politisches Leichtgewicht. Und jetzt wird es ungemütlich: Die politische Zukunft, die Ausrichtung unseres Landes, unserer Sozialpolitik und unserer Infrastruktur wird überpropor-

tional aus der Perspektive Ü50 beeinflusst. Während die jüngeren Menschen unter diesen Rahmenbedingungen beruflich Fuß fassen, Familien gründen, Reformen finanzieren und sich selbst noch eine Zukunft aufbauen sollen. Darüber müssen wir sprechen in der Gesellschaft und in der Politik. Begegnungen zwischen Generationen sind schon mal kompliziert. Seit Sokrates ist das Miteinander von Vorurteilen durchzogen. Der Dialog wird erschwert, wo Welten aufeinanderprallen. Dabei wissen wir es doch besser: „die Jugend“ und „die Rentner_innen“ gibt es nicht so homogen als monolithische Gruppe. Der Jugend wirft man vor, sie würde sich nicht genügend interessieren. Ständig vorm Smartphone, so bringt sich doch niemand konstruktiv ein. Und im Vergleich zum Opa sind die Kids doch ohnehin alle zu verwöhnt und konsumorientiert. Ich übertreibe. Aber grob gesagt steht für eine Mehrheit längst fest, dass Politikverdrossenheit und Unfähigkeit zu politischen Entscheidungen normal für eine faule Generation sind, in der alle nur noch Influencer_innen und YouTuber_innen werden wollen. Argumente gegen eine Wahlaltersenkung oder tragende Beteiligungsstrukturen bedienen sich systematisch eines Bildes der Unreife, der Naivität und Manipulierbarkeit der Jugend. Ältere Menschen nicken sich am Stammtisch verständnisvoll einander zu. Sie wissen, wie es wirklich ist. Wirklich? Vielleicht kann man ja in der Zukunft mal was mit der Jugend anfangen – aber jetzt sicher noch nicht. Der ultimative Beleg, dass Jugendli-



*Bei der Wahl am 24.9.17
waren 56,1 % der Wähler
über 50 Jahre alt, nur 15,4 %
unter 30 Jahre alt.*

che sich für nichts außer sich selbst interessieren: Die Wahlbeteiligung der Erstwähler_innen ist mies. Nur ein Drittel der Erstwähler_innen machte am 24. September 2017 von seinem Wahlrecht Gebrauch. Kleiner Fun Fact dazu: Das freiwillige Engagement Jugendlicher in der Gesellschaft ist entgegen diesem Image überproportional hoch. 53,8 % der 14- bis 17-Jährigen engagieren sich in ihrer Freizeit unentgeltlich für soziale Zwecke (vgl. BMFSFJ, Auswertung des vierten deutschen Freiwilligensurveys, 29. Sept. 2017).

„Es wächst eine Generation heran, die seit ihrer Geburt zuhört und -sieht, wie wir unsere Lebensgrundlage wissentlich und systematisch zerstören.“

Zugegeben: Umgekehrt ist das Bild nicht liebevoller. Viele Jugendliche werfen dem politischen System und der Politik vor, langweilig und spießig, trocken und grau zu sein. Eine Rosine, die einst unter die Einbauküche rollte. Junge Menschen inter-

essieren sich laut BRAVO-Jugendstudie 2017 mehrheitlich für politische Themen. Sie fühlten sich gleichzeitig vom politischen System aber schlecht bis gar nicht vertreten. Politiker_innen haben nur begrenzt Interesse an der Jugend oder erreichen die befragten Jugendlichen nicht. Spitz gesagt: Wenn alte Politiker_innen alte Themen für alte Wähler_innen in Slow-Motion-Redenmarathons auswalzen – wie kann man gleichzeitig Jugendlichen vorwerfen, sie würden sich nicht interessieren? Was bieten wir Kindern und Jugendlichen in der Gesellschaft und Politik denn ernsthaft an? Kinder und Jugendliche zu reduzieren auf das Aufwachsen, das noch nicht Erwachsenein und damit das noch Unvollkommene, ist daneben. Als ob es keinen Wert hätte, was jungen Menschen heute und morgen wichtig ist. Wenn sich Jugendliche äußern, wird ihre Glaubwürdigkeit und Seriösität mit seltsamen Maßstäben bemessen: Ob unter 18-Jährige als „bereit“ oder „reif genug“ wahrgenommen werden, um beispielsweise wählen zu gehen, scheint davon abzuhängen, ob die Wahl der Jugend mit der Meinung der betrachtenden Person übereinstimmt. Wenn nicht, heißt es gleich: Siehste, die können es nicht. Aber können es denn die über 18, im Sommer und Herbst ihres Lebens besser? Ob U oder Ü 18: Die Union geht im Vergleich der Wahlergebnisse zwischen U18-Wahl und Bundestagswahl als stärkste Partei aus dem Rennen. Die Sozialdemokraten erreichten in allen Altersklassen nur jede_n Fünfte_n. Die Linken sind ebenfalls

auf Augenhöhe im Vergleich von unter und über 18 Jahren. Der deutlichste Unterschied: Die Grünen und andere Parteien für Umwelt- und Tierschutz sind für Kinder und Jugendliche überzeugend.

Die niedlichen Kleinen und der Umweltschutz

Die U18-Wähler_innen werden seit Jahren vor allen Dingen für ihren starken Fokus auf Umwelt- und Tierschutzpolitik belächelt. Die Tierschutzpartei ist eine Kleinstpartei, die bei der Bundestagswahl der Erwachsenen unter einem Prozent geblieben ist (0,8 %). Bei der U18-Wahl kommt sie bundesweit auf fast vier Prozent, in mehreren Bundesländern überspringt sie sogar die Fünf-Prozent-Hürde, in manchen Wahlkreisen landet sie sogar im zweistelligen Prozentbereiche. Damit liegt die Tierschutzpartei vor so manch etablierter Partei. Im bayrischen Wahlkreis Bad Tölz-Wolfratshausen – Miesbach waren es 10,8 %, in der brandenburgischen Oberhavel 10,75 % und in Mecklenburg-Vorpommern im Wahlkreis Ludwigslust-Parchim II sogar 15,46 %. Die Grünen scheinen proportional mehr Themen zu vertreten, die den U18-Wähler_innen wichtig sind. Während die Partei bei den erwachsenen Wahlberechtigten 8,9 % Unterstützer_innen fand, fühlten sich 16,6 % der U18-Wähler_innen bei den Grünen politisch aufgehoben. Spitzenwerte in einzelnen Wahlkreisen kommen auf über 30 Prozent, beispielsweise in Berlin-Steglitz (36,04 %), Karlsruhe-Stadt (32,84 %) und Rostock II (31,33 %). Und was sagt uns das? Natürlich ist es einfach, auf die Ergebnisse der U18-Wahl zu zeigen und zu erklären, Jugendliche hätten noch nicht begriffen, was für Deutschland derzeit wichtig sei. Putzig: Kinder und Tiere. Kann man machen. Umgekehrt aber wächst eine Generation junger Menschen heran, die seit ihrer Geburt zuhört und -sieht, wie wir die Lebensgrundlagen wissentlich und systematisch zerstören. Klimawandel, Massentierhaltung, CO₂-Ausstoß, Antibiotikamissbrauch, Abholzung der Regenwälder, Artensterben, Wegwerfkonsum, Plastikmüll in den Weltmeeren etc. – eigentlich wissen wir es alle. Doch statt mit notwendiger Entschlossenheit gegenzusteuern, sieht die junge Generation dabei zu, wie die Bequemen den Konsum höherstellen als die Verantwortungsvollen. Im Wahljahr haben sie erlebt, wie große Unternehmen nicht dafür sanktioniert werden, wenn ihr Profit auf dem Rücken der Umwelt erwirtschaftet wird. Sie haben mitbekommen, wie etwa am Beispiel der Zunahme von Massentierhaltung sich die Lage sogar noch verschärft hat (vgl. Fleischatlas 2016). Wie kann es sein, dass Umwelt im Wahlkampf der Erwachsenen so nebensächlich war, wenn sie die Grundlage für unser Leben und unsere Lebensqualität ist? Das fragen sich Kinder und Jugendliche. Sie sind eben nicht wirklich so einfach zu manipulieren, wie immer behauptet

wird (vgl. http://www.demokratiezentrum.org/fileadmin/media/pdf/gerste_17.pdf: Argumente pro/contra Wahlalter-senkung). Sind nicht Bequemlichkeit, Angst vor Jobverlust, sinkende Renten, Sorge um Minderung des Lebensstandards die beliebtesten Tasten auf dem Klavier der politischen Diskurse? Was lässt die Erwachsenen systematisch wegschauen, wenn es ans Eingemachte gehen müsste? Warum macht keiner was, obwohl anerkannte, überstaatliche und wissenschaftliche Stellen bei gleichbleibender Entwicklung vor „desaströsen Lebensbedingungen“ bis 2050 warnen (OECD Environmental Outlook)? Die Antwort der Kinder und Jugendliche bei der U18-Wahl: Gewählt wird, wer überzeugend Natur, Umwelt und Ressourcen für sie als Generation erhalten will. Ist das lächerlich? Naiv? Wohl kaum! Wir sollten wenigstens einen Dialog schaffen, in dem es nicht um putzige Kinder mit Kaninchen geht, sondern um Visionen für eine gute Zukunft aller Generationen. Das ist Politik.

Übrigens: U18-Wähler_innen verdienen auch deswegen einen ernsthaften Dialog, weil sie Populisten, Rassisten, Nationalisten und Menschenfeinden weniger als Erwachsene auf den Leim gehen. Sie setzen auf Themen, die ihnen aus guten Gründen wichtig sind. Und so wählen sie dann auch weniger extrem, sondern vielfältiger. Es geht bei U18 nicht darum, Wahl zu spielen. Es geht auch nicht um Pseudobeteiligungsprojekte inklusive Schmuckfotos mit Politiker_innen. Kinder und Jugendliche sind in Deutschland in einer absoluten Minderheit, aber sie haben eine wertvolle Perspektive auf Welt und Gesellschaft. Bei U18 können sie sich mit Politik, mit Parteiprogrammen und mit ihren Ideen für eine lebenswerte Gesellschaft auseinandersetzen. Und das in einem relevanten Wahlergebnis ausdrücken. //

Die Autor_innen:

Anne Bergfeld war beim Deutschen Bundesjugendring Koordinatorin der U18-Wahl für Kinder und Jugendliche zum Bundestag 2017.

Michael Scholl ist Referent für Medien und Kommunikation beim Deutschen Bundesjugendring. E-Mail medien@dbjr.de

Drei neue Blickwinkel

Ganztagsschule – Assistierte Ausbildung – Extremismusprävention

Deane Heumann, Susanne Nowak und José Torrejon

Nach fast sechs Monaten haben die CDU/CSU und die SPD einen Koalitionsvertrag vorgelegt, der für die Jugendsozialarbeit neue Herausforderungen, aber auch neue Chancen birgt. An drei Beispielen wollen wir Gestaltungs- und Handlungsmöglichkeiten diskutieren. Im ersten Text nähern wir uns dem Thema Ganztagsschule. Es soll zukünftig einen Rechtsanspruch geben, der bis 2025 konkret umgesetzt sein soll. Dazu bleiben aber noch einige Fragen offen. Aus Sicht der Jugendsozialarbeit besteht vor allem die Frage, wie sich ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung

für Grundschul Kinder auf die Finanzierung von Angeboten für Jugendliche auswirken wird. Unsere Autorin Deane Heumann betrachtet diese Thematik genauer. Als zweites Thema besprechen wir die Assistierte Ausbildung (AsA). Hierzu soll es eine neue Zuordnung im SGB III geben. Es geht um die Frage nach Möglichkeiten, die AsA für alle Berufsausbildungen zu öffnen und stärker entsprechend der individuellen Bedarfe der Teilnehmenden zu gestalten. Der Text von Susanne Nowak informiert Sie dazu. Im dritten Beispiel geht es um das Bundesvorhaben „Jugendsozialarbeit an Schulen“ der Jugendmigrationsdienste.

Dieses Programm ist im Frühjahr 2018 gestartet und unser Autor José Torrejón informiert über die Faktenlage.

1. Schlaglicht Jugendsozialarbeit: Gesetzlicher Anspruch auf Ganztagsbetreuung

Mit dem im Koalitionsvertrag von SPD und CDU/CSU angekündigten Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter bekommt die Diskussion um ganztägige Bildung und Betreuung neuen Schwung. Ein Rechtsanspruch soll im SGB VIII verankert und bis 2025 umgesetzt werden. Viele Fragen stellen sich, da noch vieles offengelassen ist: So ist noch nicht abzusehen, wie genau eine Verankerung im SGB VIII erfolgen soll (– angelehnt an § 24 Abs. 4 SGB VIII oder eine neue Regelung?), welche Altersgrenze mit dem Begriff „Grundschul-kinder“ gezogen wird, wie offen die Durchführung für die Länder gestaltet werden wird und wie die Finanzierung zwischen Bund, Ländern und Kommunen erfolgen soll. Zudem treten alte Baustellen wie die Frage nach Räumen für ganztägige Betreuung und Bildung an Schulen sowie nach entsprechend qualifizierten Fachkräften auf. Mit einem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung entsteht aber auch eine neue Chance, die Kooperation von Jugendhilfe und Schule am Ort Schule neu auszutarieren. Die vom 15. Kinder und Jugendbericht formulierte unklare Rolle der Jugendhilfe in der Ganztagschule könnte sich damit für Kinder im Grundschulalter klären.

Die Diskussion um Ganztagschule verlief bisher unklar

Mit dem Auf- und Ausbau von Ganztagschulen wurde nach den alarmierenden Ergebnissen der ersten Pisa-Studie im Jahr 2000 begonnen. Verknüpft waren damit hohe Erwartungen, Bildungsdefizite auszugleichen und den starken Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg/-misserfolg zu durchbrechen. Zudem sollte eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf erreicht werden. Es hat sich seitdem ein plurales und diffuses Ganztagsangebot entwickelt. Dazu gehören offene und gebundene oder teilgebundene Ganztagschulen, Mittagsbetreuungen, Horte, heilpädagogische Tagesstätten und weitere Formen der Kindertagesbetreuung sowie Angebote der Jugendarbeit. Horte und heilpädagogische Tagesstätten sind klar in der Kinder- und Jugendhilfe verankert. In der offenen und gebundenen Ganztagschule sowie den Mittagsbetreuungen sind Träger der Kinder- und Jugendhilfe Teil eines heterogenen Spektrums

von Kooperationspartnern, die unter dem Dach und der Federführung der Schule Angebote durchführt.

Mögliche Chancen für die Zielgruppe

Es ist das Anliegen der Jugendsozialarbeit, dass die Bedarfe der Zielgruppe der benachteiligten Kinder und Jugendlichen im gesamten aktuellen wie auch zukünftigen Spektrum der Angebotsformen angemessen berücksichtigt werden. Dafür ist es notwendig, dass die Jugendsozialarbeit ganztägige Bildungs- und Betreuungsangebote als ein Handlungsfeld der Jugendsozialarbeit begreift, zu dem sie sich anwaltschaftlich äußert und konzeptionell einbringt. Das heißt, es geht zum einen um Rahmenbedingungen der Angebotsformen, aber auch um den spezifischen Blick der Jugendsozialarbeit, ihre Konzepte und nicht zuletzt ihre ressourcenorientierte Haltung jungen Menschen gegenüber. Gerade benachteiligte Kinder und Jugendliche haben häufig eine lange „Geschichte“ von Versagens- und Demütigungserfahrungen im Zusammenhang mit schulischen Leistungserwartungen. Für diese Jugendlichen ist es wichtig, dass sie sich – innerhalb und außerhalb von Schule – im Kontrast zu diesen Erfahrungen immer wieder als kompetente Akteur_innen erleben und Anerkennung in Bildungsprozessen erfahren. Schulische Ganztagsangebote sollen dafür ein Ort sein! Dafür sollte sich die Jugendsozialarbeit einsetzen und auf die weiterhin noch nicht eröffnete große Baustelle einer altersgerechten Ausgestaltung von Ganztagsangeboten für Jugendliche und insbesondere für die Zielgruppe der Jugendsozialarbeit hinweisen. In ganztägigen Bildungs- und Betreuungsangeboten besteht die Chance, dass Schule nicht nur Lern-, sondern auch Lebensort für Kinder und Jugendliche sein kann. Die Verantwortungsgemeinschaft von Schule und Kinderjugendhilfe ist dafür Voraussetzung. Dafür gilt es, zunächst die Bedarfe der Kinder und Jugendlichen in den Mittelpunkt zu stellen und daraus Konsequenzen zu ziehen.

Der 15. Kinder und Jugendbericht (KJB) stellt Jugend als eigenständige Lebensphase mit den ihr wesentlichen Herausforderungen der Qualifizierung, Verselbständigung und Selbstpositionierung in den Mittelpunkt. Im Kontext der Ganztagschule zieht der 15. KJB eine kritische Bilanz und gibt gleichzeitig Hinweise für Entwicklungsperspektiven. Er erkennt ein Übergewicht des Lernorts Schule und damit einhergehend ein Untergewicht des Lebensortes Schule. Schule stellt sich mit ihren ganztägigen Angebotsformen nicht auf die lebensweltlichen und jugendkulturellen Bedürfnisse und Interessen ein. Die Schule fordert dabei einen Modus schulisch formalisierter Leistungsorientierung von ihren Schülerinnen und Schülern, während auf der anderen Seite Schule für Jugendliche Ort und Bühne für Entwicklungsaufgaben und eigenständige jugendkulturelle Interessen darstellt.

Der 15. KJB spricht diesbezüglich von einem erforderlichen austarierten Verhältnis von Lernkultur und Jugendkultur. Dem Wunsch nach selbstbestimmter Freizeit, Autonomie und Partizipation werden die aktuellen Angebotsformen der offenen oder gebundenen Ganztagschule nicht ausreichend gerecht. Als Entwicklungsperspektive nennt der Bericht die Erweiterung non-formaler Bildungsgelegenheiten und die Verstärkung partizipativer Mitgestaltung. Folgende konstruktive Empfehlungen gibt der Bericht zur Gestaltung der Ganztagschule:

- „Die institutionelle Öffnung nach innen und nach außen
- erweiterte Bildungsmöglichkeiten
- die Differenzierung der Raumgestaltung
- die Rhythmisierung von Zeit, Lernsequenzen und Bildungsarten
- die Eröffnung sozialer Erfahrungsräume
- die stärkere Betonung von Partizipation und Demokratiebildung sowie
- Räume zur Selbstgestaltung“¹

Deutlich wird, dass auch mit einer gesetzlichen Verankerung im SGB VIII neue und eigenständige Profile ausgebildet werden müssen, damit Ganztagsbetreuung mehr sein kann als nur günstige Betreuungsmaßnahmen in Ergänzung zur Halbtagsschule. Dafür bieten die oben genannten Aspekte grundlegende Hinweise. Zudem kann die Jugendsozialarbeit Hinweise aus ihrer langen Tradition in der konkreten Arbeit an Schule in Form der Jugendsozialarbeit an Schulen für die Ausgestaltung und Entwicklung von Ganztagsangeboten bieten. Sie verfügt über langjährige Erfahrung und hat Gelingensfaktoren entwickelt, wie an Schule die Bühne mit ihrer unterrichtsbezogenen Organisationslogik und die Bühne für jugendkulturelle Beziehungslogik verschränkt werden können. Diese Gelingensfaktoren sind im 15. KJB wenig beleuchtet und können von der Jugendsozialarbeit an Schulen für die Weiterentwicklung von Ganztagsangeboten beige-steuert werden:

- Strukturierte Zusammenarbeit der unterschiedlichen Professionen (Tandemlehrkräfte, gemeinsame Austauschgespräche zu Kinder und Jugendlichen etc.)
- Vereinbarung eines verbindlichen Kooperationskonzeptes
- Einbindung und Mitsprache in Schulgremien
- Rollenklarheit
- Steuerung und Beratung durch außerschulische Strukturen
- Prinzipien der Jugendsozialarbeit an Schulen wie Freiwilligkeit, Niedrigschwelligkeit, Sozialraumorientierung und Netzwerkarbeit
- Individuelle Förderung – Beratung, Begleitung, Unterstützung, Trainings, gruppenpäd. Angebote
- Qualifiziertes und sich qualifizierendes Fachpersonal – eine der großen Baustellen der Zukunft angesichts des Qualifikationsniveaus in aktuellen schulischen Ganztagsangeboten.

Hier ist dringend eine Fachkräfteinitiative notwendig, die das Berufsbild Erzieher_in attraktiver gestaltet und spezifische Ausbildungsmöglichkeiten für die Tätigkeit in Ganztagsangeboten bietet sowie Quereinstiege in die sozialen Berufsgruppen ermöglicht.

Eine strukturelle Verschränkung von Jugendhilfe und Jugendsozialarbeit mit Schule im Ganzttag, in der diese Aspekte aufgegriffen werden, könnte dazu beitragen, dass schulische Ganztagsangebote tatsächlich einen Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit bieten. Dies sollte für alle Altersstufen im Blick bleiben.

2. Die Assistierte Ausbildung nach § 130 SGB III – ein richtungsweisendes Förderinstrument für die Jugendsozialarbeit

Die Situation auf dem Ausbildungsmarkt ist seit Jahren angespannt: Vor allem jungen Menschen mit schwierigen Startbedingungen bleibt der Zugang zum dualen Ausbildungssystem oft verwehrt. Ihre Chancen auf einen erfolgreichen Ausbildungsabschluss sind begrenzt. Zusätzlich ist der Ausbildungsmarkt gekennzeichnet durch Passungsprobleme, d. h., die Besetzungsprobleme der Betriebe nehmen zu und auch das Versorgungsproblem der Jugendlichen besteht weiterhin, da das vorhandene Angebot mit einem Überhang an Ausbildungsplätzen mit den Berufswünschen bzw. der Nachfrage der Jugendlichen nicht kompatibel ist. Insgesamt fanden im Jahr 2017 23.700 junge Menschen keine Ausbildungsstelle. Die Zahl der unversorgten Bewerber_innen ist damit gegenüber dem Vorjahr um gut 3.000 Personen gestiegen. Hinzu kommen 56.500 Bewerber_innen, die eine Alternative zur Ausbildung gefunden haben, aber weiterhin eine Ausbildung suchen.²

Assistierte Ausbildung macht passgenaue Förderung im Ausbildungsprozess möglich

Hier setzt das Förderinstrument der Assistierte Ausbildung (AsA) an, denn es richtet sich an junge Menschen, die zwar eine betriebliche Ausbildung absolvieren möchten und können, jedoch Unterstützung bei der Ausbildungseinmündung sowie im gesamten Ausbildungsprozess benötigen. Die AsA kann die Lücke zwischen den Anforderungen der Ausbildungsbetriebe und den Voraussetzungen der Jugendlichen schließen, indem

sie den gesamten Ausbildungsprozess begleitet und beiden Ausbildungspartnern – Jugendlichen und Betrieben – die jeweils passgenaue Unterstützung anbieten kann. In Modellprojekten wie „Efa – Erfolgreich gemeinsam ausbilden“³ und „carpo“⁴ in Baden-Württemberg wurde das Ausbildungsmodell der Assistenten Ausbildung mit guten Abschluss- und Vermittlungsquoten erfolgreich erprobt. Mit der gesetzlichen Verankerung in § 130 SGB III wurde im Frühjahr 2015 der Versuch gestartet, das Angebot der Assistenten Ausbildung bundesweit durch die Ausschreibung der Bundesagentur für Arbeit (BA) umzusetzen. Allerdings war der Start des neuen Förderinstrumentes aufgrund der zeitlich verschobenen Ausschreibung und eines demzufolge verspäteten Maßnahmebeginns unbefriedigend. Den Agenturen für Arbeit und Jobcentern blieb wenig Zeit, das neue Angebot in ihre Planungen einzubeziehen, was zu einer schnellen, teils unsystematischen Einführung und teilweise auch zu Konkurrenzen mit anderen Förderinstrumenten führte. Und AsA war auch bei den Betrieben zunächst wenig bekannt. Inzwischen wurden mit AsA 23.099 Jugendliche gefördert.⁵ Auch liegen ausreichend Erkenntnisse aus der praktischen Umsetzung des Förderinstrumentes vor. Aus der Praxis wird vor allem mehr Flexibilität gefordert. Die unterschiedlichen Förder- und Begleitangebote müssen flexibel handhabbar sein, um auf die individuellen Bedarfe der jungen Menschen adäquat reagieren zu können. Begründet wird dies mit einer hohen Heterogenität der Teilnehmenden in den Maßnahmen, die teilweise noch nicht die Voraussetzungen für eine betriebliche Ausbildung mitbringen und auch bezüglich ihrer beruflichen Orientierung Impulse benötigen. Eine bedarfsgerechte Anpassung der Unterstützungsleistungen wird gewünscht – auch, damit sie für die Auszubildenden nicht zur Überforderung führen. Die Unterstützung der jungen Menschen beschränkt sich allerdings nicht nur auf schulische Probleme, vielmehr gilt es, auf der Grundlage eines systemischen sozialpädagogischen Ansatzes den gesamten Ausbildungsprozess der jungen Menschen im Zusammenspiel mit Betrieb, Berufsschule und Lehrkräften, Eltern und sonstigen Bezugspersonen kontinuierlich zu moderieren und mit konkreten Hilfen zu unterstützen. Hierzu bedarf es eines sozialpädagogischen Begleitinstrumentes, das – ohne an enge Maßnahmevorgaben gebunden zu sein – auf unterschiedliche Voraussetzungen des einzelnen Jugendlichen und des Betriebes reagieren kann.

Vorhaben zur Neuordnung der Assistenten Ausbildung

Mit der bevorstehenden Entfristung des bis 2018 befristet eingeführten Förderinstrumentes möchte die BA eine Straffung der Jugendlicheninstrumente umsetzen, Doppelstrukturen vermeiden, die Komplexität der Instrumente reduzieren und damit die Transparenz für Jugendliche, Fachkräfte und Arbeitgeber_in-

nen erhöhen. Die Zielgruppen der AsA sollen erweitert werden und künftig eine Förderung für alle jungen Menschen sowie eine Unterstützung für alle Betriebe ermöglichen, die dies wünschen. Trotz positiver Bewertung des Förderinstrumentes von den an der Umsetzung beteiligten Akteur_innen (Bildungsträger, Arbeitsagenturen, Jobcenter sowie Betriebe) will die BA die Phase 1 von AsA im Rahmen von BvB (Berufsvorbereitende Bildungsmaßnahmen, § 51 SGB III) und die Phase 2 mit ausbildungsbegleitenden Hilfen (abH, § 75 SGB III) als „AsA neu“ kombinieren. Damit würde die Assistenten Ausbildung wieder in die ursprünglich zugrunde gelegten Förderinstrumente zurückgeführt werden.

Die Besonderheit der AsA liegt jedoch vor allem darin, dass junge Menschen bei der Festigung der Berufswahlentscheidung über die Anbahnung eines Ausbildungsverhältnisses den Abschluss eines Ausbildungsvertrages bis zum erfolgreichen Ausbildungsabschluss eine Begleitung „aus einer Hand“ erhalten. Die bisherigen Überlegungen der BA zur Ausgestaltung von „AsA neu“ lassen jedoch befürchten, dass gerade dies verloren geht. Darüber hinaus sind die Zugangsvoraussetzungen für die berufsvorbereitenden Bildungsmaßnahmen nicht klar. Das ist vor allem für diejenigen jungen Menschen problematisch, die bereits eine BvB ohne Erfolg durchlaufen haben und nun erneut in eine BvB vermittelt werden sollen. Auch bei der Zielgruppe der jungen Geflüchteten, für die AsA gute Chancen birgt, sind die Zugangsvoraussetzungen für die AsA und BvB unterschiedlich und müssen angepasst werden. Aus Sicht der Träger, die AsA umsetzen, ist die von der BA beabsichtigte Neuordnung mit der angekündigten kombinierten Ausschreibung von BvB mit abH/„AsA neu“ ebenfalls kritisch zu sehen, denn dies schließt die Träger aus, die bisher aufgrund ihrer Trägerstruktur die ausstattungsintensive BvB nicht anbieten (können). Dies hätte möglicherweise zur Konsequenz, dass vor allem die Träger, die sich in der Begleitung von kleinen und mittelständischen Betrieben durch eine hohe Flexibilität und konzeptionelle Kreativität auszeichnen, aufgrund der kombinierten Ausschreibung von BvB und abH/„AsA neu“ aus dem Vergabeprozess ausgeschlossen werden. Zudem ist zu überprüfen, inwieweit mit der kombinierten Ausschreibung überhaupt ein flächendeckendes Angebot einer Ausbildungsvorbereitung vor allem in ländlichen Gebieten sichergestellt werden kann.

Ausblick

AsA (§ 130 SGB III) wurde im Frühjahr 2015 vom Gesetzgeber befristet bis 2018 eingeführt. Mit der Verabschiedung des Referentenentwurfs zur Entfristung des Instrumentes für weitere zwei Jahre ist in den nächsten Wochen zu rechnen. In den kommenden beiden Jahren muss dann eine politische Entscheidung



getroffen werden, wie und in welcher Form die Assistierte Ausbildung im SGB III dauerhaft verankert werden soll. Aus Sicht der Jugendsozialarbeit ist die Assistierte Ausbildung unbedingt als eigenständiges Förderinstrument zu erhalten und – unter Berücksichtigung der Erkenntnisse aus der Erprobungsphase – zu einem nachhaltig wirkenden flexiblen Förderinstrument weiterzuentwickeln.

3. Sondervorhaben des Bundes „Jugendsozialarbeit an Schulen“

Gegen Ende des vergangenen Jahres trat das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend an die vier Trägergruppen (Arbeiterwohlfahrt, Internationaler Bund, Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit, Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit) der bundesweit tätigen Jugendmigrationsdienste heran und stellte diesen die Überlegungen zu einem neu aufzulegenden Sondervorhaben „Jugendsozialarbeit an Schulen“ der Jugendmigrationsdienste im Rahmen des Nationalen Präventionsprogramms gegen Extremismus der Bundesregierung vor. Im Kern soll es dabei darum gehen, junge Menschen einerseits durch Wertebildung vor Radikalisierung zu schützen, andererseits aber auch gemeinsam mit den jungen Menschen deren eigene Lebensperspektiven durch eine sozialpädagogische Begleitung in der Schu-

le und am Übergang von der Schule in den Beruf in den Blick zu nehmen. Es soll eine Bezugnahme auf unmittelbare Lebenserfahrungen wie beispielsweise Benachteiligung und Ausgrenzung und eine Anteilnahme daran passieren. Außerdem sollen primär-präventive Maßnahmen beispielsweise in Form von Gruppenangeboten bereitgestellt werden und zeitlich begrenzt oder über einen längeren Zeitraum hinweg an den Lebensorten der jungen Menschen stattfinden. Den beteiligten Trägergruppen war es ein großes Anliegen, nicht über die Primärprävention hinausgehend zu agieren und somit ein Angebot für alle jungen Menschen gestalten zu können. Niemand soll durch die Anwendung dieses universellen Ansatzes ausgeschlossen und von vornherein einer „Risikogruppe“ zugeschrieben werden. Die Kolleg_innen vor Ort sind aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen sowohl in der Beratungs- als auch Netzwerkarbeit bestens geeignet, mit den Trägern der Kinder- und Jugendbildungsarbeit und den Schulen Angebote vor Ort zu gestalten und mit den jungen Menschen umzusetzen. In Ergänzung dazu werden die Partner der Bundesarbeitsgemeinschaft religiös begründeter Extremismus (BAG RelEx) die Durchführung landesspezifischer Fortbildungsformate für Multiplikator_innen. Art und Umfang der zukünftigen Zusammenarbeit zwischen Schule und Jugendmigrationsdiensten sind in Form von Kooperationsvereinbarungen festzuhalten. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit – die Freiwilligkeit der Teilnahme der jungen Menschen vorausgesetzt –, einzelnen Jugendlichen mit besonderem sozialpädagogischem Unterstützungsbedarf Beratung und Begleitung im Rahmen des Regelangebots der

Jugendmigrationsdienste anzubieten. Die Jugendmigrationsdienste werden dieses Vorhaben nach umfassenden Abstimmungsprozessen zwischen Bundesministerium, Vertretern der Trägergruppen und den zuständigen Behörden der einzelnen Länder (Schleswig-Holstein ist als einziges Bundesland auf eigenen Wunsch nicht beteiligt) bundesweit an insgesamt 167 Standorten umsetzen. Es handelt sich um 171,5 Stellen, die in 15 Bundesländern ab Frühjahr 2018 mit ihrer Arbeit beginnen. Die Stellen verteilen sich auf die Trägergruppen der bundesweit tätigen Jugendmigrationsdienste: Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (47 Stellen), Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (44 Stellen), Internationaler Bund (40 Stellen), Arbeiterwohlfahrt (40,5 Stellen). Im Sinne einer ganzheitlichen Präventionsstrategie kann dies nur gelingen, wenn alle wichtigen Akteur_innen wie Schule, Jugendhilfe, Kommunen, Partner der Extremismusprävention, Migrant_innenselbstorganisationen, Vereine, Familienberatungsstellen, Community, Eltern etc. im Sozialraum vernetzt und vor Ort in die (Zusammen-)Arbeit einbezogen werden. Die Schulen als zentrale Lernorte sollen durch das Erarbeiten gemeinsamer Konzepte dabei unterstützt werden, jungen Menschen – ob nun herkunftsdeutsch oder nicht – die Werte einer demokratischen, offenen und pluralen/pluralistischen Gesellschaft zu vermitteln, deren demokratische Grundkompetenzen, Fähigkeiten zur Konfliktlösung und Ambiguitätstoleranz zu stärken und sie so vor möglicher Radikalisierung zu schützen. Auf diese Weise sollen Kinder und Jugendliche ermächtigt werden, sich selbst im Diskurs zu positionieren und menschenfeindliche Ideologien zu erkennen. Bewähren sich die durch die Projektpartner_innen erprobten Konzepte, sollen diese zukünftig für Angebote von

Jugendsozialarbeit und Jugendmigrationsdiensten und die politische Bildungsarbeit genutzt werden. //

Die Autor_innen:

Deane Heumann ist Landesreferentin für Schulbezogene Jugendsozialarbeit, Evangelische Jugendsozialarbeit (ejsa) Bayern e. V. E-Mail: heumann@ejsa-bayern.de

Susanne Nowak ist Bundesreferentin für Jugendberufshilfe bei IN VIA Deutschland e. V. und Fachreferentin in der Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS). E-Mail: susanne.nowak@caritas.de

José Torrejón ist Referent der BAG KJS und Bundestutor der Jugendmigrationsdienste.

E-Mail jose.torrejon@jugendsozialarbeit.de

Anmerkungen:

¹ Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) (Hrsg.): 15. Kinder- und Jugendbericht, Berlin, 2017, S. 63 f.

² <https://www.bmbf.de/de/die-chancen-auf-einen-ausbildungsplatz-verbessern-sich-weiter-5290.html>.

³ Vgl. <http://www.invia-deutschland.de/fachliches/projekte/erfolgreich-gemeinsam-ausbilden/erfolgreich-gemeinsam-ausbilden>

⁴ Vgl. <http://www.carpo-esf.de/assistierte-ausbildung-ein-erfolgsmodell/>.

⁵ Lt. Aussagen der Bundesagentur für Arbeit im Rahmen einer Fachtagung „Assistierte Ausbildung nach § 130 SGB III – ein Förderinstrument etabliert“ sich am 29.11.2107.

Impressum

DREIZEHN
Zeitschrift für Jugendsozialarbeit
Ausgabe 19/2018, 11. Jahrgang
ISSN 1867-0571

Herausgeber:
Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit
(Rechtsträger: Deutscher Paritätischer
Wohlfahrtsverband – Gesamtverband e. V.)
Oranienburger Str. 13–14, 10178 Berlin
E-Mail: dreizehn@jugendsozialarbeit.de
Internet: www.jugendsozialarbeit.de

V. i. S. d. P.:
Birgit Beierling (Sprecherin Kooperations-
verbund Jugendsozialarbeit)

Redaktion:
Annemarie Blohm (ab), Gisela Würfel (gw)
Mitarbeit für Ausgabe 19: Birgit Beierling,
Tanja Boettcher, Dr. Michael Herkendell,
Ines Letsch, Dr. Thomas Pudelko, Silke
Starke-Ueckermann, Gisela Würfel

Redaktionsbeirat:
Wolfgang Barth, Birgit Beierling,
Tanja Boettcher, Christiane Giersen,

Dr. Michael Herkendell, Judith Jünger,
Michael Kroll, Ines Letsch, Dr. Thomas
Pudelko, Petra Tabakovic, Dr. Oliver Trisch,
Klaus Umbach, Kathleen Wabrowetz, Anne
Wollenhaupt, Angela Werner, Gisela Würfel

Grafisches Konzept, Layout und Satz:
Anja Zemlin – HELDISCH.com, Berlin

Korrektorat:
Tom Seidel – The Proofreaders, Brighton

Fotonachweis:
Titel, S. 4, 6, 10, 15, 16, 36, 40, 43, 46/47,



49: photocase.de
 S. 21: Annemarie Blohm
 S. 24/25, 26/27, 53:
 HELDISCH.com, Berlin
 S. 29, 30: Monika Kophal
 S. 32, 34: Josefine Janert
 S. 38: David Jinjikhadze
 S. 45: IB-JugendKulturWerkstatt Pirmasens

Karikatur S. 55: Thomas Pläßmann

Druck:
 BLOCH & Co

Beiträge von Autoren_innen geben nicht unbedingt die Meinung des Kooperationsverbundes Jugendsozialarbeit wieder. Der Nachdruck von Beiträgen, auch auszugsweise, ist nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Unaufgefordert eingesandte Manuskripte finden nur in Absprache mit der Redaktion Beachtung.

Gefördert durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).



Gefördert vom:



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend



Die gesetzlichen Grundlagen der Jugendsozialarbeit liefert das Kinder- und Jugendhilfegesetz (§ 13 SGB VIII), das den Anspruch junger Menschen auf angemessene Förderung formuliert.

Im Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit haben sich die Arbeiterwohlfahrt (AWO), die Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugendsozialarbeit (BAG EJSÄ) und die Bundesarbeitsgemeinschaft Katholische Jugendsozialarbeit (BAG KJS), die Bundesarbeitsgemeinschaft örtlich regionaler Träger der Jugendsozialarbeit (BAG ÖRT), DER PARITÄTISCHE Gesamtverband (DER PARITÄTISCHE), das Deutsche Rote Kreuz (DRK) und der Internationale Bund (IB) zusammengeschlossen. Sein Ziel ist es, die gesellschaftliche und politische Teilhabe von benachteiligten Jugendlichen zu verbessern.

KOOPERATIONSVERBUND JUGENDSOZIALARBEIT

Redaktion DREIZEHN

Auguststr. 80, 10117 Berlin

Tel: 030 28 395 312

dreizehn@jugendsozialarbeit.de

www.jugendsozialarbeit.de

